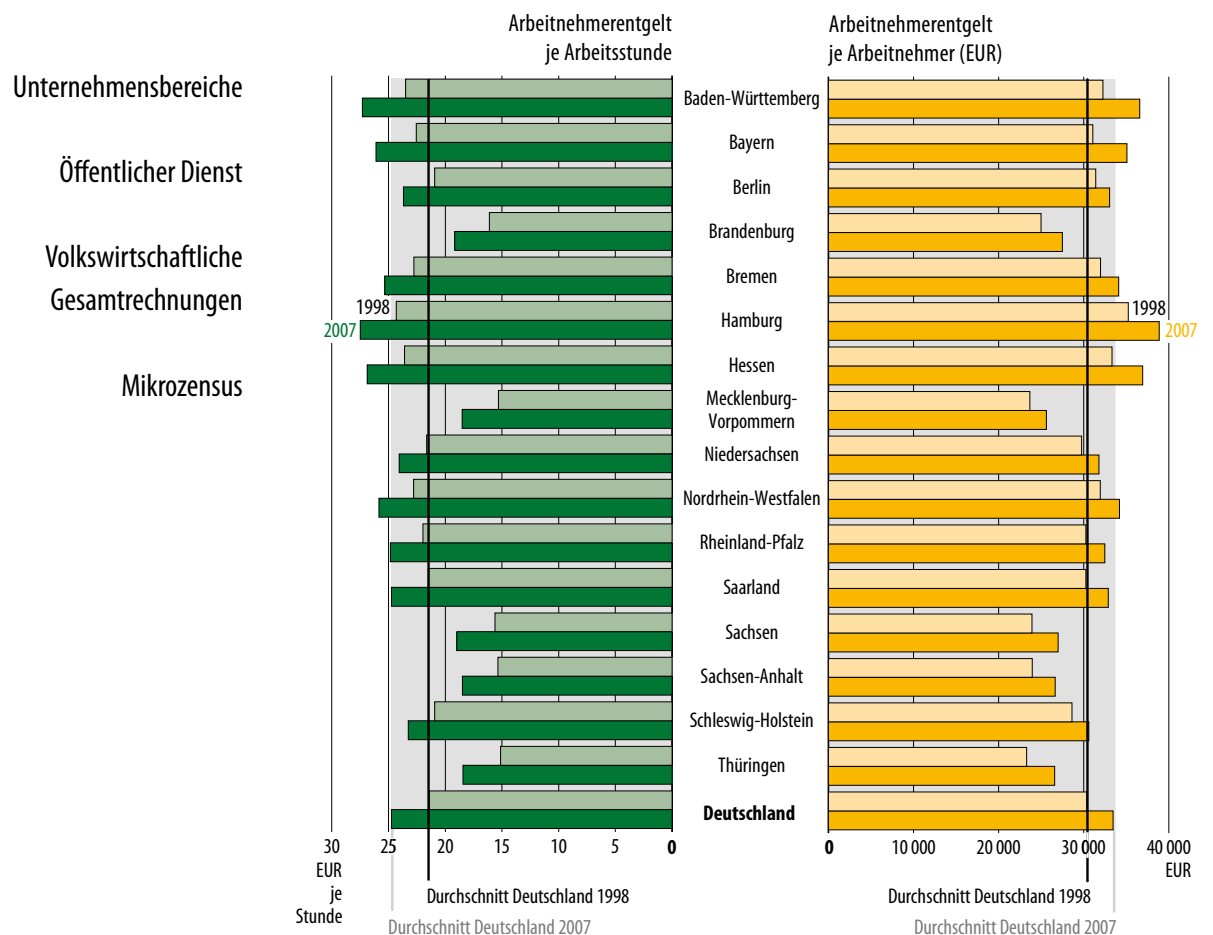


Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

1 2009

Einkommen in der
amtlichen Statistik

Durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt in den Jahren 1998 und 2007 nach Bundesländern



Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam

Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Ausagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Impressum



**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**

3. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Tel.: 030 9021 - 3434

Preis

Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2009

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Aufsätze

Einkommen
in der amtlichen Statistik

- 20** Einleitung
- 20** Unternehmensbereiche
- 34** Öffentlicher Dienst
- 36** Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
- 52** Mikrozensus

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...

**2** ... aus Berlin und Brandenburg**Preise**

Januar 2009: Verbraucherpreisindex

VerkehrVerkehrsunfälle,
Fluggastzahlen**Tourismus**

November 2008: mehr Übernachtungen

Erwerbstätigkeit

Höheres Arbeitszeitvolumen 2008

Baugewerbe

November 2008: Umsatz und Aufträge

8 ... aus Deutschland**Erwerbstätigkeit**

Dezember 2008: Arbeitsmarkt

Tourismus

Campingtourismus 2008

Baugewerbe

November 2008: Bauhauptgewerbe

Verdienste

Tarifverdienste 2008

Preise

Januar 2009: Verbraucherpreise

Binnenhandel

Einzelhandelsumsatz 2008

11 ... aus Europa**Arbeitsmarkt**

Dezember 2008: Arbeitslosenquote

Bevölkerung

1. Januar 2009: Europäischen Union

Rubriken

**12** Wirtschaft im Überblick**Berlin**

Dezember 2008

16**Brandenburg**

Dezember 2008

57**Historisches**Der niedrigste Vertragslohn
männlicher Arbeiter für die Stunde**58****Aus der amtlichen Statistik**

Mitteilungen und Nachrichten

63**Veröffentlichungen**

Berlin

Brandenburg

Umschlag-
seite**3****Grafik**Entwicklung
der Verfügbaren Einkommen
aller privaten Haushalte
von 1991 bis 2006Umschlag-
seite**4****Grafiken**Monatliches Primäreinkommen
je Einwohner im Jahr 20067Verfügbares Einkommen
je Einwohner im Jahr 2006

Kurz gefasst



aus Berlin und Brandenburg

Preise Januar 2009: Berliner Verbraucher- preisindex: +0,8 Prozent

Von Dezember 2008 bis Januar 2009 sind die Berliner Verbraucherpreise gesunken. Dies ist maßgeblich auf saisonale Preisrückgänge für Pauschalreisen (–18,7 Prozent) und Miete für Ferienwohnungen

(–33,3 Prozent) zurückzuführen, sodass die Erhöhung der Energie- (+1,4 Prozent) und Nahrungsmittelpreise (+1,0 Prozent) nicht sichtbar wurde. Teurer als im Dezember 2008 waren vor allem Heizöl, Kraftstoffe und saisonabhängige Nahrungsmittel wie Frischgemüse, Frischobst und Fisch.

Günstiger als im Vormonat, insbesondere durch den gestarteten Winterschlussverkauf, wurde Bekleidung angeboten.

Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2008 ist mit +0,8 Prozent unverändert geblieben (Dezember 2008: +0,8 Prozent). Bestimmend für die Preisentwicklung zum Vorjahr waren vor allem die einerseits weiter gesunkenen Kraftstoff- (–13,4 Prozent) und Heizölpreise (–18,4 Prozent) und andererseits erneute Preissteigerungen bei Gas (+13,5 Prozent), Zentralheizung und Fernwärme (+14,4 Prozent) sowie festen Brennstoffen (+8,2 Prozent). Neben den Energiepreisen wurden die jährliche Entwicklung der Verbraucherpreise im Januar 2009 durch den Anstieg der Preise für Nahrungsmittel, alkoholische Getränke, Schuhe, Wohnungsmieten sowie Verkehrs-, Beherbergungs- und Versicherungsdienstleistungen beeinflusst.

Verbraucherfreundlich zeigte sich auch im ersten Monat des neuen Jahres die jährliche Preisentwicklung bei Gütern der Unterhaltungselektronik und Informationsverarbeitung, bei Telefon- und Telefaxgeräten sowie Telekommunikationsdienstleistungen.

Verbraucherpreisindex Land Berlin (Basis 2005 = 100) Stand: Januar 2009

Warengruppe Dienstleistungsgruppe	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vor- monat
	Promille	2005 = 100	%	
Preisindex insgesamt.....	1000	160,0	0,8	– 0,3
ohne saisonabhängige				
Nahrungsmittel.....	983,09	105,8	0,8	– 0,4
ohne Heizöl und Kraftstoffe.....	955,42	106,2	1,5	– 0,5
ohne Nettomieten				
und Nebenkosten.....	763,66	106,3	0,5	– 0,5
ohne administrierte Preise.....	792,42	105,9	0,5	– 0,6
Waren.....	493,00	107,4	– 0,1	0,7
Andere Verbrauchsgüter.....	305,11	112,4	– 0,2	1,0
Dienstleistungen.....	507,00	104,6	1,6	– 1,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie				
Getränke.....	103,55	114,2	0,4	1,0
Nahrungsmittel zusammen.....	89,99	114,6	0,5	1,0
saisonabhängige Nahrungsmittel ¹ ...	16,91	118,4	0,8	5,2
Alkoholische Getränke				
und Tabakwaren.....	38,99	109,9	3,0	0,2
Alkoholische Getränke				
(ohne Verzehr in Gaststätten).....	16,56	108,9	5,8	0,5
Bekleidung und Schuhe.....	48,88	99,7	0,5	– 0,6
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas				
und andere Brennstoffe.....	308,00	109,3	2,1	0,6
Wohnungsmieten				
(einschließlich Nebenkosten).....	236,34	104,9	1,7	0,4
Nettokaltmieten.....	203,30	104,5	1,6	–
Wohnungsnebenkosten.....	33,04	107,5	2,7	2,7
Haushaltsenergie.....	59,82	123,6	3,2	1,1
Elektrizität.....	24,61	111,6	–	–
Gas.....	12,85	147,4	13,5	–
Heizöl.....	9,21	105,9	– 18,4	8,0
Hausrat und laufende				
Instandhaltung des Hauses.....	55,87	102,1	1,0	0,1
Gesundheitspflege.....	40,27	102,4	0,2	– 0,1
Verkehr.....	131,9	106,2	– 2,4	0,5
Kraftstoffe.....	35,37	99,3	– 13,4	2,0
Nachrichtenübermittlung.....	31,00	90,5	– 3,0	– 0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	115,68	98,4	0,9	– 4,2
Pauschalreisen.....	25,93	101,8	4,0	– 18,7
Bildungswesen.....	7,40	103,6	1,9	2,2
Beherbergungs- und Gaststätten-				
dienstleistungen.....	43,99	104,9	1,8	– 4,5
Verpflegungsdienstleistungen.....	32,12	106,9	1,4	0,1
Beherbergungsdienstleistungen				
(ohne Pauschalreisen).....	11,87	99,5	3,0	– 15,7
Miete für Ferienwohnungen.....	4,44	97,0	4,4	– 33,3
Andere Waren und Dienstleistungen.....	74,47	106,8	1,4	0,8

¹ Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst und Frischfisch

Preise
Januar 2009:
Brandenburger
Verbraucherpreisindex
+0,9 Prozent

Von Dezember 2008 bis Januar 2009 sind die Brandenburger Verbraucherpreise gesunken. Dies ist maßgeblich auf saisonale Preisrückgänge für Pauschalreisen (–18,7 Prozent) und Miete für Ferienwohnungen

(–33,3) Prozent zurückzuführen, sodass die Erhöhung der Energie- (+2,2 Prozent) und Nahrungsmittelpreise (+0,6 Prozent) nicht sichtbar wurde. Teurer als im Dezember 2008 waren vor allem Kraftstoffe, Heizöl, Strom, Gas und saisonabhängige Nahrungsmittel wie Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst und Fisch.

Günstiger als im Vormonat, insbesondere durch den gestarteten Winterschlussverkauf, wurde Bekleidung angeboten.

Die jährliche Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2008 ist mit +0,9 Prozent nahezu unverändert geblieben (Dezember 2008: +1,0 Prozent). Bestimmend dafür waren vor allem einerseits gesunkene Kraftstoff- (–15,6 Prozent) und Heizölpreise (–12,4 Prozent) und andererseits erneute Preissteigerungen im Bereich Haushaltsenergie. So verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2008 insbesondere Gas (+19,1 Prozent) sowie Zentralheizung und Fernwärme (+16,4 Prozent). Auch die Preise für feste Brennstoffe und Strom haben sich erhöht. Neben den Energiepreisen wurde die jährliche Entwicklung der Verbraucherpreise im Januar 2009 durch den Anstieg der Preise für Nahrungsmittel, alkoholische Getränke, Bekleidung und Schuhe sowie Verkehrs-, Beherbergungs-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen beeinflusst.

Verbraucherfreundlicher zeigte sich auch zu Beginn des neuen Jahres die jährliche Preisentwicklung bei den Gütern der Unterhaltungselektronik und Informationsverarbeitung, bei Telefon- und Telefaxgeräten sowie Telekommunikationsdienstleistungen.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg (Basis 2005 = 100)
 Stand: Januar 2009

Warengruppe Dienstleistungsgruppe	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vor- monat
	Promille	2005 = 100	%	
Preisindex insgesamt	1000	106,3	0,9	– 0,5
ohne saisonabhängige Nahrungsmittel	983,09	106,1	0,9	– 0,6
ohne Heizöl und Kraftstoffe	955,42	106,5	1,6	– 0,7
ohne Nettomieten und Nebenkosten	763,66	107,6	0,9	– 0,6
ohne administrierte Preise	792,42	105,7	0,4	– 0,8
Waren	493,00	108,6	0,5	0,3
Andere Verbrauchsgüter	305,11	113,2	0,5	0,9
Dienstleistungen	507,00	104,0	1,2	– 1,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,55	114,0	0,6	0,5
Nahrungsmittel zusammen	89,99	114,6	0,8	0,6
saisonabhängige Nahrungsmittel ¹ ...	16,91	117,4	– 1,3	3,5
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	109,5	2,1	–
Alkoholische Getränke (ohne Verzehr in Gaststätten)	16,56	108,0	3,7	0,1
Bekleidung und Schuhe	48,88	103,6	1,3	– 2,3
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	308,00	107,8	2,1	0,7
Wohnungsmieten (einschließlich Nebenkosten)	236,34	101,9	0,4	0,1
Nettokalnmieten	203,30	101,5	0,4	0,1
Wohnungsnebenkosten	33,04	104,5	0,6	0,1
Haushaltsenergie	59,82	130,0	7,4	2,4
Elektrizität	24,61	124,0	4,8	2,1
Gas	12,85	144,2	19,1	1,5
Heizöl	9,21	114,5	– 12,4	8,6
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	55,87	104,1	0,7	– 0,2
Gesundheitspflege	40,27	103,7	0,8	0,1
Verkehr	131,90	105,4	– 3,3	0,5
Kraftstoffe	35,37	97,1	– 15,6	1,6
Nachrichtenübermittlung	31,00	90,5	– 3,0	– 0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	101,6	2,0	– 4,6
Pauschalreisen	25,93	101,8	4,0	– 18,7
Bildungswesen	7,40	115,4	4,6	2,4
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	43,99	105,9	2,6	– 4,2
Verpflegungsdienstleistungen	32,12	107,9	1,9	0,1
Beherbergungsdienstleistungen (ohne Pauschalreisen)	11,87	100,4	4,5	– 15,1
Miete für Ferienwohnungen	4,44	97,0	4,4	– 33,3
Andere Waren und Dienstleistungen ..	74,47	106,9	0,7	0,3

¹ Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst und Frischfisch

Verkehr Oktober 2008: Mehr Verkehrsunfälle und Verunglückte in Berlin

Die Polizei registrierte im Oktober 2008 auf Berlins Straßen 11 735 Straßenverkehrsunfälle, das sind 6,5 Prozent mehr als im Oktober 2007. Bei 1 405 Unfällen mit Personenschaden (+13,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat) wurden acht Personen und damit vier Personen mehr als im Oktober 2007 getötet. 169 Personen (–0,6 Prozent gegenüber Vorjahresmonat) wurden schwer und 1 514 (+16,6 Prozent gegenüber Vorjahresmonat) leicht verletzt. Die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden stiegen gegenüber Oktober 2007 um 17,5 Prozent, insgesamt gab es 104 sonstige

Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,3 Prozent.

In den Monaten Januar bis Oktober 2008 erfasste die Berliner Polizei insgesamt 102 727 Straßenverkehrsunfälle, 0,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bei 12 874 Unfällen mit Personenschaden (+3,4 Prozent gegenüber Vorjahr) verunglückten 15 227 Personen (+2,8 Prozent gegenüber Vorjahr), dabei wurden 15 184 Personen verletzt (+2,8 Prozent gegenüber Vorjahr) und 43 getötet, das waren sieben Personen weniger als im Vorjahreszeitraum.

Straßenverkehrsunfälle und dabei verunglückte Personen in Berlin

Unfälle und deren Folgen	Oktober			Januar bis Oktober		
	2007	2008	Veränderung	2007	2008	Veränderung
	Anzahl		%	Anzahl		%
Unfälle insgesamt	11 020	11 735	6,5	102 511	102 727	0,2
Unfälle mit Personenschaden	1 238	1 405	13,5	12 454	12 874	3,4
Unfälle mit nur Sachschaden	9 782	10 330	5,6	90 057	89 853	–0,2
davon						
Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden ¹	103	121	17,5	989	939	–5,1
Sonstiger Unfall unter dem Einfluss berauschender Mittel	x	104	x	x	806	x
Sonstige Sachschadensunfälle	9 594	10 105	5,3	88 236	88 108	–0,1
Verunglückte insgesamt	1 472	1 691	14,9	14 818	15 227	2,8
davon						
Getötete	4	8	100,0	50	43	–14,0
Verletzte	1 468	1 683	14,6	14 768	15 184	2,8

Verkehr Oktober 2008: Weniger Tote bei mehr Verkehrsunfällen in Brandenburg

Die Polizei registrierte im Oktober 2008 auf Brandenburger Straßen 7 565 Straßenverkehrsunfälle, das sind 5,8 Prozent mehr als im Oktober 2007. Bei 796 Unfällen mit Personenschaden (+6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat) wurden 16 Personen und damit sieben Personen weniger als im Oktober 2007 getötet. 206 Personen (–17,3 Prozent gegenüber Vorjahresmonat) wurden schwer und 757 (+7,1 Prozent gegenüber Vorjahresmonat) leicht verletzt. Die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden stiegen gegenüber Oktober 2007 um 38,5 Prozent, insgesamt

gab es 41 Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,9 Prozent.

In den Monaten Januar bis Oktober 2008 erfasste die Brandenburger Polizei insgesamt 66 128 Straßenverkehrsunfälle, 4,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei 7 452 Unfällen mit Personenschaden (–9,2 Prozent gegenüber Vorjahr) verunglückten 9 346 Personen (–10,7 Prozent gegenüber Vorjahr), dabei wurden 9 162 Personen verletzt (–10,6 Prozent gegenüber Vorjahr) und 184 getötet, das waren 34 Personen weniger als im Vorjahreszeitraum.

Straßenverkehrsunfälle und dabei verunglückte Personen in Brandenburg

Unfälle und deren Folgen	Oktober			Januar bis Oktober		
	2007	2008	Veränderung	2007	2008	Veränderung
	Anzahl		%	Anzahl		%
Unfälle insgesamt	7 152	7 565	5,8	69 449	66 128	–4,8
Unfälle mit Personenschaden	748	796	6,4	8 210	7 452	–9,2
Unfälle mit nur Sachschaden	6 404	6 769	5,7	61 239	58 676	–4,2
davon						
Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden ¹	169	234	38,5	2 050	2 071	1,0
Sonstiger Unfall unter dem Einfluss berauschender Mittel	x	41	x	x	449	x
Sonstige Sachschadensunfälle	6 188	6 494	4,9	58 648	56 156	–4,2
Verunglückte insgesamt	979	979	–	10 471	9 346	–10,7
davon						
Getötete	23	16	–30,4	218	184	–15,6
Verletzte	956	963	0,7	10 253	9 162	–10,6

Verkehr 3. Quartal 2008: Weiterhin steigende Fluggastzahlen

Im 3. Quartal 2008 starteten und landeten auf den Großflughäfen in Berlin und Brandenburg 62 467 Flugzeuge, das waren 4,8 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, wobei 88,7 Prozent der Flüge zum Linienverkehr (+5,1 Prozent gegenüber Vorjahresquartal) zählten. Bei einer durchschnittlichen Flugzeugbesetzung von 95 Personen wurden insgesamt über 5,9 Millionen Fluggäste befördert (+6,0 Prozent gegenüber Vorjahresquartal), davon im Inland über 2,0 Millionen (+1,9 Prozent gegenüber Vorjahresquartal) und im Auslandsflugverkehr fast 3,9 Millionen (+8,3 Prozent gegenüber Vorjahresquartal). Allein im Linienverkehr wurden mehr als 5,6 Millionen Personen befördert, 5,8 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Von den drei Großflughäfen wurden im 3. Quartal 5 467 Tonnen Fracht und 2 426 Tonnen Luftpost befördert, was einer Zunahme bei der Fracht von 14,2 Prozent und bei der Luftpost um 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht.

Tourismus November 2008: Berlin-Tourismus mit 3,1 Prozent mehr Übernachtungen

Im November 2008 meldeten die Berliner Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping nach vorläufigen Berechnungen 651 800 neu angekommene Gäste, 4,3 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 3,1 Prozent auf 1,32 Millionen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug wie im Vorjahr 2,0 Tage.

Die Zahl der Auslandsgäste stieg etwas stärker (+5,1 Prozent) als die der Inlandsgäste (+4,0 Prozent). Übernachtungen von Gästen aus Deutschland wurden 3,3 Prozent mehr gezählt als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen von Besuchern aus dem Ausland erhöhte sich um 2,8 Prozent. Der Anteil der Besucher aus dem Ausland liegt in den Monaten November bis Februar regelmäßig unter dem Jahresdurchschnitt. Diesmal reisten 30,2 Prozent aller Gäste aus dem Ausland an (November 2007: 30,0 Prozent). In den ersten elf Monaten dieses Jahres erhöhte sich der Ausländeranteil am Gästeaufkommen gegenüber dem Vorjahr von 33,7 auf 34,8 Prozent.

Rund drei Viertel der ausländischen Besucher kommen traditionell aus europäischen Ländern nach Berlin, diesmal waren es 75,7 Prozent. Der Zuwachs betrug hier durchschnittlich 1,6 Prozent. Hohe Steigerungen wurden in diesem Segment für Gäste aus Zypern (+125,0 Prozent), Polen (+80,8 Prozent) und Slowenien

(+47,9 Prozent) ermittelt. Aber auch aus Übersee reisten mehr Besucher als im Vorjahr an. Aus Indien kamen beispielsweise 115,4 Prozent, aus der Republik Südafrika 95,2 Prozent und aus Kanada 74,2 Prozent mehr Gäste an als im November 2007. Dagegen wiesen von den in der Tabelle verzeichneten zehn Herkunftsländern mit dem im Jahresverlauf höchsten Übernachtungsaufkommen im November sechs negative Veränderungsraten auf.

In Berlin waren im November 2008 insgesamt 658 Beherbergungsstätten geöffnet, 66 mehr als ein Jahr zuvor, dazu kamen sechs Campingplätze für Urlaubscamping. Die Auslastung der aktuell rund 97 700 angebotenen Betten (7 000 beziehungsweise 7,7 Prozent mehr Betten innerhalb eines Jahres) war mit 45,0 Prozent niedriger als im November 2007 (47,1 Prozent).

Die Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) stellte mit 80 600 Betten in 529 Betrieben den bei weitem größten Anteil des Angebots. Die Bettenauslastung betrug hier 46,3 Prozent und lag leicht unter dem Vorjahreswert (47,7 Prozent). Die übrigen Beherbergungsstätten (Parahotellerie), deren 129 geöffnete Betriebe im November insgesamt 17 100 Betten anboten, hatten angesichts einer sehr starken Kapazitätsausweitung (4 600 Betten zusätzlich gegenüber November 2007) mit 39,1 Prozent eine deutlich sinkende Bettenauslastung (Vorjahr: 43,1 Prozent) zu verzeichnen.

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsstätten Berlins im November 2008 nach Herkunftsland

Herkunft	November 2008				Januar bis November 2008			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr	Gäste	Veränderung zum Vorjahr	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Inland.....	455 100	4,0	855 600	3,3	4 773 100	2,5	9 997 300	0,6
Ausland	196 700	5,1	463 200	2,8	2 551 100	7,9	6 520 200	6,8
darunter								
Großbritannien	25 700	-6,4	57 400	-4,6	288 500	-3,3	688 500	-5,4
Italien.....	13 000	-9,1	34 800	-12,1	193 200	2,5	566 000	5,1
USA.....	12 800	-11,2	30 000	-12,2	219 800	1,1	536 900	-5,3
Niederlande.....	14 300	1,8	36 500	9,0	193 400	5,2	525 000	7,3
Spanien.....	10 100	-10,0	26 400	-19,3	178 400	5,0	523 000	4,2
Dänemark.....	12 800	17,0	32 600	27,4	150 900	12,7	404 300	12,0
Frankreich.....	9 500	9,0	21 900	2,0	124 100	14,8	308 000	15,6
Schweiz.....	9 800	2,9	21 100	-1,7	125 600	6,0	297 400	2,2
Schweden.....	6 300	-4,7	15 800	4,1	83 700	14,8	204 500	18,5
Österreich.....	6 300	-9,6	14 000	-14,9	81 200	5,3	193 000	5,9
Insgesamt	651 800	4,3	1 318 800	3,1	7 324 200	4,3	16 517 500	3,0

Erwerbstätigkeit 2008: Höheres Arbeitszeitvolumen in Berlin-Brandenburg

Die Zahl der erwerbstätigen Personen hat im vergangenen Jahr in der Region Berlin-Brandenburg um 45 000 beziehungsweise 1,7 Prozent auf insgesamt 2,7 Millionen Personen zugenommen. Diese erbrachten ein Jahresarbeitszeitvolumen von 3 987

Millionen Stunden. Es ergibt sich als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und geleisteten Stunden je Erwerbstätigen. Damit standen der Berliner und Brandenburger Gesamtwirtschaft zusammen rund 58 Millionen Arbeitsstunden beziehungsweise 1,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor zur Verfügung.

Das ergab eine erste vorläufige Berechnung des Arbeitsvolumens im Jahr 2008 durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Es umfasst die geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die sie als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) und Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger für eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Tätigkeit aufwenden.

In Berlin lag die Erwerbstätigenzahl um 33 400 Personen beziehungsweise 2,1 Prozent und die geleistete Arbeitszeit um 44,6 Millionen Stunden beziehungsweise 1,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. In Brandenburg waren die Erwerbstätigkeit um 1,1 Prozent und das Arbeitsvolumen um 0,9 Prozent gestiegen. Das heißt, es arbeiteten 11 600 Personen mehr und es wurden 13,3 Millionen Arbeitsstunden zusätzlich geleistet. Deutschlandweit lag der Anstieg bei der Erwerbstätigkeit bei 1,5 Prozent und beim Arbeitsvolumen bei 1,4 Prozent. Zwischen der durchschnittlichen Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) gab es 2008 große Unterschiede. Während in den alten Bundesländern Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen gleichermaßen um 1,5 Prozent gestiegen sind, erreichte die Entwicklung in den neuen Bundesländern nicht die 1-Prozent-Marke (Erwerbstätigkeit: +0,8 Prozent; Arbeitsvolumen: +0,6 Prozent).

Die Pro-Kopf-Arbeitszeit hat sich 2008 gegenüber dem Vorjahr bei weiterhin kräftig gestiegener Erwerbstätigenzahl im Durchschnitt aller Bundesländer aber kaum verändert. Arbeitszeit erhöhende Faktoren wie die größere Zahl von Arbeitstagen (+2,7 Tage), die Ausweitung der Vollzeitbeschäftigung und von Nebentätigkeiten

haben sich mit denen, die die Arbeitszeit vermindern – wie der Abbau von Überstunden und die Zunahme von Kurzarbeit – weitgehend ausgeglichen.

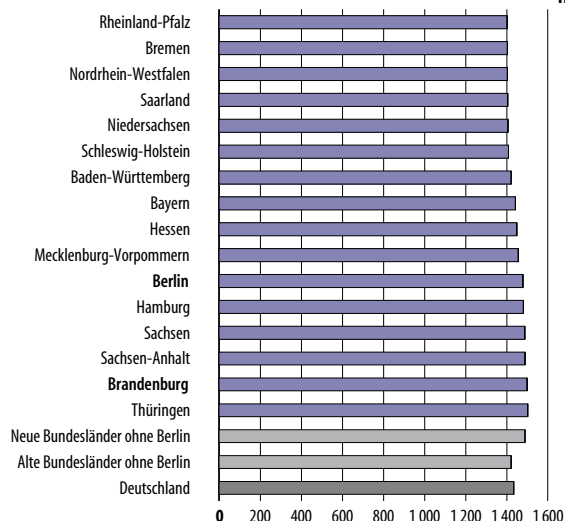
Die Arbeitszeit eines Erwerbstätigen wird durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren bestimmt. Dazu gehören neben regionalen und branchenspezifischen Tariffestlegungen oder besonderen Arbeitszeitregelungen der Arbeitgeber und Unterschieden im zeitlichen Arbeitsumfang von Beschäftigungsverhältnissen (abhängige und selbstständige Erwerbstätigkeit, marginale Beschäftigungsformen, Voll- und Teilzeitarbeit) auch die Zahl der Kalenderarbeitstage, Mehr- und Kurzarbeit sowie krankheitsbedingte Ausfallzeiten.

Diese die Arbeitszeit bestimmenden Faktoren waren auch im vergangenen Jahr regional unterschiedlich ausgeprägt, sodass die voneinander abweichende geleistete Pro-Kopf-Arbeitszeit in den Bundesländern kein Maßstab der Intensität und Qualität der verausgabten Arbeitszeit darstellt. Die Unterschiede machen im Durchschnitt bis zu 100 Stunden je Erwerbstätigen aus. Die niedrigste Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 401 Stunden verzeichnete Rheinland-Pfalz, die höchste mit 1 501 Stunden Thüringen.

In Berlin leistete ein Erwerbstätiger 2008 im Durchschnitt 1 478 und in Brandenburg 1 498 Arbeitsstunden. In beiden Ländern wurde damit länger als bundesweit im Durchschnitt (1 433 Stunden) gearbeitet: in Berlin 45 und in Brandenburg 65 Stunden. Gegenüber dem vorangegangenen Jahr hat sich damit die jährliche Pro-Kopf-Arbeitszeit in Berlin und Brandenburg nur unwesentlich verringert. Allerdings verbrachte ein Erwerbstätiger in Berlin und Brandenburg 2008 deutlich weniger Zeit am Arbeitsplatz als noch im Jahr 2000, nämlich fast 90 Stunden.

Das Jahresarbeitspensum eines Erwerbstätigen in der Berliner Wirtschaft im Jahr 2008 von 1 478 Stunden differierte in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. So wurde im Verarbeitenden Gewerbe 27 Stunden länger gearbeitet. In Brandenburg wurde die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit eines Erwerbstätigen von 1 498 Stunden im Verarbeitenden Gewerbe um 62 Stunden überschritten. Im Verarbeitenden Gewerbe beider Länder lag sie auch im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland höher, in Berlin um 54 Stunden und in Brandenburg um 109 Stunden.

Geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen
im Jahr 2008



Baugewerbe November 2008: Umsatz- und Auftragsplus für Berliner Baubetriebe

Die Betriebe des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten konnten im November 2008 mit einem Volumen von 177,1 Millionen EUR 15,6 Prozent mehr Umsatz verbuchen als vor einem Jahr.

Der Auftragseingang stieg sogar um 35,0 Prozent auf 120,8 Millionen EUR.

Die Zahl der tätigen Personen lag mit 9 166 um 6,5 Prozent über der des Vorjahres. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten betrug 19 321 EUR. Er stieg damit um 8,5 Prozent gegenüber November 2007. Die Brutto Lohn- und -gehaltssumme wies 27,6 Millionen EUR aus und lag 5,8 Prozent über der des Vorjahres; die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (0,9 Millionen) erhöhte sich im arbeits-täglichen Vergleich um 5,5 Prozent.

Bauhauptgewerbe in Berlin im November 2008 – Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten –

Merkmal	Einheit	Ins- gesamt	Hochbau				Tiefbau			
			ins- gesamt	Woh- nungs- bau	gewerblicher u. industrieller Hochbau	öffent- licher Hochbau	ins- gesamt	Straßen- bau	gewerblicher u. industrieller Tiefbau	sonstiger Tiefbau
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	177,1	101,1	43,7	43,6	13,8	76,0	11,9	43,0	21,0
Anteil	%	100	57,1	24,7	24,6	7,8	42,9	6,7	24,3	11,9
Veränderung gegenüber dem November 2007	%	15,6	19,8	64,9	-2,7	5,7	10,4	-13,6	30,4	-4,6
Auftragseingang absolut	Mill. EUR	120,8	79,4	52,8	17,4	9,3	41,4	7,0	22,4	11,9
Anteil	%	100	65,8	43,7	14,4	7,7	34,2	5,8	18,6	9,9

Baugewerbe November 2008: Geringere Umsätze in Brandenburg

In den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten des Brandenburger Bauhauptgewerbes sank im November 2008 der baugewerbliche Umsatz um 1,9 Prozent auf 222,3 Millionen EUR im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt. Die Auftragseingänge in Höhe von 125,1 Millionen EUR waren 18,6 Prozent niedriger als 2007.

Bei den tätigen Personen in den auskunftspflichtigen Betrieben war im November 2008 mit 16 421 gegenüber November 2007 ein Rückgang von 6,0 Prozent zu verzeichnen; die Brutto Lohn- und -gehaltssumme lag mit 38,8 Millionen EUR um 8,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,9 Millionen) sank im arbeitstäglichen Vergleich um 3,0 Prozent.

Bauhauptgewerbe in Brandenburg im November 2008 – Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten –

Merkmal	Einheit	Ins- gesamt	Hochbau				Tiefbau			
			ins- gesamt	Woh- nungs- bau	gewerblicher u. industrieller Hochbau	öffent- licher Hochbau	ins- gesamt	Straßen- bau	gewerblicher u. industrieller Tiefbau	sonstiger Tiefbau
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	222,3	95,2	37,3	44,0	13,9	127,2	51,9	51,4	23,9
Anteil	%	100	42,8	16,8	19,8	6,2	57,2	23,3	23,1	10,7
Veränderung gegenüber dem November 2007	%	-1,9	0,5	-16,2	17,6	7,9	-3,6	-7,1	10,4	-19,1
Auftragseingang absolut	Mill. EUR	125,1	69,7	30,6	32,4	6,7	55,4	17,7	23,3	14,4
Anteil	%	100	55,7	24,4	25,9	5,4	44,3	14,2	18,6	11,5



aus Deutschland

Erwerbstätigkeit Dezember 2008: Konjunkturabschwung macht sich am Arbeitsmarkt bemerkbar

Auf Grundlage erster Berechnungen waren 40,53 Millionen in Deutschland lebende Personen im Dezember 2008 erwerbstätig. Dies entspricht einer Zunahme um 351 000 Personen oder 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 2007. Im Juli 2008 war die Erwerbstätigenzahl noch um 1,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gewachsen. Seither hat sich der relative Vorjahresabstand von Monat zu Monat verringert. Somit macht sich die Wirtschaftskrise zunehmend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar.

Im Vergleich mit dem Vormonat November 2008 waren 246 000 Personen mit Wohnort in Deutschland im Dezember 2008 weniger erwerbstätig. Ein Rückgang der Zahl zwischen November und Dezember ist nicht ungewöhnlich, von der Höhe her fiel er jedoch 2008 stärker aus als in anderen Jahren. Nach rechnerischer Ausblendung üblicher jahreszeitlich bedingter Schwankungen betrug die Anzahl der Erwerbstätigen im Dezember 40,33 Millionen. Gegenüber dem Vormonat November bedeutet dies einen saisonbereinigten Rückgang um 24 000 Personen. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung nicht nur der verhältnismäßig kalten Witterung, sondern auch der geschwächten Gesamtwirtschaftslage zuzuschreiben ist.

Generell basieren die Ergebnisse der ersten vorläufigen Berechnungen – so auch die hier vorgelegten Ergebnisse für den Berichtsmonat Dezember – auf noch unvollständigen Daten. Um dennoch möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen veröffentlichen zu können, werden die Datenlücken in der Erwerbstätigenrechnung – wie auch in anderen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – durch die Anwendung statistischer und ökonometrischer Schätzverfahren geschlossen.

Erfahrungsgemäß können mithilfe der Schätzungen sehr verlässliche Ergebnisse ermittelt werden. Allerdings sind diese Schätzungen in der derzeitigen konjunkturellen Phase, die durch rasche und tief greifende Veränderungen in allen Bereichen der Wirtschaft gekennzeichnet ist, mit größeren Unsicherheiten behaftet als sonst üblich.

Mit der Berechnung der Erwerbstätigenzahlen für den Berichtsmonat Dezember 2008 wurden auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse aufgrund neu verfügbarer erwerbsstatistischer Informationen rückwirkend bis Juli 2008 überarbeitet. Aus den Neuberechnungen resultierte für das am 2. Januar 2009 veröffentlichte Jahresdurchschnittsergebnis 2008 eine Niveauekorrektur um –20 000 (–0,05 Prozent). In einzelnen Monaten ergaben sich Abweichungen von bis zu –0,3 Prozent gegenüber dem vorherigen Rechenstand.

Auf Basis der Arbeitskräfteerhebung ermittelt DESTA-TIS Erwerbslosenzahlen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Nach vorläufigen Schätzungen lag die Zahl der Erwerbslosen im Dezember 2008 saisonbereinigt bei 3,09 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Dezember 2007 waren saisonbereinigt 300 000 Personen oder 8,8 Prozent weniger erwerbslos. Gegenüber dem Vormonat November 2008 ist die saisonbereinigte Erwerbslosenzahl um 0,3 Prozent angestiegen. Die EU-weit harmonisierte saisonbereinigte Erwerbslosenquote für Deutschland, gemessen als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt, lag mit 7,2 Prozent deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats von 7,9 Prozent, jedoch knapp über dem Resultat vom November 2008 (7,1 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tourismus 2008: Campingtourismus mit +5 Prozent Übernachtungen

Die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen stieg in Deutschland im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um voraussichtlich 5 Prozent auf 22,9 Millionen. Dieses vorläufige Ergebnis beruht auf einer Schätzung auf Basis der für den Zeitraum Januar bis Oktober vorliegenden Werte.

Dabei nahmen die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland um 6 Prozent auf 3,5 Millionen zu, die der Gäste aus dem Inland stiegen um 4 Prozent auf 19,4 Millionen.

Von dieser positiven Entwicklung konnten die Hersteller von Wohnmobilen und Wohnwagen in Deutschland aber nicht profitieren. Nach weiteren vorläufigen Angaben gab es hier bei der Produktion von Wohnmobilen im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Rückgang um 9,8 Prozent auf rund 35 500; noch stärker sank die Zahl der produzierten Wohnwagen (um 21,6 Prozent auf rund 45 000).

Campingtourismus in Deutschland 2001 bis 2008¹

Jahr	Übernachtungen von Gästen		Ankünfte von Gästen	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Mill.	%	Mill.	%
2001.....	21,3	1,2	5,5	1,4
2002.....	21,2	–0,6	5,6	1,1
2003.....	23,1	10,0	6,3	12,4
2004.....	21,4	–8,2	5,7	–9,0
2005.....	21,7	1,5	5,7	0,8
2006.....	21,5	–0,9	5,7	–0,3
2007.....	21,9	1,8	5,8	1,3
2008 ² ...	22,9	5,0	6,3	9,0

¹ Diese Ergebnisse enthalten nur das Urlaubscamping, nicht aber das Dauercamping, bei dem die Stellplätze für einen längeren Zeitraum vermietet werden.

² Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt

Baugewerbe November 2008: Aufträge im Bauhauptgewerbe real –17,4 Prozent

Im Bauhauptgewerbe waren im November 2008 in Deutschland in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten die preisbereinigten Auftragseingänge 17,4 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Dabei nahm die Bau- nachfrage im Hochbau um 2,0 Prozent und im Tiefbau um 30,1 Prozent ab.

Im Zeitraum Januar bis November 2008 sind die Auftragseingänge preisbereinigt um 3,8 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesunken.

Ende November 2008 waren in den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus 710 000 Personen tätig; das sind 13 000 weniger als vor einem Jahr (–1,8 Prozent). Der Umsatz in jeweiligen Preisen belief sich im Berichtsmonat auf rund 8,4 Milliarden EUR (+0,1 Prozent gegenüber November 2007).

Von Januar bis November 2008 betrug der Gesamtumsatz rund 79 Milliarden EUR und lag damit um 6,4 Prozent über dem Niveau der ersten elf Monate 2007. Die Beschäftigtenzahl ist in diesem Zeitraum um 1,1 Prozent gefallen.

Hoch- und Tiefbau in Deutschland¹

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Grundzahlen	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum %
November 2008			
Beschäftigte.....	1 000	710	– 1,8
Geleistete Arbeitsstunden.....	Mill. Stunden	72,4	– 7,8
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	8 437	0,1
darunter			
Baugewerblicher Umsatz....	Mill. EUR	8 321	0,2
Index des Auftragseingangs ²			
Insgesamt	2000 \pm 100	58,4	– 17,4
Hochbau	2000 \pm 100	53,9	– 2,0
Tiefbau	2000 \pm 100	64,6	– 30,1
Januar bis November 2008			
Beschäftigte ³	1 000	706	– 1,1
Geleistete Arbeitsstunden.....	Mill. Stunden	790,6	– 1,1
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	78 695	6,4
darunter			
Baugewerblicher Umsatz....	Mill. EUR	77 599	6,5
Index des Auftragseingangs ^{2 3}			
Insgesamt	2000 \pm 100	75,2	– 3,8
Hochbau	2000 \pm 100	67,2	– 1,2
Tiefbau	2000 \pm 100	86,3	– 6,4

¹ Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten.

² Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; preisbereinigte Angaben.

³ Durchschnitt errechnet aus Monatsangaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Verdienste 2008: Tarifverdienste – höchster Anstieg seit 1996

Die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten in Deutschland erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2008 um 3,1 Prozent. Das ist der höchste Anstieg seit über zehn Jahren (1996: +3,4 Prozent). Auch die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter verzeichneten mit einem Plus von 3,0 Prozent den höchsten Zuwachs seit 1996. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt 2008 gegenüber 2007 um 2,6 Prozent.

Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die hohen Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 2008. Dazu zählen unter anderem die Entgelterhöhungen in der Chemischen Industrie, in der Energieversorgung und in der Entsorgungswirtschaft. Zudem kam es im öffentlichen Dienst durch Neuabschlüsse und Anpassungen der Verdienste in den neuen Ländern an das Westniveau zu einem deutlichen Anstieg der Tarifverdienste bei den Gebietskörperschaften.

Insgesamt stiegen die tariflichen Monatsgehälter im Berichtsmonat Januar 2008 um 3,3 Prozent und im April

2008 um 3,5 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum. Zwar gab es auch im zweiten Halbjahr 2008 Tarifabschlüsse von über 3 Prozent, diese hatten aber aufgrund der regionalen Begrenzung eine geringere Auswirkung auf die Gesamtentwicklung. Da es zudem bereits im zweiten Halbjahr 2007 einen deutlichen Zuwachs bei den Tarifverdiensten gegeben hatte, fiel der Anstieg im Berichtszeitraum Juli 2008 mit 2,9 Prozent und im Oktober 2008 mit 3,0 Prozent etwas geringer als noch im ersten Halbjahr aus.

Die höchsten Anstiege der tariflichen Monatsgehälter gab es im Jahresdurchschnitt in den Wirtschaftszweigen Gebietskörperschaften (+6,0 Prozent), Wasserversorgung (+5,6 Prozent) und Chemische Industrie (+4,6 Prozent). Der Tarifindex berücksichtigt jedoch die durchschnittliche Tarifverdienstenwicklung in allen erfassten Wirtschaftszweigen. So fließen auch Bereiche mit geringen Tarifierhöhungen ein, wie beispielsweise der Einzelhandel (+1,1 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Preise
Januar 2009:
Verbraucherpreise
voraussichtlich +0,9 Prozent

Der Verbraucherpreisindex in Deutschland wird sich im Januar 2009 – nach vorliegenden Ergebnissen von DESTATIS aus sechs Bundesländern – gegenüber Januar 2008 voraussichtlich um 0,9 Prozent erhöhen (Dezember 2008: +1,1 Prozent). Im

Vergleich zum Vormonat ergibt sich eine Veränderung von –0,5 Prozent.

Die rückläufige Inflationsrate ist vor allem auf die günstige Preisentwicklung bei Kraftstoffen und leichtem Heizöl zurückzuführen. Gegenüber Januar 2008 lagen die Kraftstoffpreise – je nach Bundesland – zwischen 13,5 Prozent und 15,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Vormonat stiegen sie allerdings erstmals seit drei Monaten wieder um 1,3 Prozent bis 4,4 Prozent

an. Auch die Preise für leichtes Heizöl erhöhten sich im Vormonatsvergleich erstmals seit August 2008 wieder um 2,2 Prozent bis 8,9 Prozent. Sie lagen dennoch um 12,4 Prozent bis 21,3 Prozent unter dem Stand von Januar 2008. Die Preise für Strom stiegen ebenfalls gegenüber Dezember 2008 um 2,1 Prozent bis 6,5 Prozent und lagen damit um 3,7 Prozent bis 9,1 Prozent über dem Stand vor einem Jahr.

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland wird sich im Januar 2009 gegenüber Januar 2008 voraussichtlich um 0,9 Prozent erhöhen (Dezember 2008: +1,1 Prozent). Im Vergleich zum Vormonat ergibt sich eine Veränderung von –0,6 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Binnenhandel
2008: Einzelhandelsumsatz
voraussichtlich real leicht
gesunken

Nach Schätzungen lag der Umsatz im Einzelhandel in Deutschland im Jahr 2008 nominal voraussichtlich zwischen 1,9 Prozent und 2,4 Prozent über dem Wert von 2007. Der reale Umsatz dürfte dagegen nur das Niveau des Vorjahres erreicht haben beziehungsweise leicht unter diesem liegen (–0,5 Prozent bis ±0,0 Prozent).

Diese Schätzung basiert auf den für den Zeitraum Januar bis November 2008 vorliegenden Daten. In diesem Zeitraum setzte der Einzelhandel nominal 2,1 Prozent mehr und real 0,5 Prozent weniger um als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Im November 2008 erzielte der Einzelhandel in Deutschland nach vorläufigen Daten aus sieben Bundesländern nominal 1,8 Prozent und real 3,0 Prozent weniger Umsatz als im November 2007. Allerdings hatte der November 2008 mit 25 Verkaufstagen auch einen Verkaufstag weniger als der Vorjahresmonat. In den in die Berechnungen eingehenden sieben Bundesländern werden circa 76 Prozent des Gesamtumsatzes im deutschen Einzelhandel getätigt. Im Vergleich zum Oktober 2008 stieg der Umsatz im Einzelhandel unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 0,1 Prozent und real um 0,7 Prozent.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im November 2008 nominal 3,4 Prozent und real 5,5 Prozent weniger um als im November 2007. Bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten wurden nominal 3,3 Prozent und real 5,3 Prozent weniger umgesetzt, beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln lagen die Umsätze nominal um 3,9 Prozent und real um 6,8 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde ebenfalls nominal und real weniger als im November 2007 umgesetzt (nominal –0,7 Prozent, real –1,4 Prozent). In zwei Branchen lagen allerdings die Umsätze nominal und real über denen des Vorjahresmonats: im sonstigen Facheinzelhandel (zum Beispiel Bücher, Schmuck) mit nominal +2,7 Prozent und real +4,2 Prozent sowie im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen mit nominal +1,3 Prozent und real + 0,6 Prozent.

Einzelhandelsumsatz in Deutschland 2002 bis 2008¹

Jahr Monat	In jeweiligen Preisen (nominal)		In konstanten Preisen (real)	
	2003 = 100	Veränderung	2003 = 100	Veränderung
Ursprungswerte				
Jahresdurchschnitte der Messzahlen sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % ²				
2002.....	100,5	– 1,6	100,5	– 1,3
2003.....	100	– 0,5	100	– 0,5
2004.....	102,0	2,0	102,1	2,1
2005.....	103,9	1,8	103,5	1,3
2006.....	104,8	0,9	103,8	0,3
2007.....	103,4	– 1,4	101,4	– 2,3
Monatliche Messzahlen				
sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in % ²				
2007 November..	109,8	– 0,9	106,5	– 3,1
Dezember..	121,9	– 5,7	119,2	– 7,5
2008 Januar	98,4	3,8	95,4	1,6
Februar.....	96,6	6,6	92,8	3,9
März.....	103,4	– 4,5	99,0	– 7,1
April.....	107,0	3,6	102,3	1,1
Mai.....	106,5	5,0	101,4	2,2
Juni.....	100,2	– 1,0	95,5	– 3,8
Juli.....	105,0	4,8	100,2	1,5
August.....	101,4	– 0,2	96,3	– 3,5
September	105,9	6,6	100,6	3,6
Oktober.....	110,6	1,7	105,2	– 0,8
November..	107,8	– 1,8	103,3	– 3,0
Kalender- und saisonbereinigte Messzahlen				
sowie Veränderung gegenüber dem Vormonat in % ³				
2007 November..	103,5	0,3	100,2	– 0,4
Dezember..	103,0	– 0,5	100,1	– 0,1
2008 Januar	104,9	1,8	101,4	1,3
Februar.....	106,6	1,6	102,6	1,2
März.....	104,4	– 2,1	100,3	– 2,2
April.....	104,4	0,0	100,2	– 0,1
Mai.....	106,2	1,7	101,6	1,4
Juni.....	104,9	– 1,2	100,2	– 1,4
Juli.....	105,1	0,2	100,2	0,0
August.....	107,4	2,2	101,7	1,5
September	107,5	0,1	102,0	0,3
Oktober.....	105,0	– 2,3	99,8	– 2,2
November..	105,1	0,1	100,5	0,7

¹ Einzelhandel ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen; vorläufige Ergebnisse.

² Berechnet aus den Ursprungswerten (ohne Kalender- und Saisonbereinigung).

³ Saisonbereinigungsverfahren Census-X-12-ARIMA.

Quelle: Statistisches Bundesamt



aus Europa

Arbeitsmarkt Dezember 2008: Arbeitslosenquote 8,0% gestiegen

In der EZ15¹ lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2008 bei 8,0 Prozent, gegenüber 7,9 Prozent im November. Im Dezember 2007 betrug sie 7,2 Prozent. In der EU27² lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2008 bei 7,4 Prozent, gegenüber 7,3 Prozent im November. Im Dezember 2007 hatte sie 6,8 Prozent betragen.

Es wird geschätzt, dass im Dezember 2008 in der EU27 insgesamt 17,911 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 12,472 Millionen in der Eurozone. Gegenüber November 2008 hat die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 309 000 und in der Eurozone um 230 000 zugenommen. Gegenüber Dezember 2007 ist die Zahl der Arbeitslosen um 1 665 000 in der EU27 und um 1 397 000 in der Eurozone gestiegen.

Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (2,7 Prozent) und Österreich (3,9 Prozent) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (14,4 Prozent) und Lettland (10,4 Prozent).

Neun der Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang ihrer Arbeitslosenquote, vier-

zehn einen Anstieg und vier blieben stabil. Die stärksten Rückgänge wurden in Polen (von 8,2 auf 6,5 Prozent) und der Slowakei (10,3 auf 9,4 Prozent) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Spanien (von 8,7 auf 14,4 Prozent) und Estland (von 4,1 auf 9,2 Prozent).

Vergleicht man den Dezember 2007 mit dem Dezember 2008, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 6,4 auf 7,6 Prozent und in der EU27 von 6,3 auf 7,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im selben Zeitraum in der Eurozone von 8,1 auf 8,5 Prozent zu und in der EU27 von 7,4 auf 7,7 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag im Dezember 2008 in der Eurozone bei 16,4 Prozent und in der EU27 bei 16,6 Prozent. Im Dezember 2007 hatte sie 14,5 Prozent beziehungsweise 14,7 Prozent betragen. Die niedrigsten Quoten verzeichneten die Niederlande (5,3 Prozent) und Österreich (6,9 Prozent), und die höchsten hatten Spanien (29,5v) und Ungarn (22,5 Prozent).

Im Dezember 2008 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 7,2 Prozent. Im November lag sie in Japan bei 3,9 Prozent.

Bevölkerung 1. Januar 2009: Eine halbe Milliarde Einwohner in der Europäischen Union

Nach den ersten Bevölkerungsschätzungen wird die Europäischen Union (EU27) am 1. Januar 2009 etwa 499,7 Millionen Einwohner haben. Die Einwohnerzahl der neuen Eurozone (EZ15), einschließlich der Slowakei, wird am 1. Januar 2009 circa 328,6 Millionen betragen.

Die Einwohnerzahl der EU27 erhöhte sich 2008 um 4,4 je 1 000 Einwohner, bedingt durch natürliches Bevölkerungswachstum (+1,1 Promille) und Wanderungssaldos (+3,3 Promille). Insgesamt wird geschätzt, dass die EU27 Bevölkerung im Jahr 2008 um 2,2 Millionen gestiegen ist.

Die höchsten Geburtenraten in Irland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Estland

Die Zahl der Lebendgeburten wird in der EU27 im Jahr 2008 auf 5,4 Millionen geschätzt, dies entspricht einer Bruttogeburtenziffer von 10,8 je 1 000 Einwohner. Die höchsten Geburtenraten sind für Irland (18,1 Promille), das Vereinigte Königreich (13,0 Promille), Frankreich (12,9 Promille), Estland (12,2 Promille), Schweden (11,9 Promille) und Dänemark (11,8 Promille) vorausgesagt, die niedrigsten für Deutschland (8,3 Promille), Malta und Österreich (je 9,2 Promille), Bulgarien (9,4 Promille), Italien und Portugal (je 9,6 Promille).

Im Jahr 2008 gab es in der EU27 schätzungsweise 4,8 Millionen Sterbefälle, dies entspricht einer Bruttosterbeziffer von 9,7 je 1 000 Einwohner. Am höchsten sind die geschätzten Sterbeziffern im Jahr 2008 in Bulgarien (14,2 Promille), Lettland (14,0 Promille), Litauen (13,2 Promille) und Ungarn (13,0 Promille). Irland (6,1

Promille) verzeichnet die niedrigste Sterbeziffer, gefolgt von Zypern (6,6 Promille), Luxemburg (6,9 Promille) und Malta (7,7 Promille).

Infolgedessen liegt Irland (+12,0 je 1 000 Einwohner) beim natürlichen Bevölkerungswachstum voraussichtlich an erster Stelle und damit deutlich vor Frankreich (+4,5 Promille), Luxemburg (+4,3 Promille), Zypern (+3,9 Promille) und dem Vereinigten Königreich (+3,6 Promille). Acht Mitgliedstaaten zeigen ein negatives natürliches Bevölkerungswachstum, mit den stärksten Rückgängen in Bulgarien (-4,8 Promille), Lettland (-3,2 Promille), Ungarn (-3,1 Promille), Litauen (-2,6 Promille) und Deutschland (-2,0 Promille).

Schätzungen zufolge sind drei Viertel des Bevölkerungswachstums in der EU27 im Jahr 2008 auf internationale Wanderungsströme zurückzuführen. Relativ gesehen haben Irland (+14,1 je 1 000 Einwohner), Slowenien (+12,6 Promille), Luxemburg (+11,9 Promille), Zypern (+11,7 Promille) und Spanien (+10,2 Promille) die höchsten Nettowanderungsströme, während Bulgarien, Lettland, Litauen und Polen mehr Auswanderungen als Einwanderungen haben.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Bevölkerung in zwanzig Mitgliedstaaten schätzungsweise gestiegen und in sieben gesunken ist, mit beträchtlichen Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten. Das höchste relative Wachstum wird für Irland (+26,1 Promille), Luxemburg (+16,2 Promille), Zypern (+15,5 Promille), Slowenien (+13,5 Promille) und Spanien (+12,5 Promille) vorausgesagt und der größte Rückgang für Bulgarien (-5,0 Promille), Litauen (-4,8 Promille) und Lettland (-4,3 Promille).

1 Zu der Eurozone (EZ15) gehören Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und Finnland. Die Slowakei wird am 1. Januar 2009 der Eurozone beitreten und ist in den Daten einbezogen.

2 Der Europäischen Union (EU27) gehören Belgien (BE), Bulgarien (BG), Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK) an.

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin Oktober 2008

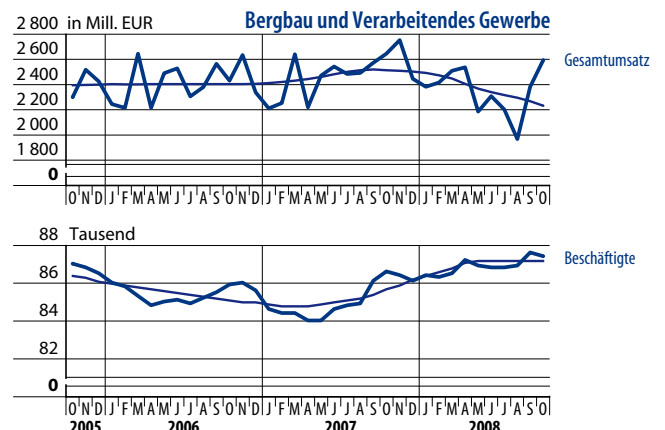
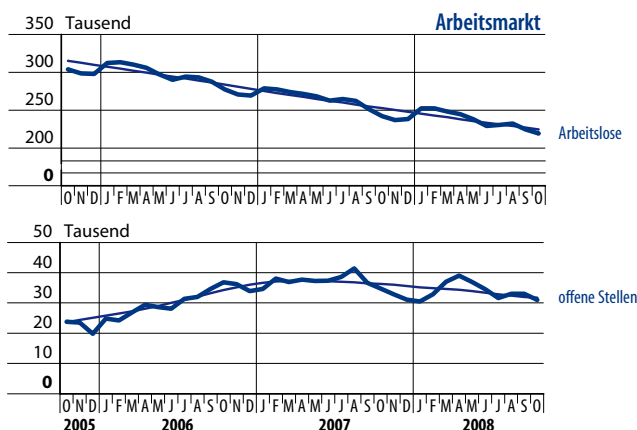
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom Oktober 2007 bis zum Oktober 2008 um 9,4 Prozent, das waren 22 886 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 15,2 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden des Oktober bewegten sich die dargestellten Kennziffern des Auslandsatzes und der Beschäftigten nach oben, während der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes und der Gesamtumsatz nachgaben. Für das Berliner Bauhauptgewerbe zeigte sich beim Baugewerblichen Umsatz und bei den Beschäftigten eine anhaltend positive Entwicklung – während beim Auftragseingang sich eine rückläufige Entwicklung andeutet. Beim Außenhandel war die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes fast konstant, während die des Importes leicht anstieg.

Beim Einzelhandel blieb der Trend der Messzahl des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten fast gleich. Im Gastgewerbe verzeichnete die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz, der nominale Umsatz eine steigende. Im Berlin-Tourismus stieg die Zahl der Gäste ebenso wie die der Übernachtungen weiter kontinuierlich an. Beim Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und dem Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben war ein stärker schwankender – in letzter Zeit deutlich fallender Trend – erkennbar. Die beantragten Insolvenzen wiesen seit Mitte des Jahres 2007 eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente auf, während die Regelinsolvenzen der Unternehmen seit März 2008 wieder eine leicht ansteigende Trend-Konjunktur-Komponente zeigten. Die Berliner Inflationsrate lag im aktuellen Monat bei +2,1 Prozent – Tendenz seit dem Juni des Jahres 2008 fallend.

13,0 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 1,4 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,2 Prozentpunkte und die auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 2,0 beziehungsweise 1,2 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich der Berliner). Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahl – die linear-fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die gemeldeten offenen Stellen verringerten sich seit dem Oktober des vorigen Jahres um 3 766 oder 10,8 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fällt seit dem April 2007 wieder. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,1.

Die im Monat Oktober 2008 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 363 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten im gleichen Monat einen Gesamtumsatz von 2 593,9 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 52,5 Millionen EUR unterschritten; es verringerte sich um 2,0 Prozent. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2008 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 23,5 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2007 war dies eine Verminderung um 4,3 Prozent. Im Oktober 2008 wurden im Ausland durch diesen Wirtschaftszweig fast 1,3 Millionen EUR abgesetzt, das waren einmalig hohe 48,5 Prozent des Gesamtumsatzes, allerdings auch +35,0 Prozent gegenüber dem Oktober 2007. Der Auftragseingang des Verarbeitenden

In Berlin wurden am Ende des Monats Oktober 2008 mit 219 355 **Arbeitslosen** 5 203 Personen oder 2,3 Prozent weniger als im Vormonat, dem September 2008, registriert. Im Vergleich zum Oktober 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 9,4 Prozent, das sind 22 886 Personen, ab. Die Personenzahl entspricht etwa der Einwohnerzahl einer brandenburgischen Stadt der Größe von Forst oder Werder (Havel). Die Arbeitslosenquote Berlins auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug 15,2 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen



Gewerbes zeigte eine nachlassende Entwicklung. Es ergab sich zwar noch eine Veränderungsrate von +1,4 Prozent im Ein-Jahres-Vergleich – November 2007 bis Oktober 2008 zu November 2006 bis Oktober 2007. Im Vergleich vom Oktober 2008 zum Oktober 2007 betrug der Verlust des Auftragseingangsindex 12,2 Prozent. Im betrachteten Monat waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 87 473 Personen beschäftigt, 0,9 Prozent oder 821 Beschäftigte mehr als im Oktober 2007. Die längerfristige Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes ist stark fallend und die der Beschäftigtenzahl konstant. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) fiel, und zwar auf 29 653,7 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat –2,9 Prozent und –4,8 Prozent beim Vergleich der beiden letzten Ein-Jahres-Zeiträume.

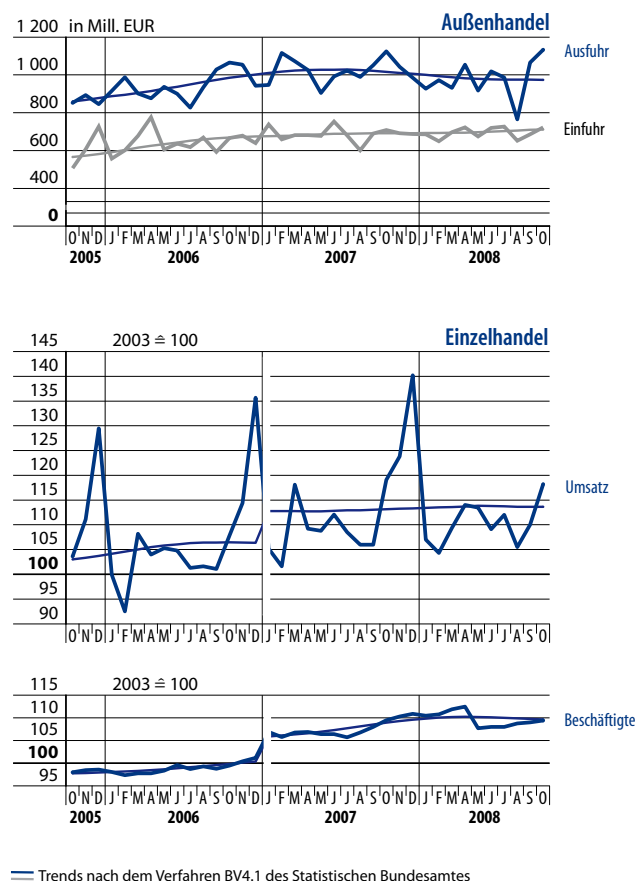
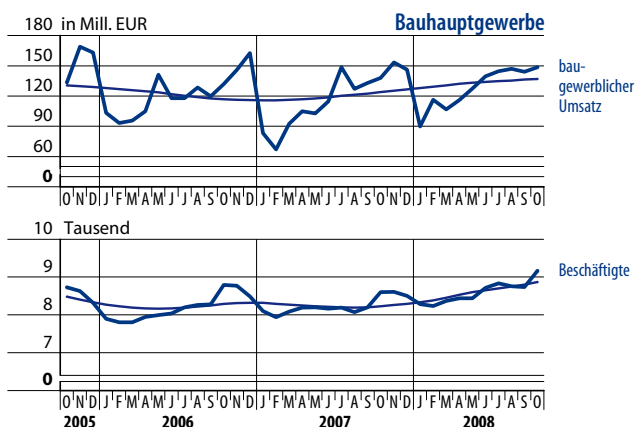
Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente, wobei die Beschäftigten deutlich stärker als der Umsatz zulegten. Die grafische Darstellung war weiterhin durch die fast synchron verlaufenden saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten gekennzeichnet. Der Auftragseingang brach im Oktober 2008 ein – er verminderte sich im Vergleich zum Oktober 2007 um 35,0 Prozent und betrug 92,4 Millionen EUR. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 9 163 Arbeitnehmer erzielten im Oktober 2008 einen baugewerblichen Umsatz von 148,5 Millionen EUR. Dieser lag um 7,6 Prozent über dem Wert vom Oktober 2007. Im Vergleich der Zwölf-Monats-Zeiträume ist ein Zuwachs von 11,3 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenzahl stieg im Vergleich des Oktober 2008 zum Oktober 2007 um 6,5 Prozent, im zwölfmonatigen Zeitraum waren es 4,1 Prozent. Insgesamt befanden sich alle in der Tabelle angegebenen Kennziffern zu den Veränderungen des Berliner Bauhauptgewerbes im positiven Bereich – mit Ausnahme des bereits genannten Auftragseinganges.

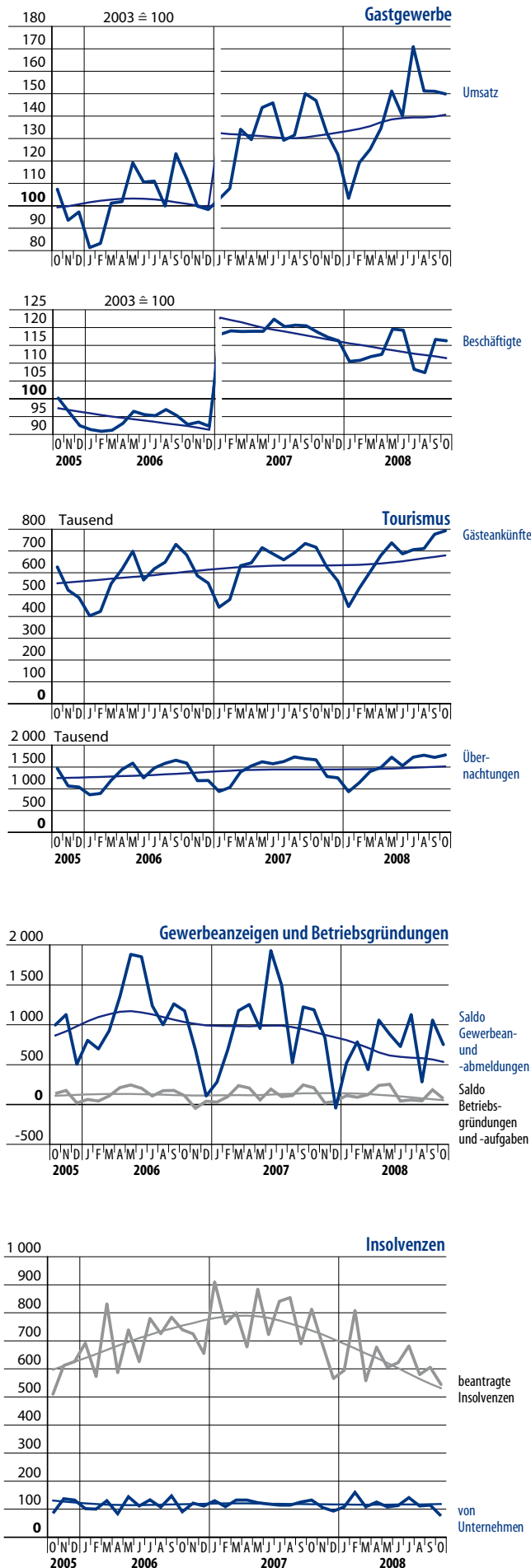
Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im Oktober 2008 ein Volumen von 722,9 Millionen EUR und lag damit um 2,0 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats – des Oktober 2007. Im Vergleich der letzten zwölf Monate waren es +1,5 Prozent. Im aktuellen Monat erreichte das Exportvolumen 1 134,0 Millionen EUR. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug +0,8 Prozent; beim Ein-Jahres-Zeitraum dann –3,6 Prozent. In der Grafik war für den Export

(Spezialhandel) und den Import (Generalhandel) bis zur Mitte des Jahres 2007 ein stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Seitdem fällt die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes ab, während die der Importe weiterhin, aber leicht abgeschwächt, ansteigt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Berliner **Einzelhandel** war mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bei der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen worden. In der Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente kann diese Sprungstelle berücksichtigt werden, während der Ein-Jahres-Vergleich erst ab dem Januar 2009 wieder möglich ist. Die langfristigen Messzahlen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten waren positiv. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2008 stieg der Index des nominalen Einzelhandelsumsatzes und der Beschäftigten gegenüber den ersten zehn Monaten des Jahres 2007 um 0,8 beziehungsweise 2,6 Prozent. Bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen des nominalen Umsatzes war die Trend-Konjunktur-Komponente gleich bleibend, bei der Messzahl der Beschäftigten war sie dagegen leicht aber langfristig und kontinuierlich steigend – ab dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 verlief sie dann wieder konstant.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** wurde – wie beim Einzelhandel – die gleiche methodische Veränderung, die zu den gleichen Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung führte, vorgenommen. Beim nominalen Umsatz war eine stark steigende, bei den Be-



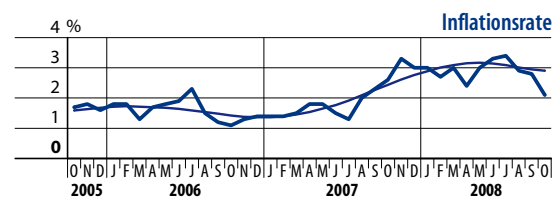


schäftigten eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Bei der Messzahl des nominalen Umsatzes trat im Vergleich der ersten zehn Monate des Jahres 2008 zum gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Veränderung von 5,7 Prozent auf. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um +5,3 Prozent.

Im Oktober 2008 betrug die Zahl der Übernachtungen in der Berliner **Tourismusbranche** 1 773,4 Tausend Personen; gegenüber dem Oktober 2007 waren es 112 002 Übernachtungen oder 6,7 Prozent mehr. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 3,4 Prozent. Die Zahl der Gäste zeigte ebenso wie die der Übernachtungen eine gleichmäßig steigende Trend-Konjunktur-Komponente. Im Oktober 2008 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,2 Übernachtungen.

Bei den **Gewerbebeanmeldungen** werden die Salden der Gewerbe- und -abmeldungen und die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbebeanmeldungen fiel gegenüber dem Oktober 2007 um 36,8 Prozent; im Ein-Jahres-Vergleichszeitraum waren es –26,8 Prozent. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigte sich wechselhaft. Der Oktober 2008: 75 Betriebsgründungen mehr als -aufgaben, das sind –64,3 Prozent zum Oktober 2007; im längerfristigen Ein-Jahres-Vergleich waren es –13,6 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten beim Gewerbe- und beim Betriebs-Saldo zeigten seit dem Juni 2005 größere Schwankungen, ab dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 jedoch eine deutlich fallende Tendenz. Auffallend ist, dass immer zum Jahreswechsel umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkt Anmeldungen auftraten.

Die beantragten **Insolvenzen** werden nach wie vor stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Oktober 2008 lagen die beantragten Insolvenzen bei 545 Fällen. Im gleichen Monat waren es bei den Unternehmensinsolvenzen insgesamt 76 Insolvenzfälle oder –42,4 Prozent zum Oktober 2007. Die Unternehmensinsolvenzen hatten sich auch im Einjahres-Vergleich weiter verringert. Es ergab sich für die ganzjährigen Vergleichszeiträume bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen ein Minus von 6,7 Prozent; bei den beantragten Insolvenzen waren es –19,3 Prozent. Seit Mitte 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente der beantragten Insolvenzen – die der Unternehmensinsolvenzen stieg seit April 2008 leicht an.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2008 – bezogen auf das Jahr 2005 – bei 106,4. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat, ergab sich ein Wert von +2,1 Prozent. Bestimmend für die Preisentwicklung gegenüber

dem Vorjahresmonat waren vor allem die Preissteigerungen für Energie, Nahrungsmittel und alkoholische Getränke. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate war seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 steigend. Sie lag im November 2007 bei Werten über 2,5 und im Februar 2008 bei Werten über 3,0 Prozent, seit Juni 2008 fällt sie wieder.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Oktober 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 9. Februar 2009)

Merkmal	Einheit	Oktober 2008		Januar 2008 bis Oktober 2008		November 2007 bis Oktober 2008	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	219 355	-9,4	237 158	-10,6	237 224	-10,9
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 \pm 100	117,8	-12,2	118,4	-0,7	119,7	1,4
Gesamtumsatz	Mill. EUR	2 593,9	-2,0	2 348,6	-4,3	2 390,5	-2,8
Auslandsumsatz	Mill. EUR	1 258,8	35,0	923,5	9,3	919,2	9,3
Beschäftigte	1 000	87,5	0,9	87,0	2,4	86,9	2,1
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	92,4	-35,0	123,6	0,2	118,4	-3,8
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	148,5	7,6	128,1	15,2	131,7	11,3
Beschäftigte	1 000	9,2	6,5	8,6	5,1	8,6	4,1
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	1 134,0	0,8	977,4	-4,6	983,6	-3,6
Einfuhr	Mill. EUR	722,9	2,0	693,8	1,0	693,1	1,5
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	2003 \pm 100	118,2	-0,8	110,3	0,8	113,9	x
Beschäftigte	2003 \pm 100	109,4	-0,1	109,7	2,6	109,8	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal	2003 \pm 100	149,9	2,0	139,7	5,7	137,7	x
Beschäftigte	2003 \pm 100	116,3	-2,1	113,3	-5,3	113,9	x
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	793,3	10,5	667,0	4,2	654,8	4,2
Gästeübernachtungen	1 000	1 773,4	6,7	1 519,4	2,8	1 476,8	3,4
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen... darunter	Anzahl	751	-36,8	763,1	-28,8	701,9	-26,8
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	75	-64,3	122,6	-17,9	107,2	-13,6
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	545	-33,0	628,0	-21,1	627,6	-19,3
darunter							
Regelinsolvenzen der Unternehmen..	Anzahl	76	-42,4	116,4	-5,3	113,6	-6,7
Verbraucherpreisindex	2005 \pm 100	106,4	2,1	106,3	2,9	106,1	2,9

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig



Brandenburg Oktober 2008

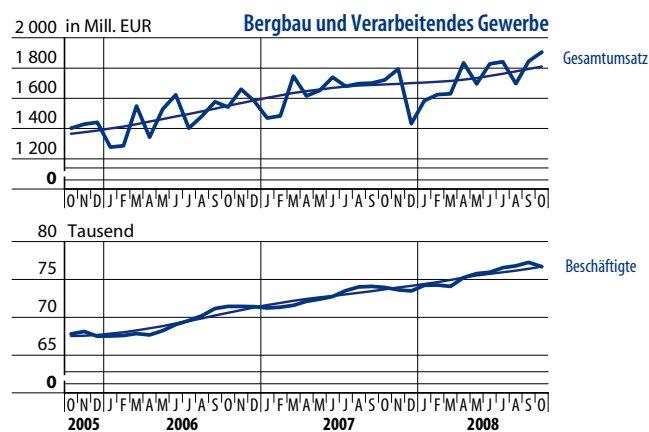
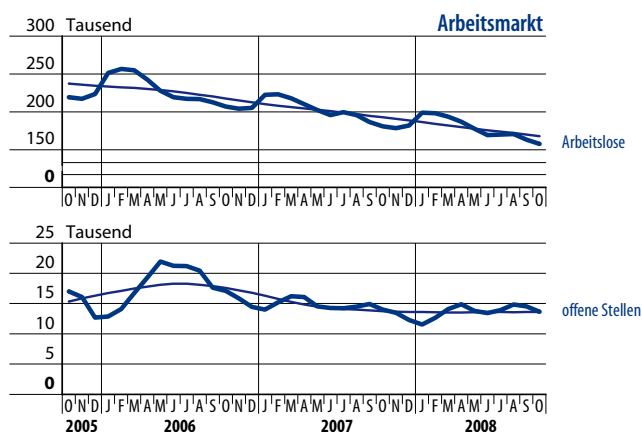
Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Oktober 2008 zum Vorjahresmonat um 12,8 Prozent; das sind –23 203 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,0 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine stabil steigende Tendenz. Der Auftrageingangsindex (nur für das Verarbeitende Gewerbe) fiel im Vergleich zum Oktober 2007 um 18,8 Prozent. Für das Bauhauptgewerbe war nur beim Auftragseingang ein durchgängig steigender Trend vorhanden. Die Beschäftigtenzahl fiel weiter kontinuierlich, während für die Entwicklung des Gesamtumsatzes zurzeit keine deutliche Richtung erkennbar war. Im Branden-

burger Einzelhandel stieg die nominale Umsatz-Messzahl leicht und die Beschäftigten-Messzahl fiel stärker ab. Im Gastgewerbe fielen die nominale Umsatz- und die Beschäftigten-Messzahl. Die gesamten Brandenburger Aus- und Einfuhren stiegen – nach einer Beruhigungsphase, ab Mitte des Jahres 2007 – wieder an, die Einfuhr dabei wesentlich stärker als die Ausfuhr. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen hielt der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich steigende Trend weiter an. Ebenso stieg der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und der Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben kurzfristig sehr stark an – im Ein-Jahres-Vergleich fielen jedoch beide Salden. Die beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen stiegen kurzzeitig, langfristig ist der Trend eher fallend. Im Oktober 2008 betrug die Inflationsrate +2,2 Prozent.

Im Land Brandenburg wurden Ende Oktober des Jahres 2008 mit 157 575 **Arbeitslosen** 3,5 Prozent weniger als im September des Jahres 2008 registriert; das sind –5 686 Personen. Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 12,8 Prozent oder 23 203 Personen ab. Dieser Wert entspricht fast genau der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Werder (Havel) am Ende des Jahres 2006. Die brandenburgische Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 13,0 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 11,7 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,9 beziehungsweise 1,7

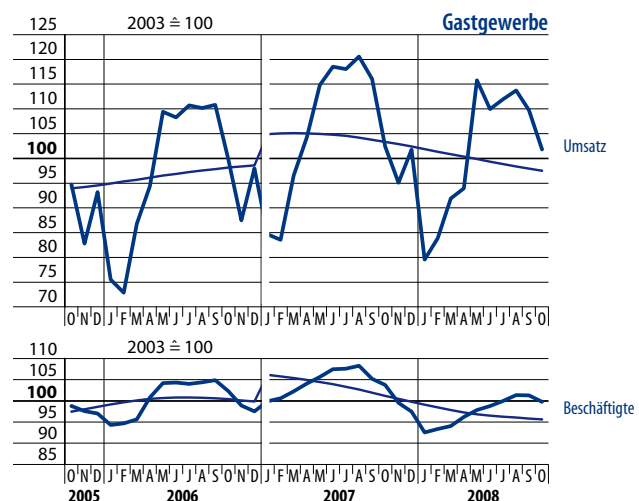
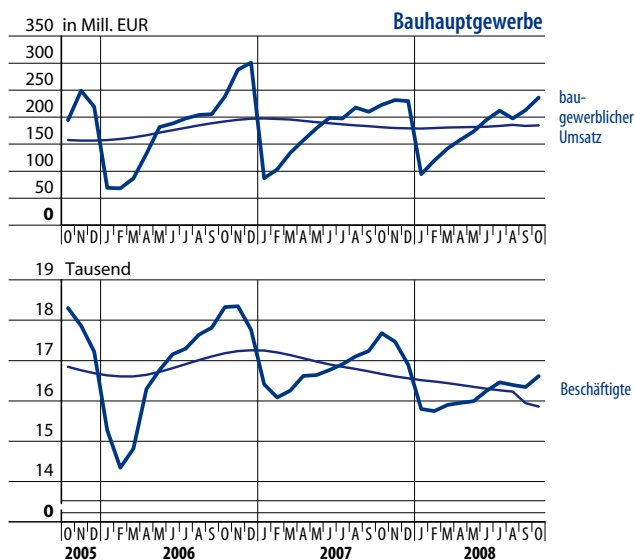
Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 5,0 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 4,5 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,1 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten, auch scheint sich die Schwankungsbreite der Arbeitslosenzahl seit zwei Jahren zu verringern. Die gemeldeten 13 632 **offenen Stellen** hatten seit dem Oktober des vorigen Jahres um 385 Stellen oder um 2,7 Prozent abgenommen. Im Mai 2006 war mit fast 22 000 offenen Stellen ein bisheriges Maximum erreicht. Von Juli 2006 bis zum Oktober 2007 war die Trend-Konjunktur-Komponente fallend, sie verharrt seit dem dritten Quartal des Jahres 2007 bei etwa 13 500 bis 13 600 offenen Stellen. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,6 – Tendenz fallend, bei einer ebenfalls stark verminderten Schwankungsbreite. Im Oktober dieses Jahres waren 8 765 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Oktober 2007 ergab das ein Plus von 1 086 Personen oder 13,9 Prozent.

Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** war weiterhin langfristig eine positive Entwicklung erkennbar. Die Veränderungen im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahreszeiträumen aller zu diesem Wirtschaftsabschnitt in der Tabelle enthaltenen Merkmale – außer dem Auftragseingang im Oktober 2008 – lagen



durchweg im positiven Bereich, einige sogar zweistellig. Die im Monat Oktober dieses Jahres berichtspflichtigen 433 Betriebe – das sind 28 Betriebe mehr als im Oktober 2007 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 905,0 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 182,6 Millionen EUR oder 10,6 Prozent überboten. Im Zeitraum eines Jahres – von November 2007 bis Oktober 2008 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 20,7 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 4,9 Prozent. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und einem „Einbruch“ im Dezember 2007 – unvermindert stark steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Brandenburger Wirtschaftsabschnitts erreichte im August ein Niveau von 523,5 Millionen EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug 27,5 Prozent. Insgesamt sind in den letzten zwölf Monaten für 5,3 Milliarden EUR Waren dieses Wirtschaftsabschnitts aus dem Land Brandenburg exportiert worden. Langfristig steigt der Auslandsumsatz etwas verhaltener als der Gesamtumsatz an. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, während die des Umsatzes bereits seit dem Januar 2003 anstieg. Im Oktober des Jahres 2008 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 76 706 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem September 2008 – ist das eine Veränderung um –550 Personen. Gegenüber dem Oktober 2007 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 3,8 Prozent oder 2 774 Personen. Beim Vergleich des Ein-Jahres-Zeitraumes sind es dann +3,9 Prozent. Im Oktober 2008 betrug die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 24 835 EUR, das waren +6,6 Prozent gegenüber dem Oktober 2007. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg ebenfalls, sie lag im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozent höher. Im Vergleich der beiden letzten Zwölf-Monats-Zeiträume stieg die Produktivität um 0,9 Prozent, während die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten um 2,0 Prozent zulegte.

In der konjunkturellen Entwicklung des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** scheint der seit fast zehn Jahren anhaltende Abwärtstrend in eine Beruhigungs-Phase einzutreten. Der Auftrageingangindex zeigte eine anhaltend positive Entwicklung, was bei dem Gesamtumsatz bereits Wirkung zeigt, bei den Beschäftigten jedoch (immer noch) nicht. Bei der Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes ist eine schwankende, in letzter Zeit wieder leicht ansteigende, Tendenz erkennbar, während bei der Beschäftigtenzahl seit Januar 2007 eine leicht fallende Tendenz sichtbar wird. Die 322 im Oktober 2008 berichtspflichtigen Betriebe – das sind gegenüber dem Oktober 2007 achtzehn weniger – erreichten mit 16 612 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 236,1 Millionen EUR; der Umsatz lag damit um 6,0 Prozent über dem Wert vom Oktober 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume (November 2007 bis Oktober 2008 zu November 2006 bis Oktober 2007) ergibt sich demgegenüber ein Wert von –4,1 Prozent. Das wertmäßige Volumen der Auftrageingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 148,3 Millionen EUR. Es lag damit um 1,2 Prozent über den Angaben des Oktober 2007. Die Entwicklung des Auftrageinganges in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +6,6 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im Brandenburger Bauhauptgewerbe fiel in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum um 3,9 Prozent, bei dem



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Vergleich des Oktobers 2008 zum Oktober 2007 ergaben sich –1 067 Beschäftigte oder –6,0 Prozent

Im Brandenburger **Einzelhandel** wurde mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bezüglich der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen. Dies wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Darstellung der Entwicklung der Messzahlen von den beiden 12-Monats-Zeiträumen ist deshalb nicht möglich. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes (Januar bis Oktober 2008 zu Januar bis Oktober 2007) ergab ein Plus von 0,9 Prozent. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 2,0 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes ist seit Mitte des vorigen Jahres fast konstant, während die der Beschäftigten seit zwei Jahren fällt.

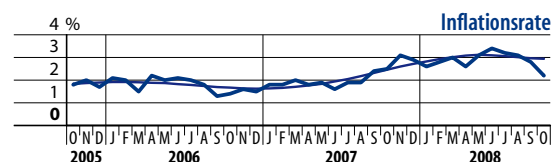
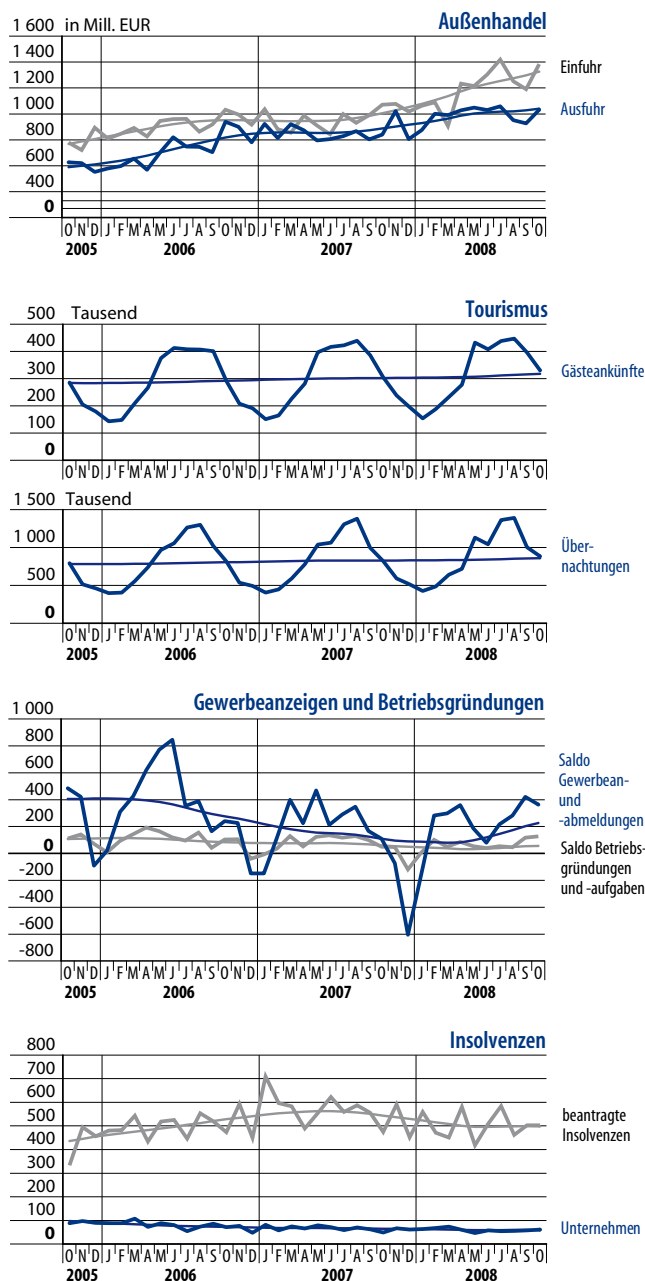
Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzelhandel, eine methodische Veränderung vorgenommen. Dieser ebenfalls saisonal stark geprägte Wirtschaftszweig trat

beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten-Messzahlen eine einheitlich fallende Entwicklung auf. Im Vergleich der 10-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 4,5 Prozent ab, die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 6,6 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der nominalen Umsatz- und der Beschäftigten-Messzahl sind fallend – die der Beschäftigten stärker als die des Umsatzes.

Beim **Außenhandel** wurde eine durchgängig positive Entwicklung erreicht. Die Veränderungen zu den drei Vorjahreszeiträumen (monatlich, im laufenden Jahr und ganzjährig) sind allesamt im Bereich von über 10 Prozent – bei der Einfuhr sogar beträchtlich darüber. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Oktober dieses Jahres 1 032,2 Millionen EUR und lag damit um 22,8 Prozent über dem Ergebnis des Oktober 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 15,9 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von November 2007 bis Oktober 2008 – Waren im Wert von 11,8 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 384,8 Millionen EUR, bei einem Plus von 29,4 Prozent gegenüber dem Wert des Oktober 2007. In den letzten zwölf Monaten wurden Waren im Wert von 14,2 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert, das sind gegenüber dem Vorjahr 24,0 Prozent mehr. In der Grafik war sowohl beim Import als auch beim Export nach gleichbleibenden Phasen eine seit dem Herbst vorigen Jahres wieder stärker steigende Trend-Konjunktur-Komponente – beim Import wesentlich stärker als beim Export – erkennbar. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

In der **Tourismusbranche** betrug im Oktober 2008 die Zahl der Gästeankünfte 331,2 Tausend; gegenüber dem Oktober 2007 waren es 26,0 Tausend Personen oder 8,5 Prozent mehr. Beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 4,1 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Oktober 2008 zu Oktober 2007) ebenfalls, aber etwas geringer – um 7,4 Prozent. Im Ein-Jahres-Vergleich setzte sich mit +3,4 Prozent die langfristig positive Entwicklung bei den Übernachtungen fort. Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2008 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt ist bei den Gästeankünften und -übernachtungen eine kontinuierlich-steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Die Anzahl der Gäste legte dabei stärker als die der Übernachtungen zu, die Verweilzeiten sanken.

Bei den **Gewerbeanmeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Oktober 2008 wurden 364 Gewerbe mehr als abgemeldet, gegenüber dem Oktober 2007 waren das mehr als doppelt so viel, im Ein-Jahres-Vergleichs-



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Zeitraum dann aber –27,1 Prozent. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben lag im Oktober 2008 ein Plus von 128 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit bei einem Plus von 156,0 Prozent zum Oktober 2007 vor. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark fallende Trend auch bei den Betriebsgründungen und -aufgaben mit –34,3 Prozent erhalten. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte bei dem Saldo der Gewerbeanzeigen eine seit dem Jahresbeginn 2008 wieder steigende Tendenz. Bei dem Saldo der Betriebe steigt diese Komponente ebenfalls – aber erst seit Mitte des Jahres 2008 und auch sehr gering.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen seit Mitte des Jahres 2007 einheitliche Tendenzen. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war seit dem Jahr 2000 ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei etwa 60 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber im gleichen Zeitraum von mehr als acht Jahren eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten, die allerdings ab Mitte des Jahres 2007 wieder fällt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen

bestimmt. Im Monat Oktober 2008 fielen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,1 Prozent auf 503 Fälle. Im gleichen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 61 Fälle, das waren +24,5 Prozent zum Oktober 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 8,6 Prozent weniger Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es –10,2 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2008 bei 106,9. Der Index wurde rückwirkend auf das neue Preisbasisjahr 2005 \pm 100 umgestellt, dabei wurden auch der Warenkorb und das Wägungsschema verändert. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Oktober 2008 und dem Oktober 2007, ergab sich damit ein Wert von +2,2 Prozent. Ursache dieser Entwicklung waren in erster Linie die hohen Energie-, Getränke- und Nahrungsmittelpreise. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fällt seit Mitte des Jahres 2008 wieder ab, nachdem sie seit dem Jahresbeginn 2007 stark angestiegen war.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Oktober 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 23. Januar 2009)

Merkmal	Einheit	Oktober 2008		Januar 2008 bis Oktober 2008		November 2007 bis Oktober 2008	
		absolut	Verände- rung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Verände- rung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Verände- rung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	157 575	– 12,8	178 652	– 12,2	178 933	– 12,2
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 \triangle 100	149,9	– 18,8	172,1	11,6	168,3	9,8
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 905,0	10,6	1 748,6	5,9	1 725,9	4,9
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	523,5	18,2	450,2	5,1	440,8	2,9
Beschäftigte.....	1 000	76,7	3,8	75,7	4,1	75,3	3,9
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	148,3	1,2	163,8	5,9	164,5	6,6
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	236,1	6,0	174,1	2,0	183,5	– 4,1
Beschäftigte.....	1 000	16,6	– 6,0	16,1	– 3,7	16,3	– 3,9
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \triangle 100	108,7	2,3	104,4	0,9	106,1	x
Beschäftigte.....	2003 \triangle 100	110,9	– 1,5	109,5	– 2,0	109,9	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \triangle 100	101,8	– 0,6	101,2	– 4,5	100,8	x
Beschäftigte.....	2003 \triangle 100	99,8	– 3,8	97,5	– 6,6	97,7	x
Außenhandel							
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 032,2	22,8	994,5	17,3	981,1	15,9
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 384,8	29,4	1 205,7	26,8	1 179,4	24,0
Tourismus							
Gästekünfte.....	1 000	331,2	8,5	330,6	3,5	311,6	4,1
Gästeübernachtungen.....	1 000	883,2	7,4	908,8	2,9	849,4	3,4
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen... darunter	Anzahl	364	230,9	232,9	6,3	137,8	– 27,1
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	128	156,0	68,1	– 21,4	51,0	– 34,3
Beantragte Insolvenzverfahren..... darunter	Anzahl	503	6,1	504,0	– 12,1	506,9	– 10,2
Regelinsolvenzen der Unternehmen....	Anzahl	61	24,5	60,1	– 10,7	60,8	– 8,6
Verbraucherpreisindex	2005 \triangle 100	106,9	2,2	106,6	2,9	106,4	2,9

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Schwerpunktthema Einkommen

Astrid Langer

Bruttolöhne und -gehälter in den Wirtschaftsbereichen Einzelhandel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Die folgenden Beiträge dieses Heftes befassen sich mit dem Thema „Einkommen in der amtlichen Statistik“, die Ergebnisse beziehen sich auf Berlin und Brandenburg. Es handelt sich um einen Einstieg in dieses Teilgebiet beziehungsweise in dieses Querschnittsthema der Statistik. Das Thema „Einkommen“ wurde gewählt, weil es ein Zentrum von „Sozialberichterstattung“ bildet, die auch als Regionalberichterstattung – besonders im Falle eines Statistischen Amtes für zwei Länder – ein wichtiger Teil des Aufgabenspektrums ist.

Es handelt sich um keine systematische oder erschöpfende Abhandlung, weder in konzeptionell-methodischer Hinsicht noch mit Blick auf die Ergebnisse, sondern um eine Zusammenfassung von Beiträgen, in welchen in ganz unterschiedlicher Weise – ein Mal eher schlaglichtartig, ein Mal mehr systematisch – über Einkommen in der amtlichen Statistik berichtet wird. In den Beiträgen sind diese Bestandteile sehr unterschiedlich vertreten, denn es wird vor allem das Gesamtspektrum umrissen und in Einzelheiten verdeutlicht, worin und wie Einkommensdaten in der amtlichen Statistik behandelt werden und wo sie zu finden sind.

Damit ist auch der Zweck dieses Schwerpunktheftes angesprochen, nämlich einen kursorischen Überblick zu geben über die Vielfalt einkommensstatistischer Daten im Programm der amtlichen Statistik sowie über deren Grundlagen, wichtige Bausteine und ausgewählte Ergebnisse.

In einem ersten Teil der Beiträge werden Einkommensdaten aus Unternehmensstatistiken behandelt, überwiegend Arbeitnehmerentgelte.

Daran schließt sich eine Betrachtung zu den Brutto-Monatsverdiensten im Öffentlichen Dienst der beiden Länder an.

Da der Mikrozensus die umfassendste amtlich-statistische Erhebung ist, bei der auf der Ebene von Einzelpersonen Einkünfte erhoben werden und mit den Daten eine umfangreiche Auswertung möglich ist, kann auf diese Darstellung nicht verzichtet werden.

Einen breiten Raum nehmen zum Schluss drei Beiträge ein, die sich nicht auf einzelne Statistiken, sondern auf Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beziehen.

┌

Die jährlichen Strukturerhebungen für den Einzelhandel, das Kfz-Gewerbe (Handel, Instandhaltung und Reparatur) und das Gastgewerbe stellen Ergebnisse dieser Wirtschaftsbereiche für Unternehmen ab 17 500 EUR Jahresumsatz für unterschiedliche Merkmale in absoluten Größen bereit. Zu den Merkmalen gehören die Zahl der Angestellten und Arbeiter/-innen (Stichtag 30. September) sowie deren Bruttolöhne und -gehälter im gesamten Geschäftsjahr. Enthalten sind alle gezahlten Geld- und Sachleistungen, unabhängig davon, ob es sich um Stunden-, Stück- oder Akkordlohn, regelmäßige oder unregelmäßige Zahlungen und Sondervergütungen, wie zum Beispiel Prämien, Abfindungen oder Provisionen, handelt. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Stichprobe.

Für die oben aufgeführten Wirtschaftsbereiche werden nachfolgend die gezahlten Bruttolohn- und -gehaltssummen für die Angestellten und Arbeiter/-innen in den beiden Bundesländern Berlin und Brandenburg dargestellt. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass Bruttolohn und Bruttogehalt (ab 2007 als Bruttoentgelt bezeichnet) je Angestellten beziehungsweise Arbeiter/-innen, differenziert nach Beschäftigungsarten (Voll-, Teilzeit, geringfügig) nicht darstellbar ist, da die dazu erforderlichen Daten in dieser Statistik nicht erhoben werden. Ein Vergleich der Verdienste in Berlin mit denen in Brandenburg ist nur eingeschränkt aussagefähig.

Des Weiteren ist zu erwähnen, dass die Ergebnisse alle Unternehmen mit Sitz im Land Berlin beziehungsweise Brandenburg umfassen, auch jene, die in anderen Bundesländern Geschäftsfilialen unterhalten. Gleichzeitig sind aber Filialen von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern in den Ergebnissen nicht enthalten.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der zuletzt vorliegenden Erhebung des Jahres 2006 skizziert.

In Berliner Einzelhandelsunternehmen betrug der Bruttoverdienst je Beschäftigten durchschnittlich 16 674 EUR und in denen Brandenburgs 14 601 EUR. Im Bundesdurchschnitt wurden 15 028 EUR gezahlt. Zwischen den einzelnen Branchen schwankten die Verdienste deutlich. In beiden Bundesländern lagen die Verdienste im Bereich Apotheken und Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln, wozu auch die Drogeriemärkte zählen, weit über dem Durchschnitt (18 278 EUR in Berlin und 17 740 EUR in Brandenburg). In Berlin fielen die Verdienste in diesem Bereich sogar am höchsten aus.

Unternehmen des Berliner Kraftfahrzeuggewerbes zahlten ihren abhängig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 22 978 EUR und in Brandenburg 20 206 EUR. Betrachtet man nur den Handel mit Kraftwagen, so erhielten Angestellte und Arbeiter/-innen in diesem Segment in Berlin immerhin 15 Prozent mehr, nämlich 26 465 EUR. Auch in Brandenburg lagen hier die Bruttolöhne und -gehälter mit 21 056 EUR über dem Durchschnitt (+4 Prozent). Deutlich unter dem Durchschnitt wurde im Instandhaltungs- und Reparaturbereich bezahlt, in Brandenburg 18 033 EUR und in Berlin 17 653 EUR. Die geringe Entlohnung in Berlin hängt mit einem höheren Anteil der Teilzeitbeschäftigten zusammen.

Gastgewerbeunternehmen in Berlin und Brandenburg zahlten ihren voll- und teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern im Jahresdurchschnitt 10 814 EUR beziehungsweise 10 139 EUR. Anzumerken ist hierbei, dass der Grad der Teilzeitbeschäftigung in Berlin erheblich über dem in Brandenburg lag. Im Beherbergungsgewerbe sind die Verdienstunterschiede zwischen Berlin (15 432 EUR) und Brandenburg (9 998 EUR) besonders deutlich, obwohl der Grad der Teilzeitbeschäftigten kaum differiert.

Im Bundesdurchschnitt wurden in den Unternehmen des Gastgewerbes 10 308 EUR und im Beherbergungsgewerbe 12 191 EUR gezahlt.

Tab. 1

Entgeltempfänger und Bruttojahresentgelte im Einzelhandel, Kraftfahrzeug- und Gastgewerbe in Berlin und Brandenburg
– Ergebnisse der Jahreserhebung für das Geschäftsjahr 2006 –

Wirtschaftsbereiche	Entgelt-empfänger		Jahresbrutto-entgelte		Jahresbruttoentgelt je Entgeltempfänger	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
	Anzahl		Mill. EUR		EUR	
Kraftfahrzeuggewerbe	13 622	19 103	313	386	22 978	20 206
Handel mit Kraftwagen	7 255	11 398	192	240	26 465	21 056
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	3 682	5 989	65	108	17 653	18 033
Einzelhandel	45 579	41 299	760	603	16 674	14 601
in Verkaufsräumen mit Waren verschiedener Art	10 949	13 204	174	180	15 892	13 632
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	5 934	3 518	73	41	12 302	11 654
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	7 003	4 284	128	76	18 278	17 740
Sonstiger Facheinzelhandel	18 850	17 451	343	255	18 196	14 612
nicht in Verkaufsräumen	1 821	2 462	30	44	16 474	17 872
Gastgewerbe	46 608	16 866	504	171	10 814	10 139
Beherbergungsgewerbe	15 293	5 301	236	53	15 432	9 998
Gastronomie	26 937	9 232	219	92	8 130	9 965
Kantinen und Caterer	4 378	2 333	49	25	11 192	10 716

Roland Schlösser

Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes von 1995 bis 2006

Über die Bruttolöhne und -gehälter (nachfolgend zusammenfassend als Bruttoentgelte bezeichnet) der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden) gibt neben der Kostenstrukturerhebung die Monatsberichterstattung in diesem Wirtschaftszweig Auskunft. Aufgrund des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399) waren im Berichtszeitraum (1995 bis 2006) die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftszweige meldepflichtig. In die Berichterstattung einbezogen waren auch die verarbeitenden Betriebe des Handwerks.

Erfasst wurden dabei im zugrunde gelegten Monatsbericht unter anderem die hier interessierenden Merkmale wie Zahl der Beschäftigten, die Bruttoentgelte, das heißt die Bruttosumme (Bar- und Sachbezüge ohne jeden Abzug) ohne Anteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung sowie die Zuschläge einschließlich Gratifikationen, jedoch ohne allgemeine soziale Aufwendungen und Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind, von allen am Monatsende im Betrieb tätigen Personen einschließlich tätiger Inhaber/-innen und mithelfender Familienangehöriger (auch unbezahlt mithelfender Familienangehöriger, soweit sie mindestens ein Drittel der üb-

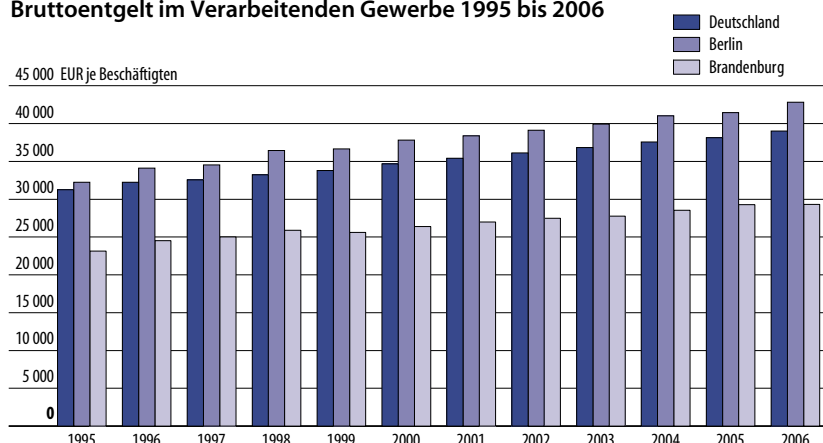
lichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind) sowie deren tatsächlich geleistete Arbeitsstunden, also einschließlich Über-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsstunden.

Die Möglichkeit, eine Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe zu finden, war im Berichtszeitraum gering. Nach den Ergebnissen der Berichterstattung über das Verarbeitende Gewerbe ging die Zahl der Beschäftigten in Berlin binnen zwölf Jahren um mehr als ein Drittel auf 98 000 zurück. Verglichen damit waren die Veränderungen in Brandenburg und Deutschland mit –14 und –13 Prozentpunkten relativ gering. In absoluten Zahlen betrug der Rückgang der Zahl der Beschäftigten in Brandenburg 14 000 und in Deutschland 885 000. Dabei war in allen drei Gebieten die Abnahme in der ersten Hälfte des Berichtszeitraumes am größten und erreichte am Ende der zweiten Hälfte fast einen Stillstand. Soweit die Beschäftigungschancen im Verarbeitenden Gewerbe, das in den 90er Jahren insgesamt einen Schrumpfungsprozess durchgemacht hat, in Berlin allerdings, vermutlich dank Betriebsverlagerungen ins nahe und fernere Umland, verschärfte Strukturänderungen zu bewältigen hatte.

Welchen Einfluss aber hatten die genannten Änderungen auf die Einkommen der im Verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten? In der Summe verringerte sich, allein schon durch die Reduzierung der Zahl der Beschäftigten, das Bruttoentgelt in Berlin um rund 15 Prozentpunkte. In Brandenburg und Deutschland insgesamt blieben die Entgelte dagegen fast gleich; sie nahmen um knapp 9 Prozentpunkte zu. Beim Bruttoentgelt je Beschäftigten sah es etwas anders aus. 1995 betrug das Bruttoentgelt je Beschäftigten im Berliner Verarbeitenden Gewerbe 32 236 EUR. Innerhalb der

zwölf Berichtsjahre stieg es kontinuierlich an, und zwar um fast ein Drittel auf 42 824 EUR. Auch in den beiden anderen Regionen, Brandenburg und Deutschland, war ein Anstieg zu verzeichnen, allerdings weniger stark als in Berlin – 26,5 Prozentpunkte in Brandenburg und 24,9 Prozentpunkte in Deutschland insgesamt. Damit nahm die Differenz sogar zu. Lag der Betrag zu Beginn des Zeitraumes nur um knapp 1 000 EUR über dem Bundesdurchschnitt, so waren es zwölf Jahre später rund 3 800 EUR mehr.

Abb. 1 Bruttoentgelt im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2006



Tab. 1 **Verarbeitendes Gewerbe^{1, 2} in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1995 bis 2006**

Merkmal – Gebiet	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003)	2004	2005	2006
absolut												
Beschäftigte in 1 000												
Berlin.....	153	137	127	121	116	111	112	109	107	102	99	98
Brandenburg.....	99	92	95	93	91	90	90	89	87	85	84	85
Deutschland.....	6 778	6 520	6 416	6 405	6 368	6 375	6 393	6 209	6 133	6 015	5 928	5 893
Bruttoentgelt in Mrd. EUR												
Berlin.....	4,9	4,7	4,4	4,4	4,2	4,2	4,3	4,3	4,3	4,2	4,1	4,2
Brandenburg.....	2,3	2,3	2,4	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,5	2,5
Deutschland.....	212	210	209	213	215	221	226	224	226	226	226	230
Bruttoentgelt je Beschäftigten in EUR												
Berlin.....	32 236	34 128	34 526	36 441	36 645	37 814	38 380	39 108	39 932	41 044	41 456	42 824
Brandenburg.....	23 154	24 507	25 014	25 893	25 620	26 392	26 996	27 488	27 758	28 533	29 291	29 298
Deutschland.....	31 247	32 257	32 564	33 237	33 801	34 690	35 415	36 111	36 838	37 571	38 136	39 025
Veränderung zum Vorjahr in %												
Beschäftigte												
Berlin.....	x	– 10,7	– 7,3	– 4,6	– 4,2	– 3,8	0,4	– 2,5	– 4,5	– 4,4	– 3,1	– 1,3
Brandenburg.....	x	– 7,1	3,2	– 2,3	– 2,4	– 0,5	– 1,0	– 0,9	– 2,1	– 1,8	– 1,4	1,6
Deutschland.....	x	– 3,8	– 1,6	– 0,2	– 0,6	0,1	0,3	– 2,9	– 2,6	– 1,9	– 1,5	– 0,6
Bruttoentgelt in Mrd. EUR												
Berlin.....	x	– 5,4	– 6,3	0,7	– 3,7	– 0,7	1,9	– 0,6	– 1,9	– 1,8	– 2,1	1,9
Brandenburg.....	x	– 1,7	5,3	1,2	– 3,4	2,5	1,2	0,9	– 1,1	0,9	1,2	1,6
Deutschland.....	x	– 0,7	– 0,7	1,9	1,1	2,7	2,4	– 1,0	– 0,4	–	–	1,7
Bruttoentgelt je Beschäftigten												
Berlin.....	x	5,9	1,2	5,5	0,6	3,2	1,5	1,9	2,8	2,8	1,0	3,3
Brandenburg.....	x	5,8	2,1	3,5	– 1,1	3,0	2,3	1,8	1,0	2,8	2,7	0,0
Deutschland.....	x	3,2	1,0	2,1	1,7	2,6	2,1	2,0	2,2	2,0	1,5	2,3
Messzahl 1995 = 100												
Beschäftigte												
Berlin.....	100	89,3	82,8	79,0	75,6	72,8	73,1	71,3	69,8	66,7	64,6	63,8
Brandenburg.....	100	92,9	95,8	93,7	91,5	91,0	90,1	89,3	87,4	85,8	84,6	85,9
Deutschland.....	100	96,2	94,6	94,5	93,9	94,0	94,3	91,6	90,5	88,7	87,4	86,9
Bruttoentgelt												
Berlin.....	100	94,6	88,7	89,3	86,0	85,4	87,0	86,5	86,4	84,9	83,1	84,7
Brandenburg.....	100	98,3	103,5	104,8	101,2	103,7	105,0	106,0	104,8	105,7	107,0	108,7
Deutschland.....	100	99,3	98,6	100,5	101,6	104,4	106,9	105,9	106,7	106,7	106,7	108,6
Bruttoentgelt je Beschäftigten												
Berlin.....	100	105,9	107,1	113,0	113,7	117,3	119,1	121,3	123,9	127,3	128,6	132,8
Brandenburg.....	100	105,8	108,0	111,8	110,7	114,0	116,6	118,7	119,9	123,2	126,5	126,5
Deutschland.....	100	103,2	104,2	106,4	108,2	111,0	113,3	115,6	117,9	120,2	122,0	124,9

Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden

¹ sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

² Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ Berechnung der Veränderungsrate 2003 zu 2002 bezieht sich auf den erweiterten (hier nicht abgebildeten) Berichtskreis

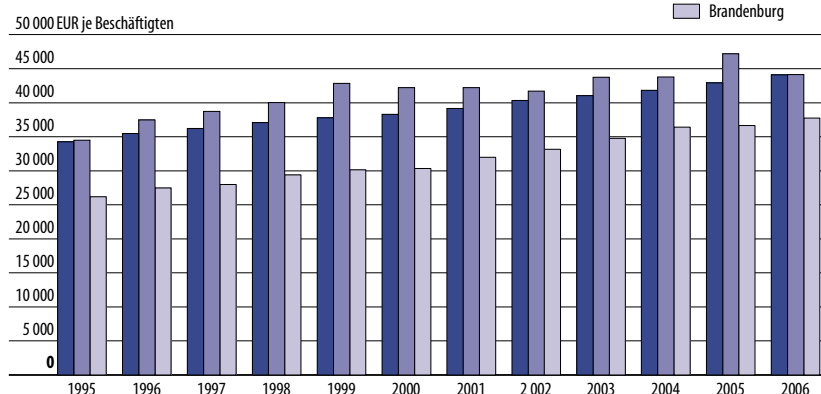
Roland Schlösser

Bruttoentgelt der Beschäftigten der Energie- und Wasserversorgung 1995 bis 2006

Aufschluss über die in der Energie- und Wasserversorgung erzielten Einkommen gibt neben der Kostenstrukturerhebung der Monatsbericht für Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung von höchstens 1 300 Unternehmen dieses Bereichs. Begründet wird die Auskunftspflicht aufgrund des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399). Nach § 6 Buchstabe A ProdGewStatG sind zu melden die Zahl der tätigen Personen nach den fachlichen Betriebsteilen Elektrizitätsversorgung, Gasversorgung, Wärmeversorgung, Wasserversorgung, baugewerblich und Sonstige. Aufgrund der kleinen Fallzahlen wird hier aus statistischen Geheimhaltungsgründen nur die Zahl der im gesamten Betrieb tätigen Personen ausgewiesen, also nicht nach fachlichen Betriebsteilen. Erfasst werden ferner die tatsächlich geleisteten (nicht die bezahlten) Arbeitsstunden aller im Betrieb tätigen Personen sowie deren Entgelte (einschließlich der Vergütungen für Auszubildende) ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

Nach dieser Erhebung hat sich die Zahl der Beschäftigten im Berichtszeitraum in Berlin mehr als halbiert, von rund 23 000 auf circa 11 000. Die Entwicklung war weder in Brandenburg (–28 Prozentpunkte) noch deutschlandweit (–25,1 Prozentpunkte) in gleicher Stärke zu beobachten. Beim Bruttoentgelt je Beschäftigten zeigte sich ein etwas anderes Bild. Hier lag das der Berliner Beschäftigten 1995 mit 34 477 EUR zwar am höchsten, aber nur knapp (rund 200 EUR) über dem in Deutschland und gut 8 300 EUR über dem im Land Brandenburg. Allerdings konnten die Beschäftigten dieses Wirtschaftszweiges in Brandenburg ihr durchschnittliches Bruttoentgelt im Berichtszeitraum um fast die Hälfte vergrößern (+44,3 Prozentpunkte), während sowohl in Berlin (+28,0 Prozentpunkte) als auch in Deutschland (+28,8 Prozentpunkte) ein deutlich geringer Zuwachs erzielt wurde, so dass der Abstand zum Berliner Niveau sich auf rund 6 400 EUR verminderte.

Abb. 1 Bruttoentgelt in der Energie- und Wasserversorgung 1995 bis 2006



Tab. 1 Energie- und Wasserversorgung¹ in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1995 bis 2006

Merkmal – Gebiet	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2 002	2003	2004	2005	2006
absolut												
Beschäftigte in 1 000												
Berlin.....	22,5	21,6	21,0	19,7	18,8	15,4	14,0	13,5	12,2	11,9	11,5	11,0
Brandenburg.....	12,4	11,0	10,4	10,1	10,1	10,2	9,8	9,5	10,1	9,5	9,1	8,9
Deutschland.....	329	319	309	299	289	268	256	253	249	251	248	247
Bruttoentgelt in Mill. EUR												
Berlin.....	777	808	812	787	807	652	593	562	536	520	542	486
Brandenburg.....	324	303	291	298	306	310	312	316	351	345	334	337
Deutschland.....	11 284	11 299	11 196	11 097	10 923	10 259	10 009	10 189	10 202	10 496	10 634	10 887
Bruttoentgelt je Beschäftigten in EUR												
Berlin.....	34 477	37 489	38 729	40 022	42 860	42 223	42 202	41 707	43 753	43 779	47 187	44 122
Brandenburg.....	26 171	27 464	27 998	29 412	30 133	30 333	31 965	33 172	34 759	36 425	36 633	37 764
Deutschland.....	34 261	35 466	36 199	37 061	37 782	38 302	39 148	40 327	41 048	41 808	42 925	44 113
Veränderung zum Vorjahr in %												
Beschäftigte												
Berlin.....	x	-4,3	-2,8	-6,1	-4,3	-17,9	-9,1	-4,1	-9,1	-3,0	-3,3	-4,2
Brandenburg.....	x	-10,9	-5,7	-2,6	0,1	0,6	-4,5	-2,4	6,1	-6,3	-3,7	-2,1
Deutschland.....	x	-3,3	-2,9	-3,2	-3,5	-7,4	-4,5	-1,2	-1,6	1,0	-1,3	-0,4
Bruttoentgelt in Mill. EUR												
Berlin.....	x	4,0	0,5	-3,0	2,5	-19,1	-9,1	-5,2	-4,6	-2,9	4,2	-10,4
Brandenburg.....	x	-6,6	-3,8	2,3	2,5	1,2	0,6	1,3	11,2	-1,8	-3,2	1,0
Deutschland.....	x	0,1	-0,9	-0,9	-1,6	-6,1	-2,4	1,8	0,1	2,9	1,3	2,4
Bruttoentgelt je Beschäftigten												
Berlin.....	x	8,7	3,3	3,3	7,1	-1,5	-0,1	-1,2	4,9	0,1	7,8	-6,5
Brandenburg.....	x	4,9	1,9	5,0	2,5	0,7	5,4	3,8	4,8	4,8	0,6	3,1
Deutschland.....	x	3,5	2,1	2,4	1,9	1,4	2,2	3,0	1,8	1,9	2,7	2,8
Messzahl 1995 = 100												
Beschäftigte												
Berlin.....	100	95,7	93,0	87,3	83,5	68,6	62,3	59,8	54,4	52,7	51,0	48,9
Brandenburg.....	100	89,1	84,0	81,8	81,9	82,4	78,7	76,8	81,5	76,4	73,5	72,0
Deutschland.....	100	96,7	93,9	90,9	87,8	81,3	77,6	76,7	75,5	76,2	75,2	74,9
Bruttoentgelt												
Berlin.....	100	104,0	104,5	101,4	103,9	84,0	76,3	72,3	69,0	67,0	69,8	62,5
Brandenburg.....	100	93,4	89,9	92,0	94,3	95,5	96,1	97,3	108,2	106,3	102,9	103,9
Deutschland.....	100	100,1	99,2	98,3	96,8	90,9	88,7	90,3	90,4	93,0	94,2	96,5
Bruttoentgelt je Beschäftigten												
Berlin.....	100	108,7	112,3	116,1	124,3	122,5	122,4	121,0	126,9	127,0	136,9	128,0
Brandenburg.....	100	104,9	107,0	112,4	115,1	115,9	122,1	126,8	132,8	139,2	140,0	144,3
Deutschland.....	100	103,5	105,7	108,2	110,3	111,8	114,3	117,7	119,8	122,0	125,3	128,8

Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe der Energie- und Wasserversorgung

¹ Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Astrid Langer

Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Seit dem Jahr 2007 werden durch die amtliche Statistik Ergebnisse zu den Verdiensten nach einem neuen methodischen Konzept vorgelegt. Danach umfassen die Ergebnisse neben den bisher einbezogenen Wirtschaftsbereichen (Produzierendes Gewerbe, Handel sowie Versicherungs- und Kreditwesen) nahezu die gesamte Wirtschaft. Der ausgewiesene Verdienst versteht sich dabei als regelmäßig gezahlter steuerpflichtiger Arbeitslohn gemäß den Steuerrichtlinien einschließlich Zulagen und sonstige Bezüge (Sonderzahlungen).

Es wurden neue Erhebungsmerkmale aufgenommen beziehungsweise bestehende neu definiert, sodass ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Zeiträume nicht möglich ist. Wie auch in der Vergangenheit beruhen die ausgewiesenen Ergebnisse auf einer repräsentativen Stichprobe, die im Jahr 2007 ermittelt wurde.

Die nachfolgenden Ergebnisse können daher nur eine Momentaufnahme des Jahres 2007 für die

beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg sein. Dabei soll die Differenziertheit zwischen den Wirtschaftsbereichen und den beiden Ländern, die Beschäftigungsart – mit Schwerpunkt Vollzeitbeschäftigung –, das Geschlecht und auch die Stellung im Beruf kurz umrissen werden.

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer betrug in Berlin 40 888 EUR. Neben den regelmäßigen Zahlungen waren darin Sonderzahlungen in Höhe von 4 403 EUR enthalten, wie unter anderem Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen oder auch Gewinnbeteiligungen. Mit dieser Größenordnung lagen die Verdienste für Berliner Vollzeitbeschäftigte im Jahr 2007 leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (40 368 EUR). In Brandenburg belief sich der Bruttojahresverdienst auf 30 490 EUR mit 2 084 EUR enthaltenen Sonderzahlungen. Damit blieben die Verdienste in Brandenburg um ein Viertel und die Sonderzahlungen um die Hälfte unter dem Bundesdurchschnitt.

Tab. 1 **Durchschnittliche Bruttoverdienste und bezahlte Wochenarbeitszeiten der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg 2007 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereiche	Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst ohne Sonderzahlungen		Sonderzahlungen		Bezahlte Wochenarbeitszeit	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
	EUR				Stunden	
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	36 485	28 406	4 403	2 084	38,7	39,4
Produzierendes Gewerbe	37 823	28 396	5 472	2 377	38,4	39,3
Verarbeitendes Gewerbe	39 036	28 167	6 058	2 358	38,0	39,6
Energie- und Wasserversorgung	47 060	38 215	9 959	5 236	38,2	38,4
Baugewerbe	30 531	24 849	1 956	1 161	39,7	39,2
Dienstleistungsbereich	36 044	28 412	4 051	1 880	38,8	39,5
Handel	31 283	25 895	2 793	1 961	38,9	39,2
Gastgewerbe	22 084	17 865	1 254	378	39,1	39,5
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	33 133	26 837	2 675	1 820	38,7	39,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	46 664	36 641	9 128	4 619	38,5	39,2
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	35 924	26 578	6 289	2 098	39,2	39,7
Erziehung und Unterricht	34 206	35 576	2 662	2 124	36,3	38,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	40 216	33 340	1 879	1 402	39,0	39,4
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	39 202	28 331	3 246	1 903	38,7	39,8

a. n. g. – andere nicht genannte

Betrachtet man die einzelnen Wirtschaftsbereiche, so reichte die Verdienstspanne für Vollzeitbeschäftigte in Berlin von 57 019 EUR in der Energie- und Wasserversorgung bis zu 23 338 EUR im Gastgewerbe. In Brandenburg umrissen diese beiden Wirtschaftsbereiche ebenfalls das Schwankungsspektrum, wenngleich dieses hier von 43 451 EUR bis zu lediglich 18 243 EUR im Gastgewerbe reichte. Zu ergänzen bleibt in diesem Zusammenhang, dass neben den höheren Verdiensten für Berliner Vollzeitbeschäftigte die bezahlte Wochenarbeitszeit mit 38,7 Stunden um 42 Minuten niedriger lag als für Beschäftigte in Vollzeit im Land Brandenburg.

Sind die Wirtschaftsbereiche für die Verdiensthöhe von Bedeutung, so trifft dieses auch auf die Größe der Betriebe beziehungsweise Unternehmen zu. Die höchsten Verdienste und Sonderzahlungen wurden in Betrieben beziehungsweise Unternehmen mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern/-innen erzielt. In diesen erhielten in Berlin Vollzeitbeschäftigte jährlich rund 13 000 EUR mehr als vergleichsweise in Betrieben beziehungsweise Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten; in Brandenburg waren es sogar fast 16 000 EUR mehr.

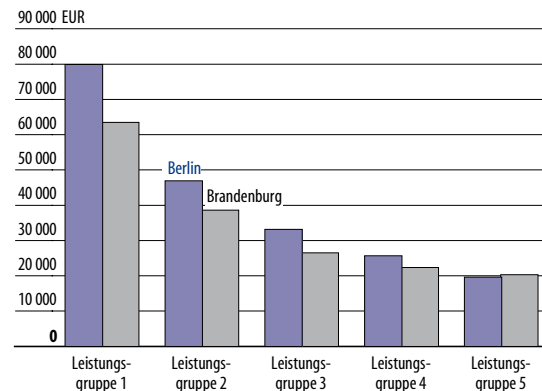
Als ein weiteres Kriterium für die Höhe der Verdienste ist das Geschlecht zu nennen. Für das Jahr 2007 unterschieden sich in den beiden betrachteten Bundesländern, wie auch bundesweit, die Verdienste für Männer und Frauen deutlich. Während im Berliner Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich insgesamt vollzeitbeschäftigte männliche Arbeitnehmer im Durchschnitt auf 44 124 EUR (einschließlich Sonderzahlungen) kamen, waren es bei den Frauen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wochenarbeitszeit nur 82,5 Prozent der Einkommen ihrer männlichen Kollegen, nämlich 36 001 EUR.

Auch im Land Brandenburg lagen die Verdienste weiblicher Vollzeitbeschäftigter im Jahr 2007 unter denen ihrer männlichen Kollegen, wenngleich die Relation zueinander mit 95 Prozent weit günstiger als in Berlin ausfiel, jedoch in Brandenburg auf deutlich niedrigerem Niveau. So erhielten vollzeitbeschäftigte Männer im Land Brandenburg 31 183 EUR; Frauen kamen auf durchschnittlich 29 163 EUR.

Mit der Betrachtung der Stellung im Beruf auf Grundlage der Einteilung der Arbeitnehmer in fünf Leistungsgruppen, ergibt sich eine weitere Vergleichsmöglichkeit der Verdienste in Berlin und Brandenburg. Die Leistungsgruppen unterscheiden unter anderem nach Arbeitnehmern/-innen in leitender Stellung beziehungsweise Führungspositionen (Leistungsgruppe 1), mit schwierigen Fachtätigkeiten sowie selbstständig arbeitenden Facharbeitern (Leistungsgruppe 3) bis hin zu Arbeitnehmer/-innen mit einfachen schematischen Tätigkeiten nach einer kurzen Anlernzeit (Leistungsgruppe 5).

In der Leistungsgruppe 1 wurden in Berlin (13,3 Prozent) anteilig deutlich mehr Vollzeitbeschäftigte als in Brandenburg (7,7 Prozent) ausgewiesen, sicherlich auch begünstigt durch eine höhere Anzahl von Unternehmenszentralen in Berlin. In beiden Län-

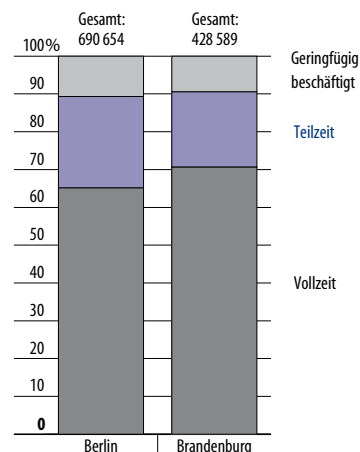
Abb. 1 **Bruttojahresverdienste einschließlich Sonderzahlungen der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Berlin und Brandenburg 2007 nach Tätigkeiten**



dern wurde allerdings gerade diese Leistungsgruppe von Männern dominiert, in Berlin zu zwei Drittel und in Brandenburg waren es sogar fast drei Viertel. Nimmt man die Leistungsgruppe, in denen anteilig die meisten Vollzeitbeschäftigten einer Anstellung nachgingen, so sind in beiden Bundesländern die selbstständig arbeitenden Facharbeiter (Leistungsgruppe 3) zu nennen, mit einem Anteil in Berlin von etwa 40 Prozent und in Brandenburg von sogar mehr als 50 Prozent.

Die Vollzeitbeschäftigten hatten an allen Beschäftigungsarten in Berlin im Jahr 2007 einen Anteil von 65 Prozent. Bezogen auf die Wirtschaftsbereiche erreichte die Vollbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und auch im Baugewerbe sogar 90 Prozent, hingegen im Handel nur 50 Prozent beziehungsweise im Gastgewerbe gerade einmal 36 Prozent. Einer Teilzeitbeschäftigung (ohne geringfügig Beschäftigte) gingen in Berlin fast ein Viertel aller Arbeitnehmer nach. Dabei waren 94 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten im Dienstleistungsgewerbe tätig und nur 6 Prozent im Produzierenden Gewerbe. Jahresdurch-

Abb. 2 **Verteilung der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Berlin und Brandenburg 2007 nach Beschäftigungsarten**



schnittlich lag der Verdienst für Teilzeitbeschäftigte in allen erfassten Wirtschaftsbereichen bei 19 269 EUR (einschließlich Sonderzahlungen). Teilzeitbeschäftigte Frauen verdienten (19 673 EUR) mehr als ihre männlichen Kollegen (18 095 EUR), wenngleich bei einer geringfügig höheren wöchentlichen Arbeitszeit (+15 Minuten).

In Brandenburg waren 71 Prozent aller Beschäftigten in Vollzeitbeschäftigung und 20 Prozent in Teilzeit (ohne geringfügig Beschäftigte). Im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden erreichte die Vollzeitbeschäftigung sogar 98 Prozent, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe mit jeweils 90 Prozent. Die Teilzeitbeschäftigung hatte ebenso wie in Berlin die gleiche Schwerpunktsetzung, das heißt einen überdurchschnittlichen Anteil vor allem im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwe-

sen (circa 40 Prozent) sowie im Gastgewerbe (rund 35 Prozent). Der Verdienst für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen in Brandenburg belief sich im Jahresdurchschnitt auf 17 866 EUR. Im Unterschied zu Berlin verdienten aber hier Männer (18 305 EUR) mehr als Frauen (17 785 EUR).

Geringfügig Beschäftigte hatten in Berlin einen Anteil von fast 11 Prozent an allen Beschäftigungsarten und in Brandenburg von 9 Prozent. Vor allem in den Wirtschaftsbereichen Gastgewerbe und Handel war diese Beschäftigungsform weit verbreitet. Sie erreichte in Berlin 29 Prozent beziehungsweise 16 Prozent und in Brandenburg 20 Prozent sowie 13 Prozent. Das Jahresbruttoeinkommen in den erfassten Wirtschaftsbereichen insgesamt betrug durchschnittlich 2 938 EUR in Berlin beziehungsweise 2 624 EUR in Brandenburg.

Gerhard Neuber

Verdienste im Bauhauptgewerbe 1995 bis 2006



Die amtliche Statistik für das Bauhauptgewerbe¹ basiert auf dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399). Sie kennt mehrere Erhebungen, von denen zwei nach den Bruttoentgelten² fragen:

- Der Monatsbericht (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) enthält Angaben zur Zahl der tätigen Personen, zur Lohn- und Gehaltssumme, zu geleisteten Arbeitsstunden sowie zum Inlandsumsatz und Auftragseingang.
- Die Totalerhebung, die seit 2007 Ergänzungserhebung heißt, fragt nach tätigen Personen, nach Stellung im Betrieb, Bruttolohn- und -gehaltssumme, geleistete Arbeitsstunden und Inlandsumsatz jeweils Ende Juni, nach Art der Bauten und Auftraggeber sowie Umsatz des Vorjahres, differenziert nach Gesamtumsatz und baugewerblichen Umsatz.

Der Monatsbericht ist als Konjunkturerhebung eine Teilerhebung mit einem abgegrenzten Berichtskreis: Sie wird in Betrieben von Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten³ durchgeführt. Die Ergänzungserhebung (Strukturerhebung) ist eine Totalerhebung, das heißt, hier werden alle Betriebe einbezogen. Beide Erhebungen spiegeln die wirtschaftliche und personelle Entwicklung der Berliner und Brandenburger Unternehmen und Betriebe wider, nicht aber die von in Berlin und Brandenburg tätigen Fremdfirmen. Das Baugeschehen in beiden Ländern wird also von weit mehr und größeren Firmen bestimmt und abgedeckt, als die Tätigkeit des hier abgebildeten industriellen Baugewerbes mit Firmensitz in Berlin oder Brandenburg vermuten lässt. Auch sind die Verdienststrukturen bei den Fremdfirmen häufig andere als die des örtlichen Baugewerbes.

Grundlage der hier zugrunde liegenden Zahlen sind die Ergebnisse der auf alle Betriebe hochgerechneten Monatsdaten der Jahre 1995 bis 2006. Das sind Daten, die vom Statistischen Landesamt (StaLa) Berlin und vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) Brandenburg ermittelt wurden. Durch die Fusion beider Ämter entstand 2007 das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit Sitz in Potsdam als zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Das Referat Bau-gewerbe, Bautätigkeit am Standort Berlin erhebt seit diesem Zeitpunkt die Daten nunmehr für beide Länder, bereitet sie auf, analysiert sie und veröffentlicht ihre Ergebnisse.

Wie aus den Beschäftigtenzahlen der Jahre 1995 bis 2006 hervorgeht, ist die Krise im Baugeerbe allgegenwärtig; nur, dass sie Berlin, und weniger spektakulär das Land Brandenburg, härter trifft als das Bundesgebiet insgesamt. Während sich in Deutschland die Mitarbeiterzahl zwischen 1995 und 2006 von rund 1,4 Millionen auf rund 0,7 Millionen Personen halbierte (–49,7 Prozent), wurden in Berlin 70 Prozent der Beschäftigten abgebaut (von rund 60 000 auf rund 18 000 Personen) und in Brandenburg 53,4 Prozent (von rund 73 000 auf rund 34 000 Personen), obwohl Berlin nach wie vor eine Großbaustelle ist und täglich Neues entsteht. Während in Berlin bis 2003 Jahr für Jahr Arbeitsplätze im zweistelligen Prozentbereich (außer 1999: –8,8 und 2002: –8,2 Prozent) verschwanden, wurde für ganz Deutschland 2001 der höchste Wert mit –9,1 Prozent oder rund 954 000 Beschäftigte ermittelt. Dieses Jahr war im Vergleich zum Jahr 2000 auch für Berlin und Brandenburg besonders heftig: Berlin verlor 17,5 Prozent oder rund 6 000; Brandenburg 11,4 Prozent oder rund 7 000 seiner Bauarbeiter. Erst 2006 gab es einen Lichtblick: In Berlin (–5,3 Prozent), Brandenburg (–2,0 Prozent) und ganz Deutschland (–1,0 Prozent) wurden für den beobachteten Zeitraum die niedrigsten Verlustzahlen gemeldet, wenngleich Brandenburg für 1996 sogar ein Plus von 0,6 Prozent zu verzeichnen hatte.

1 In der vor 1996 gültigen „Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe“ (SYPRO) galten die Bezeichnungen Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. Bei der Einführung der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“ 1993 (WZ 93) im Jahr 1996 wurde nicht mehr vom Bauhaupt- und vom Ausbaugewerbe ausgegangen, sondern es wurde das Baugeerbe eingeführt, ohne die

beiden vormaligen Bezeichnungen offiziell weiter zu verwenden, und in Gruppen eingeteilt. Dies und die nur teilweise Rückrechnung auf das Jahr 1995 erklären, dass die Zahlen von vor 1996 mit denen danach erstellten nur bedingt vergleichbar sind. Mit dem Jahr 2003 wurde die EU-Wirtschaftszweigklassifikation Nomenclature generale des Activites economiques dans les Communautés Europeennes Revision

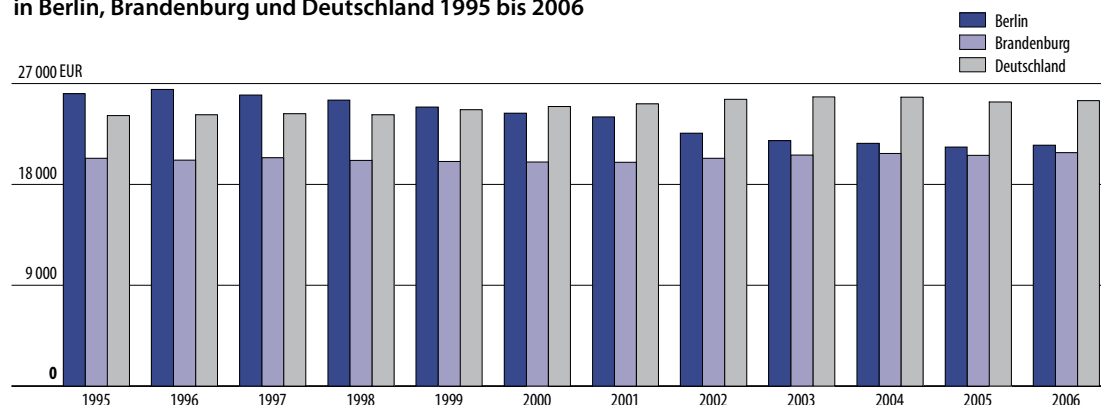
(NACE Rev. 1) definiert und wenig später als Rev. 1.1 aktualisiert. Die WZ 93 ging in der WZ 2003 mit geringfügigen Änderungen im Baubereich auf. Danach gehören gegenwärtig zum Abschnitt F Baugeerbe die Gruppen 45.1 Vorbereitende Baustellenarbeiten und 45.2 Hoch- und Tiefbau (das ist im Wesentlichen das ehemalige Bauhauptgewerbe) sowie die Gruppen 45.3 Bauinstallation, 45.4 Sonstiges Ausbaugewerbe

und 45.5 Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal (das ist im Wesentlichen das ehemalige Ausbaugewerbe). Seit Anfang dieses Jahres gilt die neue Klassifikation WZ 2008.

2 Als Bruttolohn- und -gehaltssumme gilt die Summe der lohnsteuerpflichtigen Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) von den tätigen Personen.

3 Als Beschäftigte zählen alle am Monats- oder Quartalsende im Betrieb in einem Arbeitsverhältnis stehenden Personen (Arbeiter/-innen, Angestellte und Auszubildende), tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige. Bezieher/-innen von Vorruhestandsgeld zählen nicht zu den Beschäftigten.

Abb. 1 **Bruttoentgelt je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1995 bis 2006**



Tab. 1 **Beschäftigte und Bruttoentgelte im Bauhauptgewerbe in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1995 bis 2006**

Merkmal – Land	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Beschäftigte												
	in 1 000											
Berlin.....	60	53	47	41	37	33	27	25	22	21	19	18
Brandenburg.....	73	74	70	64	62	58	51	45	41	37	34	34
Deutschland.....	1 412	1 312	1 221	1 156	1 110	1 050	954	880	814	767	717	710
Bruttoentgelt												
	in Mrd. EUR											
Berlin.....	1,6	1,4	1,2	1,0	0,9	0,8	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4
Brandenburg.....	1,5	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1,0	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7
Deutschland.....	34,1	31,8	29,7	28,0	27,4	26,2	24,0	22,5	21,0	19,8	18,2	18,1
Bruttoentgelt je Beschäftigten												
	in EUR											
Berlin.....	26 100	26 469	25 973	25 529	24 901	24 349	24 032	22 585	21 897	21 681	21 330	21 514
Brandenburg.....	20 328	20 176	20 382	20 139	20 044	20 012	19 990	20 337	20 619	20 765	20 603	20 841
Deutschland.....	24 140	24 215	24 318	24 224	24 680	24 958	25 202	25 595	25 805	25 786	25 349	25 480
Beschäftigte												
	Veränderung zum Vorjahr in %											
Berlin.....	x	-11,6	-11,3	-12,9	-8,8	-10,9	-17,5	-8,2	-10,8	-7,5	-7,4	-5,3
Brandenburg.....	x	0,6	-5,3	-8,2	-2,7	-7,4	-11,4	-11,2	-10,3	-9,0	-7,6	-2,0
Deutschland.....	x	-7,1	-6,9	-5,3	-4,0	-5,4	-9,1	-7,8	-7,5	-5,8	-6,5	-1,0
Bruttoentgelt												
Berlin.....	x	-10,4	-13,0	-14,4	-11,0	-12,9	-18,6	-13,7	-13,5	-8,4	-8,9	-4,5
Brandenburg.....	x	-0,2	-4,3	-9,3	-3,1	-7,6	-11,5	-9,7	-9,0	-8,3	-8,3	-0,9
Deutschland.....	x	-6,8	-6,5	-5,7	-2,2	-4,3	-8,3	-6,3	-6,7	-5,8	-8,1	-0,5
Bruttoentgelt je Beschäftigten												
Berlin.....	x	1,4	-1,9	-1,7	-2,5	-2,2	-1,3	-6,0	-3,0	-1,0	-1,6	0,9
Brandenburg.....	x	-0,7	1,0	-1,2	-0,5	-0,2	-0,1	1,7	1,4	0,7	-0,8	1,2
Deutschland.....	x	0,3	0,4	-0,4	1,9	1,1	1,0	1,6	0,8	-0,1	-1,7	0,5
Beschäftigte												
	Messzahl 1995 = 100											
Berlin.....	100	88,4	78,3	68,3	62,3	55,5	45,8	42,0	37,5	34,7	32,1	30,4
Brandenburg.....	100	100,6	95,2	87,4	85,1	78,8	69,8	62,0	55,6	50,6	46,8	45,8
Deutschland.....	100	92,9	86,5	81,9	78,6	74,3	67,6	62,3	57,6	54,3	50,8	50,3
Bruttoentgelt												
Berlin.....	100	89,6	78,0	66,8	59,4	51,8	42,2	36,4	31,4	28,8	26,2	25,1
Brandenburg.....	100	99,8	95,5	86,6	83,9	77,5	68,6	62,0	56,4	51,7	47,4	47,0
Deutschland.....	100	93,2	87,1	82,2	80,4	76,9	70,5	66,1	61,6	58,0	53,3	53,1
Bruttoentgelt je Beschäftigten												
Berlin.....	100	101,4	99,5	97,8	95,4	93,3	92,1	86,5	83,9	83,1	81,7	82,4
Brandenburg.....	100	99,3	100,3	99,1	98,6	98,4	98,3	100,0	101,4	102,2	101,4	102,5
Deutschland.....	100	100,3	100,7	100,4	102,2	103,4	104,4	106,0	106,9	106,8	105,0	105,6

Natürlich sanken mit dem Niedergang der Beschäftigtenzahlen zwangsläufig auch die ausgezahlten Bruttolohn- und -gehaltssummen. In Berlin gingen sie von 1995 bis 2006 von rund 1,6 auf rund 0,4 Milliarden EUR (–97,5 Prozent) zurück, im Land Brandenburg von rund 1,5 auf rund 0,7 Milliarden EUR (–95,3 Prozent) und in ganz Deutschland von rund 34,1 auf rund 18,1 Milliarden EUR (–46,9 Prozent). Das Jahr 2001 bildete auch hierbei den Tiefpunkt. Wurden 2000 in Berlin rund 0,8 Milliarden EUR, in Brandenburg rund 1,2 Milliarden EUR und im Bundesgebiet insgesamt rund 26,2 Milliarden EUR gezahlt, so waren es ein Jahr später 18,6 Prozent in Berlin, 11,5 im Land Brandenburg bzw. 8,3 Prozent in Deutschland weniger. Das heißt, die Bruttoentgelte in Berlin und Brandenburg sanken prozentual stärker als die Beschäftigtenzahlen. Erst im Jahr 2006 war dies nicht mehr so stark ausgeprägt.

Aber auch für die jeweils verbliebenen Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zog dieser andauernde Konjunkturabschwung eine Minderung ihrer persönlichen Einkommen nach sich. Die gravierendsten Folgen hatten einmal mehr die Berliner Bauarbeiter zu tragen. Stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme 1996 noch von 26 100 auf 26 469 EUR im Jahr 1997, also um 1,4 Prozent, so sank sie in den Folgejahren, bis 2005, sukzessive auf 21 330 EUR (–19,4 Prozent gegenüber 1997), bis sie 2006 um 0,9 Prozent auf 21 514 EUR leicht anstieg. Im Land Brandenburg verdienten die Beschäftigten im Durchschnitt dieser Jahre immer etwas weniger als die Berliner, nämlich –3 511 EUR. Die größte Differenz gab es im Jahr 1996 mit –6 293 EUR (–23,8 Prozent), die geringste im Jahr 2006 mit –673 EUR (–3,1 Prozent). Das Bruttoentgelt je Beschäftigten sank von 1997 bis 2001 um 1,9 Prozent, danach stieg es kontinuierlich mit einer Unterbrechung (2005) um 4,3 Prozent auf 20 841 EUR, die höchste individuelle Summe in diesem Jahr, an.

Das Durchschnittseinkommen je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in ganz Deutschland stieg mit einer Ausnahme (1998) von 24 140 EUR im Jahr 1995 bis zum Jahr 2003 um 6,9 Prozent auf 25 805 EUR an. Zum letztgenannten Zeitpunkt lagen die Berliner Verdienste je Beschäftigten bereits 15,1 Prozent und

im Land Brandenburg 20,1 Prozent unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Die Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe wichen stets vom Durchschnitt der Entgelte in ganz Deutschland ab. In Berlin lagen sie jahrelang darüber, ab dem Jahr 2000 darunter. Im Land Brandenburg lagen sie zu jeder Zeit unter dem Bundesdurchschnitt und unter den Berliner Löhnen und Gehältern, näherten sich aber denen sukzessive an, je weiter sie mit den Jahren fielen.

Insgesamt ist festzustellen, dass der eminente Konjunkturabschwung, den das Baugewerbe in den betrachteten Jahren erleben musste, sich bei den Beschäftigten, der Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie bei den geleisteten Arbeitsstunden und dem baugewerblichen Umsatz – hier nicht erörtert – deutlich widerspiegelte. Bei den Bruttoentgelten je Beschäftigten ergibt sich ein differenziertes Bild. In Berlin sank das individuelle Bruttoeinkommen zwischen 1996 und 2005 um fast ein Fünftel. Im Land Brandenburg fiel das Einkommen – auf einem niedrigeren Level als in Berlin – von 1997 bis 2001 um zwei Prozent, danach stieg es um mehr als vier Prozent an. In Deutschland insgesamt nahmen die Bruttoentgelte von 1995 bis 2003 um sieben Prozent zu, danach leicht ab. Im Vergleich waren die Berliner Bauunternehmen die großen Verlierer in dieser Krise. Ganz besonders aber betraf dies die verbliebenen Mitarbeiter, die im Laufe der Jahre nicht nur um ihren Job bangten, sondern auch kräftige Lohn- und Gehaltseinbußen hinnehmen mussten. Auf den Punkt gebracht hieß die Tendenz für diese Jahre

- für Berlin:
Absturz von einem an ganz Deutschland gemessenen überdurchschnittlichen zu einem unterdurchschnittlichen individuellen Einkommen;
- für das Land Brandenburg:
kaum Entwicklung beim unterdurchschnittlichen Einkommen, das zu jeder Zeit geringer als in Berlin und im gesamten Bundesgebiet war;
- für Deutschland:
fast stetiges Wachstum des durchschnittlichen Bruttoentgelts der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe.

Jürgen Keiser

Personalaufwand in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen und unternehmensnahe Dienstleistungen

■ Mit der Durchführung der jährlichen Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich bei Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit in den überwiegend unternehmensnahen und sehr heterogenen Dienstleistungsbereichen der Abschnitte I und K der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2003) werden Strukturdaten dieser Erhebungseinheiten in einem konsistenten Gesamtkonzept erhoben. Im Ergebnis steht ein amtliches Zahlenmaterial zur Verfügung, das als Grundlage für Analysen des Strukturwandels in diesem Wirtschaftsbereich dient und zur Qualitätsverbesserung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beiträgt. Zu den erhobenen Daten gehören unter anderem die tätigen Personen am 30. September des Berichtsjahres, darunter die Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Nachweis des Personalaufwandes (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialaufwendungen der Arbeitgeber).

- Abschnitt I ist der Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
- Abschnitt K ist der Wirtschaftsbereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie anderweitig nicht genannte überwiegend unternehmensbezogene Dienstleistungen, die von Freiberuflern wie Rechtsanwälten, Steuerberatern und Architekten bis zu Reinigungsfirmen, Detekteien und Inkassobüros reichen.

Land Berlin

Der Personalaufwand insgesamt je Lohn- und Gehaltsempfänger betrug in Berlin im Jahr 2006 im Durchschnitt der gesamten Branche 31 194 EUR.

Im Abschnitt I lag dieser Wert bei 32 910 EUR. Hier ist eine große Bandbreite zwischen den Abteilungen feststellbar. So wurden Durchschnittswerte von 21 179 EUR bei der Nachrichtenübermittlung und 60 666 EUR bei der Luftfahrt erfasst.

Mit 30 783 EUR war der durchschnittliche Personalaufwand im Abschnitt K im Vergleich zum Abschnitt I um 2 127 EUR geringer. Auch hier gab es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Abteilungen. Einem durchschnittlichen Personalaufwand von 27 679 EUR in der Abteilung anderweitig nicht genannte wirtschaftliche Dienstleistungen (darunter 44 266 EUR in Architektur- und Ingenieur-Büros, 14 782 EUR in Reinigungsfirmen) standen 48 959 EUR in der Abteilung Datenverarbeitung und Datenbanken gegenüber.

Land Brandenburg

Der Personalaufwand insgesamt (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialaufwendungen des Arbeitgebers) je Lohn- und Gehaltsempfänger betrug im Land Brandenburg im Jahr 2006 im Durchschnitt der gesamten Branche 21 729 EUR und war damit um 9,5 Tausend EUR niedriger als in Berlin.

Im Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) lag dieser Wert bei 22 171 EUR. Auch hier gab es große Unterschiede zwischen den einzelnen Abteilungen. So wurden Durchschnittswerte von 6 688 EUR bei der Nachrichtenübermittlung und 43 859 EUR bei der Luftfahrt erfasst.

Mit 21 448 EUR war der durchschnittliche Personalaufwand im Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, anderweitig unternehmensbezogene Dienstleistungen) im Vergleich zum Abschnitt I um 723 EUR geringer. Zwischen den einzelnen Abteilungen gab es auch hier erhebliche Differenzen. Einem durchschnittlichen Personalaufwand von 19 053 EUR in der Abteilung anderweitig nicht genannte wirtschaftliche Dienstleistungen (darunter 31 250 EUR in Architektur- und Ingenieur-Büros, 11 433 EUR in Reinigungsfirmen) standen 35 025 EUR in der Abteilung Datenverarbeitung und Datenbanken gegenüber.

Fazit

Der durchschnittliche Personalaufwand zwischen beiden Ländern differierte im Jahr 2006 sehr stark, im Land Brandenburg betrug er nur 69,7 Prozent im Verhältnis zu Berlin.

Den höchsten Personalaufwand verzeichneten die Abteilungen, in welchen hohe Kompetenz und ausgebildete Fachleute (zum Beispiel Luftfahrt) sowie der Einsatz von ausgebildeten Wissenschaftlern und Akademikern (zum Beispiel Forschung und Entwicklung) erforderlich sind.

Eine wesentliche Ursache für den weit unter dem Durchschnitt liegenden Personalaufwand einiger Abteilungen (zum Beispiel private Kurierdienste, Wach- und Sicherheitsdienste, Reinigungsfirmen) ist der Anteil der in Teilzeit tätigen Personen an den tätigen Personen insgesamt, der in den genannten Abteilungen teilweise 85,0 Prozent betrug.

Statistische Jahrbücher 2008 Berlin und Brandenburg

Die Ende des vergangenen Jahres herausgegebenen Statistischen Jahrbücher 2008 für die Länder Berlin und Brandenburg bieten auf jeweils rund 500 Seiten aktuelle Daten und Fakten. Anhand von Tabellen und Grafiken werden Statistiken aus allen Lebensbereichen dargestellt. Die Themen reichen von A wie Außenhandel über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Umwelt und Wirtschaft bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Statistische Jahrbücher dokumentieren mittelfristig Strukturen und Entwicklungen in allen gesellschaftlich und politisch relevanten Themen. Der Bundesländervergleich im Brandenburger Jahrbuch und der Vergleich deutscher Großstädte am Ende des Berliner Jahrbuchs geben einen interessanten Überblick über die Einordnung der Region Berlin-Brandenburg innerhalb der Bundesrepublik.

Neugierig geworden?

Dann schauen Sie doch mal auf unserer Website www.statistik-berlin-brandenburg.de unter Produkte in die Jahrbücher im pdf-Format kostenfrei hinein.

Sie halten lieber ein Buch in der Hand?

Die Jahrbücher kosten als Buch jeweils 30 EUR sowie als CD 30 EUR (pdf- und xls-Format), beides zusammen kann für 45 EUR bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an den:

Kulturbuch-Verlag

Postfach 47 04 49

12313 Berlin

E-Mail: kbvinfo@kulturbuch-verlag.de

Fax: 030 661 78 28

Über das Datenangebot

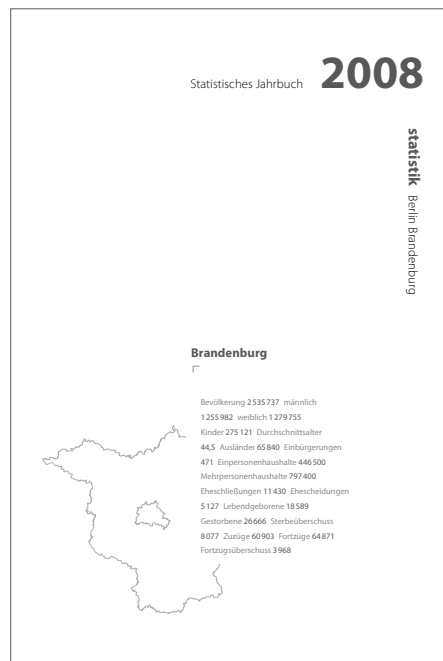
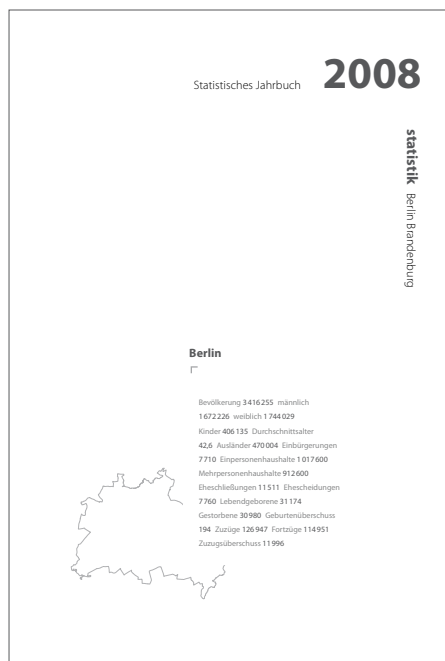
der amtlichen Statistik in Berlin
und Brandenburg informiert:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Telefon: 0331 39 444 / 030 9021 3434

Fax: 0331 39 418 / 030 9021 3655

E-Mail: info@statistik-bbb.de



Kerstin Heinrich

Durchschnittliche Brutto-Monatsbezüge des Personals im öffentlichen Dienst im Juni 2007



Vorbemerkungen

Die Personalstandstatistik wird in jedem Jahr zum Stichtag 30. Juni als Totalerhebung durchgeführt. Sie ermittelt Daten über die Strukturen des Personals im öffentlichen Dienst. Basis für die Personalstandstatistik ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438). Es schreibt vor, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis zu den auskunftspflichtigen Dienststellen stehenden Beschäftigten mit folgenden Erhebungsmerkmalen zu erfassen:

- Geburtsmonat und -jahr,
- Geschlecht,
- Art, Umfang und Dauer des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses,
- Laufbahngruppe (ab 2007 nur noch für Beamte), Einstufung, Dienst- oder Lebensaltersstufe, Ortzuschlagsstufe oder Stufe des Familienzuschlags, Bruttobezüge im Berichtsmonat (Juni),
- Dienst- oder Arbeitsort sowie bei den in einem Dienstverhältnis stehenden Personen der Wohnort,
- Einzelplan, Kapitel und Aufgabenbereich.

Die Ergebnisse der Personalstandstatistik sind Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts. Die dort zu treffenden Regelungen erfordern sehr detaillierte statistische Ergebnisse, die den jeweils gefragten Sachverhalt eingehend beleuchten. Die Personalstandstatistik bildet eine wichtige Datengrundlage für Änderungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Sie ist wesentliche Basis für Vorausberechnungen über die Höhe der zukünftigen Versorgungsausgaben. Die Ergebnisse der Personalstandstatistik dienen ferner der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder. Sie sind Grundlage für Personalstruktur- und Organisationsuntersuchungen, die Aufstellung von Gleichstellungskonzepten sowie Benchmarks – insbesondere im kommunalen Bereich. Die Ergebnisse werden von Ländern und Gemeinden genutzt, um Rationalisierungspotenziale aufzudecken. Da für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse keine Sozialversicherungspflicht besteht, stellt die Personalstandstatistik die einzige umfassende Datenquelle zur Ergänzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten für die Bundesagentur für Arbeit und der Daten der Rentenversicherungsträger dar und fließt damit in Arbeitsmarktstatistiken und in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein.

Die Personalstandsdaten werden überwiegend von zentralen Personalabrechnungsstellen in Form von Einzeldatensätzen auf elektronisch auswertbaren Datenträgern geliefert. Bei einzelnen Berichtsstellen, die dieses Verfahren nicht anwenden können, werden die Daten mit einem Fragebogen erfasst.

Der Öffentliche Dienst gliedert sich in unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienst.

Der unmittelbare öffentliche Dienst: Das sind Kernhaushalte und Sonderrechnungen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände. Hierzu gehören alle nachgeordneten Ämter, Behörden, Gerichte und rechtlich unselbstständige Einrichtungen (z. B. Eigen- und Landesbetriebe).

Der mittelbare öffentliche Dienst: Das sind Sozialversicherungsträger und andere Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Aufsicht des Landes oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen. Hierzu gehören rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen.

Mit der Einführung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVÖD/TVL) wurde ein Tarifwerk geschaffen, das sowohl für Angestellte als auch für Arbeiter gilt und einheitliche Regelungen trifft. Diese Beschäftigten werden zusammen unter dem Begriff Arbeitnehmer nachgewiesen.

Vergleich der Bruttobezüge im Juni 2007 für Berlin

Der durchschnittliche Brutto-Monatsbezug im öffentlichen Dienst des Landes Berlin betrug im Juni 2 699 EUR. Dieses durchschnittliche Einkommen galt für 191 267 Beschäftigte, die am 30. Juni 2007 im öffentlichen Dienst gemeldet wurden.

Der ausgewertete Bruttobezug beinhaltet den steuerpflichtigen Teil der bruttowirksamen Bezüge im Monat Juni. Hierzu gehören die folgenden Bezugsbestandteile:

- Grundgehalt, Tabellenentgelt, Grundvergütung, Monatslohn oder Pauschalloon,
- Familienzuschlag, Ortszuschlag, Sozialzuschlag,
- Zulagen (einschließlich dem steuerfreien Aufstockungsbetrag bei Altersteilzeit),
- Vermögenswirksame Leistungen (nur Arbeitgeberanteil),
- Mehrarbeitsvergütung,
- Zuschläge (soweit steuerpflichtig),
- Besitzstandszulage nach § 11 TVÜ.

Die 78 504 Beamten erhielten mit 3 118 EUR im Durchschnitt 23 Prozent beziehungsweise 711 EUR mehr als die 112 763 Arbeitnehmer, die durchschnittlich 2 407 EUR verdienten.

Vollzeitbeschäftigte erhielten 2 966 EUR und Teilzeitbeschäftigte (ohne Altersteilzeit) durchschnittlich 1 844 EUR beziehungsweise Altersteilzeitbeschäftigte 2 036 EUR.

Weiterhin gab es bei den Verdiensten zwischen Männern und Frauen Unterschiede. In Berlin belief sich der steuerpflichtige Brutto-Monatsbezug für Männer auf 2 931 EUR.

Der Brutto-Monatsbezug der weiblichen Kolleginnen erreichte mit 2 510 EUR nur 85,6 Prozent des Einkommens der männlichen Kollegen (Tabelle 1).

Vergleich der Bruttobezüge im Juni 2007 für Brandenburg

Am 30. Juni 2007 waren im brandenburgischen öffentlichen Dienst insgesamt 112 156 Personen beschäftigt. Der durchschnittliche Brutto-Monatsbezug des Personals im öffentlichen Dienst betrug im Juni 2 558 EUR.

Die 36 213 Beamten erhielten mit 2 942 EUR im Durchschnitt 19 Prozent mehr als die 75 943 Arbeitnehmer, die durchschnittlich 2 375 EUR verdienten. Vollzeitbeschäftigte erhielten 2 798 EUR und Teilzeitbeschäftigte (ohne Altersteilzeit) durchschnittlich 2 119 EUR beziehungsweise Altersteilzeitbeschäftigte 1 941 EUR.

Ebenso wie in Berlin gab es bei den Verdiensten zwischen Männern und Frauen noch Unterschiede. In Brandenburg belief sich der steuerpflichtige Brutto-Monatsbezug für Männer auf 2 749 EUR. Der Bruttomonatsbezug der weiblichen Kolleginnen erreichte mit 2 452 EUR 89 Prozent des Einkommens ihrer männlichen Kollegen (Tabelle 2).

Tab. 1 **Durchschnittliche Brutto-Monatsbezüge des Personals im öffentlichen Dienst des Landes Berlin am 30. Juni 2007**

Umfang und Art des Beschäftigungsverhältnisses	Durchschnitt Brutto-Monatsbezug			Beschäftigte		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	EUR			Anzahl		
Beschäftigte						
insgesamt	2 699	2 510	2 931	191 267	105 638	85 629
Vollzeitbeschäftigte	2 966	2 827	3 096	144 090	69 917	74 173
Teilzeitbeschäftigte¹	1 844	1 894	1 650	37 586	29 887	7 699
Altersteilzeitbeschäftigte	2 036	1 866	2 300	9 591	5 834	3 757
Beamte und Richter						
zusammen	3 118	2 945	3 299	78 504	40 038	38 466
Vollzeitbeschäftigte	3 264	3 178	3 333	64 992	28 956	36 036
Teilzeitbeschäftigte¹	2 365	2 324	2 738	10 587	9 551	1 036
Altersteilzeitbeschäftigte	2 599	2 398	2 820	2 925	1 531	1 394
Arbeitnehmer						
zusammen	2 407	2 245	2 632	112 763	65 600	47 163
Vollzeitbeschäftigte	2 721	2 579	2 872	79 098	40 961	38 137
Teilzeitbeschäftigte¹	1 640	1 693	1 480	26 999	20 336	6 663
Altersteilzeitbeschäftigte	1 790	1 677	1 994	6 666	4 303	2 363

¹ ohne Altersteilzeitbeschäftigte

Tab. 2 **Durchschnittliche Brutto-Monatsbezüge des Personals im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg am 30. Juni 2007**

Umfang und Art des Beschäftigungsverhältnisses	Durchschnitt Brutto-Monatsbezug			Beschäftigte		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	EUR			Anzahl		
Beschäftigte						
insgesamt	2 558	2 452	2 749	112 156	72 185	39 971
Vollzeitbeschäftigte	2 798	2 735	2 876	75 327	41 847	33 480
Teilzeitbeschäftigte ¹	2 119	2 125	2 073	26 199	23 057	3 142
Altersteilzeitbeschäftigte	1 941	1 862	2 114	10 630	7 281	3 349
Beamte und Richter						
zusammen	2 942	2 825	3 091	36 213	20 308	15 905
Vollzeitbeschäftigte	3 095	3 041	3 140	25 967	11 825	14 142
Teilzeitbeschäftigte ¹	2 563	2 535	2 756	8 564	7 509	1 055
Altersteilzeitbeschäftigte	2 506	2 439	2 598	1 682	974	708
Arbeitnehmer						
zusammen	2 375	2 306	2 524	75 943	51 877	24 066
Vollzeitbeschäftigte	2 642	2 615	2 683	49 360	30 022	19 338
Teilzeitbeschäftigte ¹	1 903	1 927	1 728	17 635	15 548	2 087
Altersteilzeitbeschäftigte	1 835	1 772	1 984	8 948	6 307	2 641

¹ ohne Altersteilzeitbeschäftigte

Sabine Quaiser

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte



Einkommen:

Begriffserläuterung und Zusammenhänge

Der Begriff Einkommen taucht in vielen Zusammenhängen auf. Da sind die Arbeitseinkommen, wie Löhne und Gehälter, die in Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit erzielt werden. Dazu zählen auch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit. Eine weitere Quelle für Einkommen sind Vermögen, wie zum Beispiel Zinseinnahmen aus Geldvermögen oder Mieteinnahmen aus Immobilienvermögen.

Neben den Einkommen aus Arbeit und Vermögen werden aber auch Leistungen des Staates oder von Organisationen, die privaten Haushalten zufließen, zu den Einnahmen gerechnet. Dazu zählen unterschiedliche Sozialleistungen wie die Sozialhilfe, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, das Arbeitslosengeld oder die Kriegsopferfürsorge sowie die Leistungen der Sozialversicherungen.

Die Einkommenssituation eines einzelnen Arbeitnehmers oder Haushalts (hier: privaten Haushalts) kann im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht betrachtet werden, sondern vielmehr die Situation des durchschnittlichen Arbeitnehmers beziehungsweise Haushalts, der sich aus der Betrachtung aller Arbeitnehmer und Haushalte ergibt. Man kann Aussagen zur Lage von Regionen und Gruppen treffen, jedoch nicht auf einzelne Personen und deren Lebensumstände Rückschlüsse ziehen. Dabei ist die Tiefe der regionalen Betrachtung an die Verfügbarkeit verwertbarer Datenquellen gekoppelt, die in der Vielfalt der notwendigen Informationen maximal auf der Ebene der Kreise vorliegen, sodass sich die vorliegende Abhandlung auch nur auf Angaben bis auf die Kreisebene stützt.

Einkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Methodische Zusammenhänge

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen taucht der Begriff Einkommen und dessen Berechnung an mehreren Stellen des Wirtschaftskreislaufs auf. Er beschreibt in der Betrachtung der Arbeitnehmerentgelte, die Entstehung und primäre Verteilung des Einkommens im Rahmen einer bezahlten Beschäftigung am Arbeitsort unabhängig davon, wo der Einkommensbezieher seinen Wohnsitz hat. Die Arbeitnehmerentgelte setzen sich aus zwei Bestandteilen zusammen. Zum einen aus den Bruttolöhnen und -gehältern (Verdienste) der beschäftigten Arbeitnehmer vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sowie Sachleistungen,

die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Zum anderen sind die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber der zweite Bestandteil der Arbeitnehmerentgelte (Abbildung 1).

Leitet man durch die Beschreibung der so genannten Pendlerströme diese Arbeitnehmerentgelte auf den Wohnort über, kann man Aussagen zur Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten der jeweiligen Region treffen. Dabei unterscheiden sich die beiden Größen in Abhängigkeit davon, ob es sich um eine Region handelt, die stark von Einpendlern frequentiert wird, wie zum Beispiel Berlin (siehe Abbildung 2), oder um eine Region, aus der ein Überschuss an Auspendlern zum Arbeitsort gelangt, wie das Land Brandenburg (siehe Abbildung 3).

Rechnet man diesen Arbeitnehmerentgelten die Einkommen aus Unternehmertätigkeit, das sind die Selbstständigeinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, die auch eine Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, sowie den Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigen-

Abb. 1 Bestandteile des Arbeitnehmerentgelts (Arbeitsort)

	Bruttolöhne und -gehälter
+	Arbeitgeberbeiträge
=	geleistetes Arbeitnehmerentgelt (am Arbeitsort)

Abb. 2 Bestandteile des Arbeitnehmerentgelts (Wohnort) bei Einpendlerüberschuss (z. B. Berlin)

	geleistetes Arbeitnehmerentgelt (am Arbeitsort)
+	Einkommen der Auspendler
-	Einkommen der Einpendler
=	empfangenes Arbeitnehmerentgelt (am Wohnort)

Abb. 3 Bestandteile des Arbeitnehmerentgelts (Wohnort) bei Auspendlerüberschuss (z.B. Brandenburg)

	geleistetes Arbeitnehmerentgelt (am Arbeitsort)
+	Einkommen der Auspendler
-	Einkommen der Einpendler
=	empfangenes Arbeitnehmerentgelt (am Wohnort)

Abb. 4 **Zusammensetzung des Primäreinkommens der privaten Haushalte**

	empfangenes Arbeitnehmerentgelt (am Wohnort)
+	Betriebsüberschuss/ Selbstständigeineinkommen
+	Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen
=	Primäreinkommen der privaten Haushalte

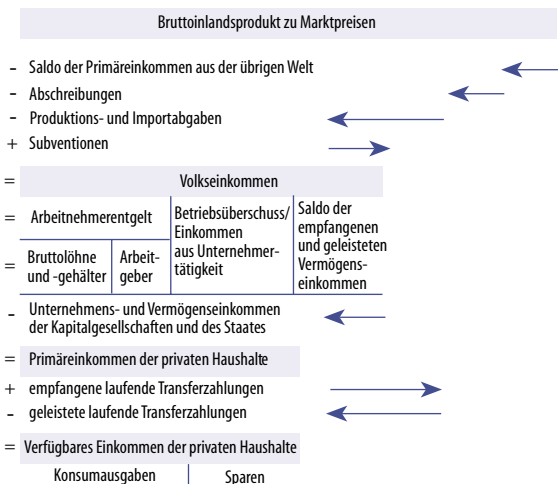
Abb. 5 **Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte**

	Primäreinkommen der privaten Haushalte
+	Empfangene monetäre Sozialleistungen
-	geleistete Steuern und Sozialbeiträge
=	Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte

tum hinzu, so ergibt die Summe aller dieser Komponenten das Primäreinkommen der privaten Haushalte (Abbildung 4).

Diese Primäreinkommen werden dann durch die Hinzurechnung der empfangenen monetären Sozialleistungen (wie zum Beispiel Altersversorgung, Arbeitslosengeld, Kindergeld und anderes) und den Abzug der geleisteten Steuern und Sozialbeiträge als Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ermittelt (Abbildung 5).

Die Beziehungen und Herleitungen der einzelnen Einkommensgrößen sind in der folgenden Abbildung 6 zusammengefasst.

Abb. 6 **Herleitung vom Bruttoinlandsprodukt zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte**

Die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sollen Hauptgegenstand der Betrachtung dieser Ausarbeitung sein. Um diese Größe näher zu untersuchen, ist eine quantitative Herleitung aus den genannten Größen diesem Ergebnis vorangestellt.

In den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind nicht alle hier dargestellten Aggregate direkt aus Quelldaten zu ermitteln. Sie werden zum Teil aus der vollständig vorliegenden Berechnung für Deutschland entnommen und mit geeigneten Indikatoren auf die einzelnen Regionen aufgesplittet.

Einkommen in den Ländern Berlin und Brandenburg in den Jahren 2005 und 2006

Um einen „roten Faden“ durch die Ergebnisbetrachtung ziehen zu können, werden hier Ergebnisse der Jahre 2005 und 2006 betrachtet (Rechenstand August 2007/Februar 2008), auch wenn einzelne Größen bereits für das Jahr 2007 vorliegen. Es geht an dieser Stelle hauptsächlich um die Darstellung der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Einkommensgrößen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den man aber nur erkennen kann, wenn die Aggregate quantitativ direkt miteinander verbunden werden können.

Arbeitnehmerentgelte am Arbeitsort

Die Arbeitnehmerentgelte entstehen grundsätzlich am Arbeitsort. Sie werden multiplikativ für jeden durchschnittlichen Arbeitnehmer ermittelt und zu einer Ländersumme je Region zusammengefasst. Sie stellen sich für die Länder Berlin und Brandenburg und dazu im Vergleich in Deutschland insgesamt und je Arbeitnehmer wie folgt dar. Zur besseren Darstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer durch eine einfache Division durch zwölf Monate in einen fiktiven Monatsverdienst umgerechnet (Tabelle 1).

Die vorstehende Tabelle zeigt, dass das Niveau der Berliner und der brandenburgischen Einkommen sehr unterschiedlich ist. Während in Berlin bereits rund 99 Prozent des Bundesdurchschnittseinkommens verdient wird, sind es in Brandenburg nur 82 Prozent. Allerdings muss man dabei in Rechnung stellen, dass die Unterschiede nicht nur tariflich bedingt sind. Beeinflusst werden diese durchschnittlichen Löhne und Gehälter neben den tariflichen Größen auch von der Struktur der Arbeitnehmer. So gehen neben den Einkommen der Voll- und Teilzeitbeschäftigten auch die Löhne der Geringverdiener (geringfügig Beschäftigte, Zusatzjobber) ein, was den Durchschnitt maßgeblich beeinflusst.

Tab. 1 **Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitnehmerentgelte (Arbeitsort)**

Merkmal	Einheit	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
		2005	2006	2005	2006	2005	2006
Bruttolöhne und -gehälter...	Mill. EUR	35 141	35 726	19 314	19 483	912 630	926 340
Arbeitgeberbeiträge.....	Mill. EUR	8 491	8 556	4 670	4 729	218 370	223 650
Arbeitnehmerentgelte.....	Mill. EUR	43 632	44 282	23 984	24 212	1 131 000	1 149 990
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	EUR/Monat	26 460	26 551	21 789	21 897	26 461	26 699
Monatsverdienst je Arbeitnehmer	EUR/Monat	2 205	2 213	1 816	1 825	2 205	2 225
je Arbeitnehmer	Deutschland Δ 100	100	99	82	82	100	100

In den Wirtschaftsbereichen variieren die Bruttolöhne und -gehälter sehr stark, sodass unterschiedliche Bereichsstrukturen ebenfalls die regionalen Durchschnitte beeinflussen. In allen drei hier zu betrachtenden Regionen war im Jahr 2006 der Wirtschaftsbereich Energie- und Wasserversorgung mit einem durchschnittlichen Monatsverdienst von rund 3 660 EUR in Berlin, 3 100 EUR in Brandenburg und 3 670 EUR in Deutschland der Bereich mit den höchsten gezahlten Löhnen und Gehältern. Der Bereich mit den geringsten durchschnittlichen Monatsverdiensten waren die privaten Haushalte, an deren Angestellte in Berlin rund 940 EUR, in Brandenburg und Deutschland etwa 820 EUR gezahlt wurden.

Um die am Arbeitsort entstandenen Arbeitnehmerentgelte auf den Wohnort umzurechnen, muss man die Einkommen der Auspendler hinzu addieren und die Entgelte der Einpendler abziehen. Das Ergebnis dieser Berechnung zeigt dann, wie die Einkommenssituation derjenigen Arbeitnehmer ist, die in der entsprechenden Region wohnen, unabhängig davon, wo sie arbeiten.

Dabei ist für Berlin ein Einpendlerüberschuss zu verzeichnen. Es pendeln mehr Personen nach Berlin, um dort zu arbeiten, als Arbeitnehmer in einen Arbeitsort außerhalb der Stadt auspendeln. Für Brandenburg gilt genau das Gegenteil: Es pendeln mehr Personen zur Arbeit aus Brandenburg aus, als zur Arbeit nach Brandenburg kommen.

Tabelle 2 zeigt, dass das Niveau der Berliner Einkommen aufgrund des Pendelverhaltens am Wohnort niedriger ist. Das wirkt sich bis zu den monatlichen Verdiensten aus, die auch am Wohnort geringer ausfallen als am Arbeitsort. Allerdings ist die Reduzierung der monatlichen durchschnittlichen Pro-Kopf-Entgelte der Berliner nicht so stark ausgeprägt wie die Erhöhung der brandenburgischen monatlichen Pro-Kopf-Einkommen. Daraus lässt sich schließen, dass Auspendler aus Brandenburg in der Mehrzahl den höheren Einkommensgruppen zuzurechnen sind, da ihre Pendlereinkommen den Pro-Kopf-Wert vom Wohnort gegenüber dem des Arbeitsortes Brandenburg deutlich erhöhen. Für Berlin hingegen

ist festzustellen, dass man in Berlin als Arbeitsort je Arbeitnehmer besser verdient, als es für Berliner Einwohner (betrachtet nach Wohnort) durchschnittlich zu verzeichnen ist.

Am Arbeitsort Berlin sind die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer mit denen des bundesdeutschen Durchschnitts fast identisch, sodass man davon ausgehen kann, dass in Berlin durchaus attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden sind. Nur sind diese Beschäftigungsmöglichkeiten nicht unbedingt nur durch Einwohner Berlins in Anspruch genommen, sondern von Einpendlern aus ganz Deutschland und dem Ausland, wobei drei Viertel der Einpendler in Brandenburg wohnen. Die zweitgrößte Einpendlergruppe wohnt in Nordrhein-Westfalen, was sicherlich mit dem Umzug der Bundesregierung aus Bonn nach Berlin zusammenhängt.

Primäreinkommen der privaten Haushalte

Nach dem Übergang der Betrachtung der Arbeitnehmerentgelte vom Arbeitsort zum Wohnort stehen bei den nachfolgenden Einkommensarten nicht mehr die Arbeitnehmer im Mittelpunkt, sondern die Einwohner beziehungsweise die privaten Haushalte. Dabei ist es völlig unerheblich, wie viele Haushaltsmitglieder an der Einkommenserzielung beteiligt sind. Es geht hier vielmehr darum, den durchschnittlichen Haushalt an sich zu betrachten. Die Einwohner dienen dazu, diese unterschiedlichen Haushaltsgrößen zu kompensieren und die Analyse auf ein einheitliches Niveau (hier: Einwohner) zu stellen.

Ausgehend von den empfangenen Arbeitnehmerentgelten am Wohnort werden jetzt der Betriebsüberschuss beziehungsweise das Selbstständigeinkommen hinzugerechnet. Des Weiteren wird der Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen berücksichtigt. Daraus berechnen sich dann die Primäreinkommen der privaten Haushalte (Tabelle 3).

Die Summe aus Betriebsüberschuss beziehungsweise Selbstständigeinkommen und dem Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen macht zwischen 22 und 32 Prozent des Primäreinkom-

Tab. 2 Arbeitnehmerentgelte am Arbeits- und Wohnort

Merkmal	Einheit	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
		2005	2006	2005	2006	2005	2006
Arbeitnehmer							
am Arbeitsort.....	1 000 Personen	1 328	1 346	886	891	34 490	34 696
am Wohnort.....	1 000 Personen	1 228	1 242	1 022	1 031	34 393	34 614
Differenz (Wohnort – Arbeitsort).....	1 000 Personen	– 100	– 104	136	140	– 97	– 82
Arbeitnehmerentgelte							
am Arbeitsort.....	Mill. EUR	43 632	44 282	23 984	24 212	1 131 000	1 149 990
am Wohnort.....	Mill. EUR	39 170	39 666	29 659	30 190	1 129 900	1 149 360
Differenz (Wohnort – Arbeitsort).....	Mill. EUR	– 4 462	– 4 615	5 675	5 978	– 1 100	– 630
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer							
am Arbeitsort.....	EUR	32 853	32 910	27 057	27 211	32 792	33 145
am Wohnort.....	EUR	31 890	31 664	29 020	29 282	32 853	33 205
Differenz (Wohnort – Arbeitsort).....	EUR	– 963	– 1 246	1 963	2 071	61	60
monatliches Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer							
am Arbeitsort.....	EUR	2 738	2 743	2 255	2 268	2 733	2 762
am Wohnort.....	EUR	2 658	2 639	2 418	2 440	2 738	2 767
Differenz (Wohnort – Arbeitsort).....	EUR	– 80	– 104	164	173	5	5

Tab. 3 Primäreinkommen der privaten Haushalte

Merkmal	Einheit	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
		2005	2006	2005	2006	2005	2006
Arbeitnehmerentgelte am Wohnort	Mill. EUR	39 170	39 666	29 659	30 191	1 129 900	1 149 360
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen der privaten Haushalte	Mill. EUR	6 270	6 469	4 217	4 293	198 820	205 400
Saldo der Vermögenseinkommen der privaten Haushalte	Mill. EUR	7 715	8 318	4 620	4 976	325 490	353 590
Primäreinkommen der privaten Haushalte	Mill. EUR	53 155	54 453	38 497	39 460	1 654 210	1 708 350
– je Einwohner.....	EUR	15 672	16 016	15 023	15 458	20 060	20 741

mens in den zu betrachtenden Regionen aus. In anderen Großstädten wie Hamburg oder Bremen tragen diese Einkommensbestandteile fast die Hälfte zu den Primäreinkommen bei. In Brandenburg haben sich die Primäreinkommen je Einwohner 2006 gegenüber dem Jahr 1991 von 7 639 EUR auf 15 458 EUR verdoppelt. Davon waren die Arbeitnehmerentgelte mit einer Steigerung um rund 74 Prozent beteiligt und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen demgegenüber mit einer Steigerungsrate von 330 Prozent. Allerdings ist das Pro-Kopf-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Brandenburg mit etwa 3 600 EUR im Jahr 2006 im Vergleich mit dem Niveau in den alten Bundesländern vergleichsweise gering (Hamburg: 13 188 EUR, Bayern: 7 950 EUR). Gegenüber anderen neuen Bundesländern ist diese Einkommensart in Brandenburg am höchsten (Thüringen: 3 092 EUR, Sachsen-Anhalt: 2 988 EUR).

Berlin rangiert mit einer Größenordnung von rund 4 350 EUR direkt vor Brandenburg, aber hinter allen alten Bundesländern. Das bedeutet, dass, gemessen an den Einwohnern, in Berlin keine den alten Bundesländern vergleichbaren Einkommensanteile aus Unternehmertätigkeit und Vermögen herrühren. Das schließt nicht aus, dass es einzelne Einwohner beziehungsweise Haushalte in Berlin gibt, die ihr Einkommen zu großen Teilen aus diesen Einkommensquellen beziehen, aber eben nicht die durchschnittliche Allgemeinheit. Über den Zeitverlauf seit dem Jahr 1991 hat sich dieser Fakt für Berlin nicht verändert.

Diese Primäreinkommen der privaten Haushalte stellen diejenigen Einkommensbestandteile dar, die aus Arbeit und Vermögen direkt bezogen werden. Die Einkommen aus den verschiedensten staatlichen

Transferleistungen sind dabei noch nicht enthalten. Diese Einkommensbestandteile werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Sekundäreinkommen bezeichnet und leiten zu den so genannten Verfügbaren Einkommen über.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Wie bereits ausgeführt, kommen zu den Primäreinkommen die empfangenen monetären Sozialleistungen hinzu und die geleisteten Steuern und Sozialbeiträge werden abgezogen. Die daraus resultierenden Verfügbaren Einkommen zeigen, wie viel letztendlich den privaten Haushalten zum Konsum und zum Sparen zur Verfügung stehen.

Eine Umrechnung der Angaben der Tabelle 4 auf Einwohner eröffnet die Möglichkeit, eine niveau-gleiche Gegenüberstellung der beiden Bundesländer mit Deutschland insgesamt herzustellen.

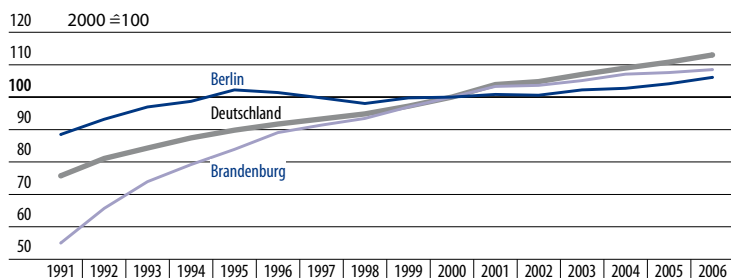
Wie die Tabelle 5 zeigt, liegen die Verfügbaren Einkommen der Haushalte je Einwohner in Berlin und Brandenburg auf etwa gleicher Höhe. Im Zeitablauf sind diese 2006 gegenüber dem Jahr 1991 in Brandenburg um mehr als 50 Prozentpunkte angestiegen. In Berlin hingegen war nach einem leichten Anstieg in den 1990er Jahren eine gewisse Stagnation eingetreten, die dazu führte, dass im Vergleich nur etwas mehr als 17 Prozentpunkte Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2006 in Berlin zu verzeichnen ist. Deutschlandweit betrug diese Steigerung im gleichen Zeitraum ungefähr 37 Prozentpunkte.

Die geringe Entwicklung in Berlin sagt im Vergleich zu Brandenburg aber nicht aus, dass es in Brandenburg einem bestimmten Einwohner wesentlich besser ginge als einem Berliner. Vielmehr kann sich

Tab. 4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Merkmal	Einheit	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
		2005	2006	2005	2006	2005	2006
Primäreinkommen der privaten Haushalte	Mill. EUR	53 155	54 453	38 497	39 460	1 654 210	1 708 350
Empfangene monetäre Sozialleistungen der privaten Haushalte	Mill. EUR	20 867	20 883	15 491	15 167	459 800	458 830
darunter							
Alters- und Hinterbliebenenversorgung	Mill. EUR	11 454	11 520	9 151	9 171	273 400	275 260
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuer....	Mill. EUR	7 019	7 374	3 518	3 707	200 310	214 310
Geleistete Sozialbeiträge	Mill. EUR	16 964	16 972	12 549	12 675	447 040	457 590
Saldo sonstiger laufender Transfers	Mill. EUR	348	344	56	48	-1 360	-1 560
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mill. EUR	50 386	51 334	37 978	38 292	1 465 300	1 493 720
– je Einwohner.....	EUR	14 855	15 099	14 821	15 000	17 769	18 135

Abb. 7 Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte



durch eine geänderte Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur eine stärkere Wohlstandsentwicklung in Brandenburg ergeben haben, weil sich dort beispielsweise in dem sog. „Speckgürtel“ viele gut verdienende und vermögende Familien angesiedelt haben, die die Gesamtgrößen positiv beeinflussen. Dafür spricht, dass Brandenburg im bundesweiten Ländervergleich der Primäreinkommen im oberen Mittelfeld liegt, also je Einwohner und Monat mehr Primäreinkommen zu verzeichnen hat als einige alte Bundesländer (siehe Abbildung 7).

den verfügbaren Einkommen je Einwohner ist der Abstand mit rund 250 EUR etwas geringer (Tabelle 6).

Von den verfügbaren Einkommen, die inklusive der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche zum Konsum und Sparen den privaten Haushalten zur Verfügung stehen, werden durchschnittlich etwa 90 Prozent für den privaten Konsum eingesetzt. Nur rund 10 Prozent werden gespart, in Berlin sogar nur etwas mehr als 8 Prozent. Diese Sparquote ist seit dem Jahr 1991 permanent gesunken und zwar um insgesamt rund 3 Prozent (Tabelle 7).

Eine fiktive Monatsrechnung (Division durch 12) der Einkommensgrößen ermöglicht eine noch bessere Vorstellbarkeit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lagen und auch eine bessere Vergleichbarkeit mit Deutschland insgesamt.

So liegen die monatlichen Primäreinkommen je Einwohner in Berlin und Brandenburg zwischen 330 und 440 EUR unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Bei

Tab. 5 Einkommen und Transfers der privaten Haushalte je Einwohner

Merkmal	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	je Einwohner in EUR					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	15 672	16 016	15 023	15 458	20 060	20 741
Empfangene monetäre Sozialleistungen der privaten Haushalte	6 152	6 142	6 045	5 941	5 576	5 571
darunter						
Alters- und Hinterbliebenenversorgung	3 377	3 388	3 571	3 592	3 315	3 342
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuer	2 069	2 169	1 373	1 452	2 429	2 602
Geleistete Sozialbeiträge	5 002	4 992	4 897	4 965	5 421	5 556
Saldo sonstiger laufender Transfers	103	101	22	19	-16	-19
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	14 855	15 099	14 821	15 000	17 769	18 135

Tab. 6 Einkommen und Transfers der privaten Haushalte je Einwohner je Monat (Division der Jahreswerte durch 12)

Merkmal	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	monatlich je Einwohner in EUR					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	1 306	1 335	1 252	1 288	1 672	1 728
Empfangene monetäre Sozialleistungen der privaten Haushalte	513	512	504	495	465	464
darunter						
Alters- und Hinterbliebenenversorgung	281	282	298	299	276	278
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuer	172	181	114	121	202	217
Geleistete Sozialbeiträge	417	416	408	414	452	463
Saldo sonstiger laufender Transfers	9	8	2	2	-1	-2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 238	1 258	1 235	1 250	1 481	1 511

Nunmehr wäre es interessant zu wissen, wie sich die Primäreinkommen und verfügbaren Einkommen im Vergleich der Bundesländer verhalten. Wie die folgenden Grafiken zeigen, nehmen die beiden Länder bei den Primäreinkommen und verfügbaren Einkommen im Vergleich mit den anderen Bundesländern, wie nicht anders zu erwarten, einen Platz im letzten Drittel ein. Zumindest kann festgestellt werden, dass Brandenburg unter den neuen Bundesländern an oberster Stelle zu finden ist (Abbildungen 8 und 9).

Berlin im nationalen und internationalen Großstadtvergleich

Für das Land Berlin – gleichzeitig Deutschlands größte Stadt – ist ein Vergleich mit anderen Großstädten aufschlussreicher als die Gegenüberstellung mit Flächenländern, die ganz anderen Voraussetzungen unterliegen. Zu diesem Zweck wird an dieser Stelle Berlin mit folgenden Großstädten verglichen: München, Hamburg, Bremen (nur die kreisfreie Stadt Bremen, nicht das Bundesland), Frankfurt a.M. und Köln. Dieser Großstadtvergleich ist gegenwärtig nur zu einem älteren Rechenstand für das Jahr 2005 möglich. Da es aber hier auf die Grundtendenzen der Einkommensvergleiche ankommt, ist das Ergebnis durchaus aufschlussreich (Tabelle 8).

Tab. 7 Konsum und Sparen der privaten Haushalte

Merkmal	Einheit	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
		2005	2006	2005	2006	2005	2006
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (inklusive Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche).....	Mill. EUR	50 962	52 077	38 093	38 440	1 482 550	1 515 920
davon							
Privater Konsum.....	Mill. EUR	46 686	47 758	34 288	34 703	1 326 400	1 357 500
Sparen.....	Mill. EUR	4 276	4 320	3 805	3 737	156 150	158 420
Sparquote.....	%	8,4	8,3	10,0	9,7	10,5	10,5

Tab. 8 Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner im Großstadtvergleich 2005

Stadt	Einwohner (am 31. 12. 2005)	Primäreinkommen		Verfügbares Einkommen	
		je Einwohner			
		2005	Deutschland ± 100	2005	Deutschland ± 100
	Personen	EUR	%	EUR	%
Berlin	3 395 189	15 601	78	14 797	84
Hamburg.....	1 720 632	26 424	132	22 908	129
München.....	1 259 677	29 767	149	22 613	128
Köln	1 023 101	22 309	111	18 755	106
Frankfurt a. M.....	623 350	22 943	115	17 851	101
Bremen (kreisfreie Stadt).....	546 211	21 832	109	20 294	115

Wie die Tabelle zeigt, hat der durchschnittliche Berliner Einwohner das geringste verfügbare Einkommen. Ein grafischer Vergleich des verfügbaren Einkommens je Einwohner verdeutlicht diese Aussage nochmals (Abbildung 10).

Berlin liegt im Vergleich aller Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands auf dem Niveau von Regionen der neuen Bundesländer. Die kreisfreie Stadt Potsdam hat mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von 14 508 EUR nur geringfügig weniger anzubieten. Die Stadt Cottbus liegt mit 14 975 EUR sogar noch über Berlin.

Einwohner verteilten Primäreinkommen ist auch durch eine veränderte Bevölkerungsstruktur Berlins bedingt. Ein Teil der Berliner Bevölkerung, der mittlere und höhere Einkommen bezieht, ist ins Berliner Umland gezogen und hat damit ein Sinken des Pro-Kopf-Einkommens in Berlin (für Einwohner) bewirkt. Des Weiteren ist in Berlin die Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (ALG II) und XII (Sozialhilfe) vergleichsweise hoch. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich diese Tendenz fortsetzt oder aber umkehrt.

Neben der Feststellung am aktuellen Rand sind die Veränderungen im Zeitablauf interessant. Während in den in die Betrachtungen einbezogenen Großstädten die Primäreinkommen je Einwohner zwischen den Jahren 1995 und 2005 um rund 12 (Bremen) bis 26 Prozent (Hamburg) anstiegen, sank dieser Wert in Berlin um 5,5 Prozent. Bei den verfügbaren Einkommen je Einwohner kehrte sich für Berlin die Tendenz um und entwickelte sich um etwa 4 Prozent, was aber im Vergleich mit den anderen Städten (Bremen ± 15 Prozent, Hamburg ± 30 Prozent) einen sehr kleinen Anstieg darstellt. Der Rückgang der auf

Abb. 8 Monatliches Primäreinkommen je Einwohner im Jahr 2006

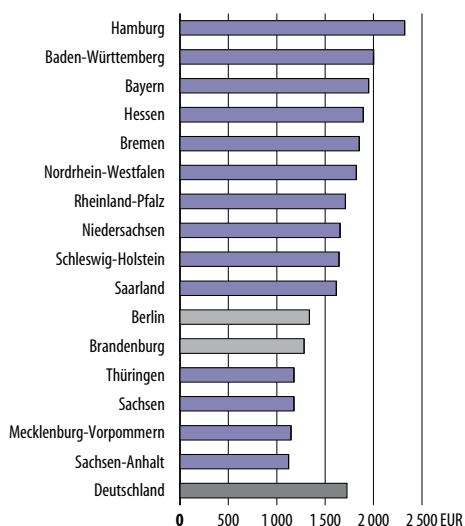
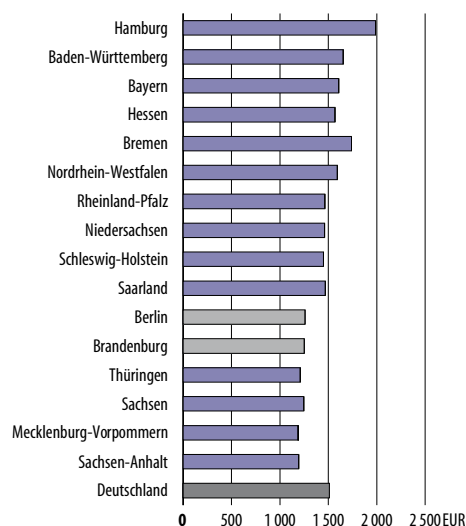


Abb. 9 Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2006



Tab. 9 **Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner 2006 im Regionalvergleich**

Bundesland	Primäreinkommen	Verfügbares Einkommen	Differenz
	EUR je Einwohner		
Rheinland-Pfalz.....	20 531	17 538	-2 993
Schleswig-Holstein.....	19 707	17 395	-2 312
Brandenburg.....	15 458	15 000	-457
Thüringen.....	14 276	14 521	244
Sachsen-Anhalt.....	13 611	14 332	721

Tab. 10 **Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner 2005 im Regionalvergleich**

Stadt	Primäreinkommen	Verfügbares Einkommen	Differenz
	EUR je Einwohner		
Heidelberg.....	24 127	20 205	-3 922
Darmstadt.....	21 416	17 842	-3 574
Würzburg.....	19 650	17 559	-2 091
Oldenburg.....	18 900	16 663	-2 237
Potsdam.....	15 787	14 508	-1 279
Cottbus.....	15 395	14 975	-420
Jena.....	14 532	13 597	-935

Zum Abschluss der näheren Betrachtung Berlins im Vergleich mit anderen Großstädten soll noch das Verfügbare Einkommen je Einwohner mit anderen europäischen Großstädten (und einigen deutschen Städten) betrachtet werden (Abbildung 11).

Brandenburg im Regionalvergleich

Was der Großstadtvergleich für Berlin, ist der Regionalvergleich für Brandenburg. Dabei sollen aufgrund der besseren Verfügbarkeit von vergleichbaren Daten speziell nationale vergleichbare Regionen herangezogen werden (Abbildung 12).

Die Tabelle 9 untermauert die in der Grafik verdeutlichte Tendenz. In den Ländern Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und erstaunlicherweise auch in Brandenburg sind die Primäreinkommen je Einwohner höher als die dementsprechenden verfügbaren Einkommen. In den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt ist diese Tendenz umgekehrt. Das bedeutet, dass in den erstgenannten Bundesländern die Summe der Steuern und Abgaben, gerechnet auf den durchschnittlichen Einwohner, höher sind als die Summe der sozialen Transfers. Es ist sicherlich davon auszugehen, dass hierbei das Land Brandenburg stark vom Arbeitsplatz- und Einkommensangebot aus Berlin profitiert.

In den im gezeigten Vergleich enthaltenen neuen Bundesländern ist 2006 gegenüber dem Jahr 1991 eine Verdopplung der Einkommen je Einwohner zu verzeichnen. Dagegen ist in den hier gezeigten alten Bundesländern nur ein Anstieg um etwa ein Drittel in beiden Einkommensarten, bezogen auf Einwohner, zu verzeichnen.

Einen analogen Vergleich der Situation zwischen etwa gleichgroßen Städten auf der Grundlage von Daten für das Jahr 2005 zeigt, dass für die Einwohner der Städte das Primäreinkommen je Einwohner höher ist als das Verfügbare Einkommen (Tabelle 10).

Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Einkommenssituation der Einwohner in Berlin und Brandenburg besser ist als in den anderen neuen Bundesländern. Jedoch liegt das Niveau der Einkommen in beiden Bundesländern noch unter dem der alten Bundesländer.

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer (ohne Berlin) liegen die Verfügbaren Einkommen je Einwohner über den Primäreinkommen, was zum einen durch niedrige Arbeitseinkommen und geringe Vermögenseinkommen und zum anderen durch einen hohen Anteil von sekundären Einkommen (wie Rente, ALG und Ähnliches) verursacht wurde.

Brandenburg weicht bereits seit Anfang der 90er Jahre von diesem Trend ab und kann je Einwohner höhere Primäreinkommen verzeichnen. Das Gleiche trifft auf Berlin zu, wobei da der Einkommens- und Vermögenseinfluss des ehemaligen Westteils der Stadt sicher nicht zu unterschätzen ist.

Abb. 10 **Verfügbares Einkommen je Einwohner im Großstadtvergleich im Jahr 2005**

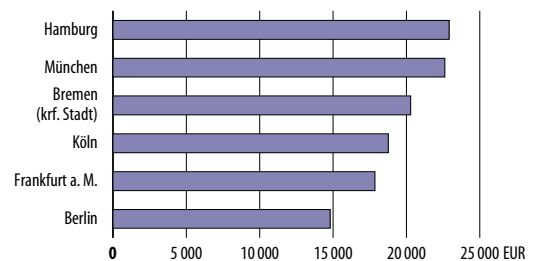


Abb. 11 **Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2005**

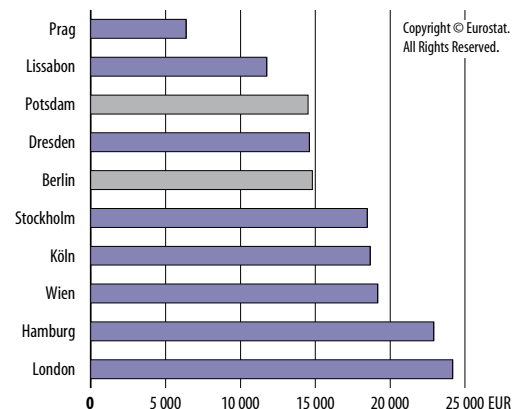
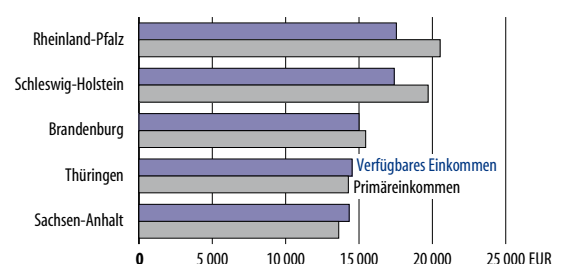


Abb. 12 **Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2006**



Tab. 9 **Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner 2006 im Regionalvergleich**

Bundesland	Primäreinkommen	Verfügbares Einkommen	Differenz
	EUR je Einwohner		
Rheinland-Pfalz.....	20 531	17 538	-2 993
Schleswig-Holstein.....	19 707	17 395	-2 312
Brandenburg.....	15 458	15 000	-457
Thüringen.....	14 276	14 521	244
Sachsen-Anhalt.....	13 611	14 332	721

Tab. 10 **Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner 2005 im Regionalvergleich**

Stadt	Primäreinkommen	Verfügbares Einkommen	Differenz
	EUR je Einwohner		
Heidelberg.....	24 127	20 205	-3 922
Darmstadt.....	21 416	17 842	-3 574
Würzburg.....	19 650	17 559	-2 091
Oldenburg.....	18 900	16 663	-2 237
Potsdam.....	15 787	14 508	-1 279
Cottbus.....	15 395	14 975	-420
Jena.....	14 532	13 597	-935

Zum Abschluss der näheren Betrachtung Berlins im Vergleich mit anderen Großstädten soll noch das Verfügbare Einkommen je Einwohner mit anderen europäischen Großstädten (und einigen deutschen Städten) betrachtet werden (Abbildung 11).

Brandenburg im Regionalvergleich

Was der Großstadtvergleich für Berlin, ist der Regionalvergleich für Brandenburg. Dabei sollen aufgrund der besseren Verfügbarkeit von vergleichbaren Daten speziell nationale vergleichbare Regionen herangezogen werden (Abbildung 12).

Die Tabelle 9 untermauert die in der Grafik verdeutlichte Tendenz. In den Ländern Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und erstaunlicherweise auch in Brandenburg sind die Primäreinkommen je Einwohner höher als die dementsprechenden verfügbaren Einkommen. In den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt ist diese Tendenz umgekehrt. Das bedeutet, dass in den erstgenannten Bundesländern die Summe der Steuern und Abgaben, gerechnet auf den durchschnittlichen Einwohner, höher sind als die Summe der sozialen Transfers. Es ist sicherlich davon auszugehen, dass hierbei das Land Brandenburg stark vom Arbeitsplatz- und Einkommensangebot aus Berlin profitiert.

In den im gezeigten Vergleich enthaltenen neuen Bundesländern ist 2006 gegenüber dem Jahr 1991 eine Verdopplung der Einkommen je Einwohner zu verzeichnen. Dagegen ist in den hier gezeigten alten Bundesländern nur ein Anstieg um etwa ein Drittel in beiden Einkommensarten, bezogen auf Einwohner, zu verzeichnen.

Einen analogen Vergleich der Situation zwischen etwa gleichgroßen Städten auf der Grundlage von Daten für das Jahr 2005 zeigt, dass für die Einwohner der Städte das Primäreinkommen je Einwohner höher ist als das Verfügbare Einkommen (Tabelle 10).

Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Einkommenssituation der Einwohner in Berlin und Brandenburg besser ist als in den anderen neuen Bundesländern. Jedoch liegt das Niveau der Einkommen in beiden Bundesländern noch unter dem der alten Bundesländer.

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer (ohne Berlin) liegen die Verfügbaren Einkommen je Einwohner über den Primäreinkommen, was zum einen durch niedrige Arbeitseinkommen und geringe Vermögenseinkommen und zum anderen durch einen hohen Anteil von sekundären Einkommen (wie Rente, ALG und Ähnliches) verursacht wurde.

Brandenburg weicht bereits seit Anfang der 90er Jahre von diesem Trend ab und kann je Einwohner höhere Primäreinkommen verzeichnen. Das Gleiche trifft auf Berlin zu, wobei da der Einkommens- und Vermögenseinfluss des ehemaligen Westteils der Stadt sicher nicht zu unterschätzen ist.

Abb. 10 **Verfügbares Einkommen je Einwohner im Großstadtvergleich im Jahr 2005**

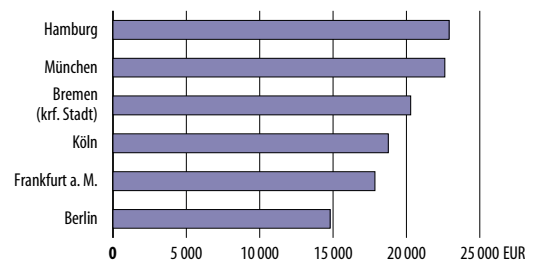


Abb. 11 **Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2005**

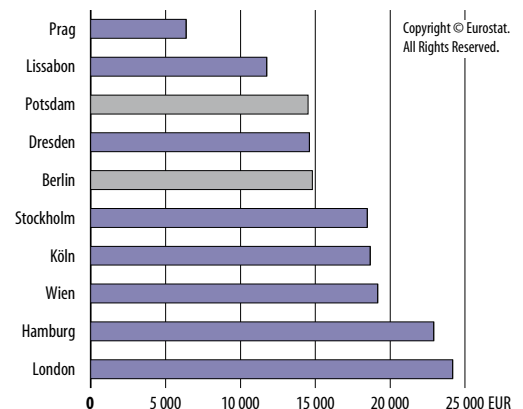
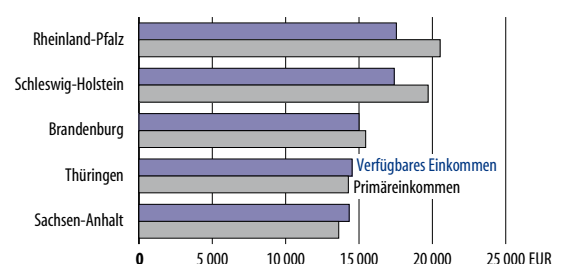


Abb. 12 **Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2006**



Klaus Voy

Lohnquoten in regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Lohnquoten spielen eine wichtige Rolle in den Diskussionen und Auseinandersetzungen um Verteilungsfragen. Sie sollen – ganz allgemein ausgedrückt – Beteiligung und/oder Anteil von ‚Arbeit‘ und ‚Kapital‘ am Gesamtprodukt beziehungsweise Gesamteinkommen messen. Die Quoten werden gesamtwirtschaftlich berechnet, nicht nach Wirtschaftsbereichen oder regional. Weil das Niveau der Quoten komplex bestimmt ist und nicht auf wenige einfache Faktoren zurückgeführt werden kann, wird auch überwiegend nur die zeitliche Entwicklung der Lohnquote betrachtet.

Lohnquoten spielen auf regionaler Ebene beziehungsweise für Bundesländer kaum eine verteilungspolitische Rolle. Sie lassen sich aus den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder aber berechnen und erhalten ihre inhaltliche Bedeutung aus dem VGR-Systemzusammenhang, sodass eine Beschäftigung mit diesen Quoten auf Länderebene durchaus aufschlussreiche Ergebnisse liefern kann.

Von Anfang an (um 1950) wurde in den VGR des Statistischen Bundesamtes die Lohnquote als Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (heute Arbeitnehmerentgelte genannt) am Volkseinkommen bestimmt – also nach dem Inländerkonzept beziehungsweise dem Wohnort der Arbeitnehmer und der übrigen Einkommensbezieher. Zu dieser Lohnquote sind zwei Relativierungen angebracht, die den statistischen Nachweis ihres Niveaus und des zeitlichen Verlaufs betreffen: Die Arbeitnehmerentgelte repräsentieren nicht die gesamte geleistete Arbeit beziehungsweise Arbeitseinkommen. Es sind Struktureffekte durch den sich verändernden Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen zu berücksichtigen.

Arbeitnehmerentgelte und Arbeitseinkommen

Arbeitnehmerentgelte umfassen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Bruttolöhne und -gehälter (einschließlich Jahressonderzahlungen, Prämien, Zulagen und so weiter) sowie als weitere Bestandteile die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, und tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge als Äquivalent für tariflich vereinbarte oder freiwillige Leistungen im

Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und darüber hinausgehende Beihilfen und Unterstützungen an die Arbeitnehmer. Als Arbeitnehmer im Sinne der VGR gelten alle abhängig Beschäftigten, auch diejenigen, die in Teilzeit beschäftigt sind oder ‚nur‘ einer marginalen Beschäftigung nachgehen. Diese weite Fassung ist für die Abgrenzung der entstandenen Einkommen der VGR notwendig, um die gesamte Wertschöpfung darstellen zu können. Wenn im Rahmen dieses Konzeptes, das für die Darstellung der Produktion beziehungsweise Entstehungsrechnung durchaus notwendig ist, die Einkommen pro Kopf dargestellt werden, ist – wie bei vielen anderen und besonders auch den gesamtwirtschaftlichen statistischen Größen – darauf zu achten, ob beziehungsweise inwieweit deren Entwicklung durch die Veränderung der Teilgrößen, aber auch durch innere Strukturveränderungen (veränderte Gewichte der Teilgrößen) bedingt ist. So hat der Anteil von Teilzeit und geringfügig beziehungsweise marginal Beschäftigten in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen, mit der Folge, dass die Durchschnittseinkommen (Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer) deutlich langsamer gestiegen sind als die Entgelte der Vollzeitbeschäftigten.

Arbeitnehmerentgelte sind begrifflich von Arbeitseinkommen zu unterscheiden. In den VGR sind die Einkommen der selbstständig Erwerbstätigen Teil der Selbstständigeneinkommen, die analog zum Betriebsüberschuss als Saldo aus der Nettowertschöpfung ermittelt werden. Da ein Entgelt für die persönliche Arbeitsleistung der Unternehmer und ihrer mithelfenden Familienangehörigen statistisch nicht erfasst werden kann, ist ein Nachweis der gesamten Arbeitseinkommen in den VGR nicht vorgesehen. Es lässt sich nur in Modellrechnungen mit Annahmen über ein kalkulatorisches Arbeitseinkommen der Selbstständigen ermitteln, die jedoch in den VGR nicht angestellt werden.

Struktureffekte

Für die Interpretation von Lohnquoten (Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Gesamteinkommen) sind relative Strukturveränderungen zwischen abhängigen und selbstständigen Erwerbstätigen zu berücksichtigen, wenn – wie in den letzten zwanzig Jahren – deutliche Verschiebungen dieser Relation stattfinden.

Abb. 1 Lohnquoten nach dem Inlands- und dem Inländerkonzept ... in Deutschland

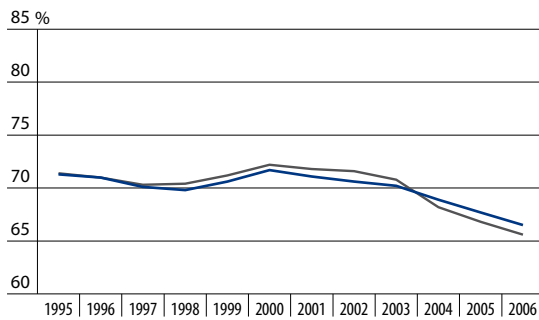


Abb. 2 ... in Berlin

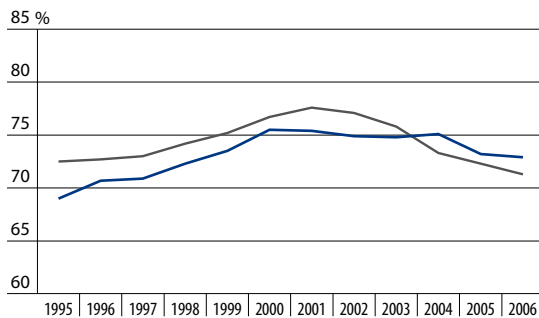


Abb. 3 ... in Brandenburg

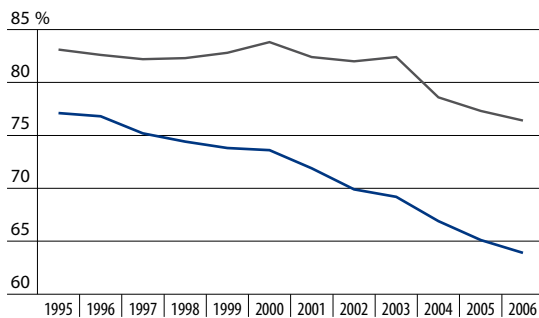
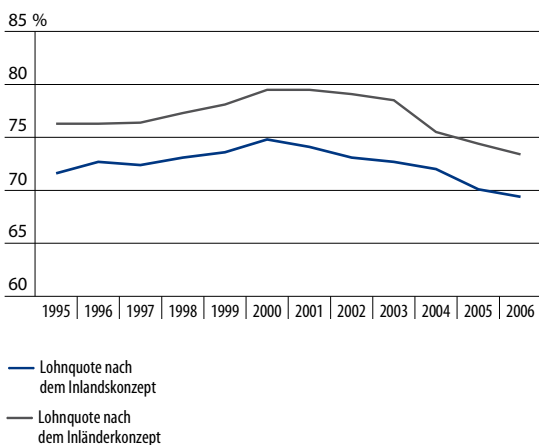


Abb. 4 ... in Berlin und Brandenburg



Lohnquoten nach Inlands- und Inländerkonzept

Die im Inland entstandenen beziehungsweise gezahlten Arbeitnehmerentgelte sind Teil der Nettowertschöpfung, die in allen Produktionseinheiten im Inland geschaffen wird, also gesamtwirtschaftlich entstandene Einkommen. Sie sind nach der einen Seite hin Kosten für die Unternehmen, nach der anderen Seite Einkommen der im Inland tätigen Arbeitnehmer. Diese Letzteren sind zum überwiegenden Teil Inländer, teils aber auch aus der übrigen Welt einpendelnde ‚Ausländer‘. Für die Bevölkerung des jeweiligen Landes – die Inländer im wirtschaftlichen Sinn, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – sind aber nicht nur die im Inland erzielten Arbeitnehmerentgelte relevant, sondern ebenfalls die von Auspendlern in der übrigen Welt erzielten Einkommen. Die Arbeitnehmerentgelte der Inländer sind Teil der Primäreinkommen beziehungsweise des Volkseinkommens.

Die Unterscheidung zwischen diesem gesamtwirtschaftlichen Inlands- und Inländerkonzept kann auch ausgedrückt werden als Unterschied von Arbeitsort und Wohnort der Arbeitnehmer. Dieser ist nun nicht nur für die nationalen VGR grundlegend, sondern wird auch für die regionalen VGR methodisch gleichermaßen gemacht. Die Differenz zwischen den im Inland beziehungsweise in der Region entstandenen und den den Inländern beziehungsweise der Bevölkerung der Region zufließenden Arbeitnehmerentgelte ist sogar für die meisten Regionen viel bedeutsamer als für die Nation. Denn das in den Fällen der Nichtübereinstimmung von Arbeitsort und Wohnort sich ergebende Aus- und Einpendeln von Arbeitnehmern hat über die Staatsgrenzen hinweg ein sehr viel geringeres Gewicht als für viele Regionalgrenzen beziehungsweise Regionen.

Wird der obigen Lohnquote nach dem Inländerkonzept (Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) die analoge Lohnquote nach dem Inlandskonzept (Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten) gegenübergestellt, zeigt sich für Deutschland insgesamt ein nur geringer Unterschied zwischen den beiden Quoten, und zwar sowohl in ihrem Niveau als auch in ihrer Entwicklung im hier betrachteten Zeitraum seit 1995 (Abbildung 1). Diese weitgehende Übereinstimmung der beiden Quoten liegt daran, dass die Differenzgrößen zwischen den beiden Konzepten – die Pendlerentgelte von Arbeitnehmern in beide Richtungen und die übrigen Primäreinkommensströme zwischen Deutschland und der übrigen Welt – auf nationaler Ebene relativ klein sind. Insofern ist es vom Ergebnis her weitgehend irrelevant, dass die Lohnquote nach dem Inländerkonzept meist als eine solche nach dem Inlandskonzept interpretiert wird (Anteile von Kapital und Arbeit).

Auch in Berlin (Abbildung 2) ist der Unterschied zwischen den beiden Lohnquoten nicht sehr groß – 2006 beträgt die Inlandsquote 72,9 Prozent, die Inländerquote 71,3 Prozent. Allerdings hatte die zuerst genannte Quote noch bis 2003 unter der zweiten gelegen. Diese relative Niveauverschiebung hängt wohl damit zusammen, dass das Berliner Ergebnis ja den West- und den Ostteil einschließt, deren wirtschaftliche und soziale Strukturen in der Mitte der neunziger Jahre (noch) sehr verschieden waren.

In Brandenburg liegt die Inländer/Wohnort-Lohnquote mit 76,4 Prozent im Jahr 2006 hingegen deutlich höher als die für Inland/Arbeitsort, die 63,9 Prozent betrug (Abbildung 3), und der Unterschied wuchs in den letzten zwölf Jahren von etwa 6 Prozentpunkten im Jahr 1995 auf mehr als 10 Prozentpunkte im Jahr 2006 – wobei allerdings beide Quoten im Berichtszeitraum deutlich stärker rückläufig sind als in Deutschland insgesamt. In den hohen Quoten in der Mitte der neunziger Jahre kommt die besondere Lage der ostdeutschen Wirtschaft nach der Wende zum Ausdruck.

Wenn Berlin und Brandenburg rechnerisch zusammengefasst werden (Abbildung 4), ergeben sich Lohnquoten, deren Entwicklung derjenigen Deutschlands insgesamt ähnlicher ist als die der beiden Länder, aber weiterhin besonders ein höheres Niveau der Inländer-Quote aufweist.

Die Entwicklung dieser Quoten ist durch eine ganze Reihe von Faktoren bedingt, die sich auf Zähler und/oder Nenner auswirken. Eine Analyse der in diesen Faktoren zum Ausdruck kommenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Prozesse kann und soll hier nicht vorgelegt werden, da es nur darum geht, einige Schlaglichter auf die Einkommensverhältnisse zu werfen, wie sie sich in der amtlichen Statistik zeigen. Nur ein Faktor soll abschließend aufgeführt werden, nämlich die durch Berufspendler bewirkten Einkommensströme zwischen den beiden Ländern.

Tab. 1 Unterschied zwischen den im Inland entstandenen und von den Inländern erzielten Arbeitnehmerentgelten

Jahr	relative Abweichung des Arbeitnehmerentgelts im Inland zum Arbeitnehmerentgelt der Inländer		
	Deutschland	Berlin	Brandenburg
	%		
1995.....	0,08	6,22	-9,05
1996.....	0,10	6,33	-9,36
1997.....	0,13	6,54	-10,31
1998.....	0,13	7,86	-12,29
1999.....	0,13	7,58	-13,16
2000.....	0,15	8,25	-14,94
2001.....	0,14	8,68	-16,59
2002.....	0,11	9,47	-17,43
2003.....	0,10	10,33	-18,45
2004.....	0,06	10,64	-18,65
2005.....	0,10	11,39	-19,13
2006.....	0,05	11,64	-19,80

Der Unterschied zwischen den Arbeitnehmerentgelten im Inland und denen der Inländer beträgt im Jahr 2006 für Deutschland insgesamt nur 0,05 Prozent, für Berlin jedoch 11,6 Prozent und für Brandenburg sogar 19,8 Prozent – mit umgekehrtem Vorzeichen (Tabelle 1). Die in Berlin (Arbeitsort) entstandenen Arbeitnehmerentgelte sind mehr als 10 Prozent höher als die in Berlin (am Wohnort) verbleibenden Arbeitnehmerentgelte. Dieser Saldo ergibt sich durch größere Einkommensströme in beide Richtungen überwiegend zwischen Berlin und Brandenburg. Diese Verflechtung zwischen den beiden Ländern ist im Ergebnis für Brandenburg von noch größerem Gewicht als für Berlin, denn in Brandenburg sind im Jahr 2006 die Arbeitnehmerentgelte fast 20 Prozent höher als die am Arbeitsort. Auf diese Verflechtung und ihre zeitliche Entwicklung als solche kann hier nicht näher eingegangen werden, obwohl es sich um ein wichtiges Thema für die Gesamtregion handelt.

Heike Zimmermann

Arbeitnehmereinkommen am Arbeitsort in Berlin und Brandenburg

Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung einer Region sind häufig mit der Frage verbunden, inwiefern sie sich in der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer widerspiegelt. Angaben zur Verteilung der Einkommen auf Unternehmen, Staat und Arbeitnehmer ermittelt die Verteilungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Vergütung der Arbeitsleistung der abhängig Beschäftigten ist das Arbeitnehmerentgelt. Als Summe aus den Bruttolöhnen und -gehältern und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber stellt es gleichzeitig einen Kostenfaktor für die Unternehmen dar. In Berlin und Brandenburg wurden im Jahr 2007 gut 70 Mrd. EUR für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aufgewendet. Gemessen an der Bruttowertschöpfung entspricht das einem Anteil von 58 Prozent. Das sagt jedoch wenig über die Einkommenssituation der Arbeitnehmer aus. Angaben hierzu liefert das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je abhängig Beschäftigten. Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Einkommen der Arbeitnehmer am Wohnort (Inländer) und am Arbeitsort (Inland). Die folgenden Ausführungen stützen sich ausschließlich auf das für die Arbeitnehmer im Inland ermittelte, das heißt das am Arbeitsort geleistete Arbeitnehmerentgelt. Die dargestellten Ergebnisse entsprechen dem Rechenstand Februar 2008.

Das Arbeitnehmerentgelt der in Berlin beschäftigten Arbeitnehmer lag im Jahr 2007 durchschnittlich bei 33 046 EUR, in Brandenburg bei 27 490 EUR – und damit in beiden Ländern unter dem Bundesdurchschnitt. Zu den Faktoren, die das Niveau und die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen einer Region beeinflussen, gehören neben der tariflichen und außertariflichen Entwicklung der Verdienste, der Grad der Tarifbindung, die Struktur der Arbeitnehmer, das heißt der Anteil geringfügig sowie voll- und teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, sowie maßgeblich die Wirtschaftsstruktur, also die Verteilung der Ar-

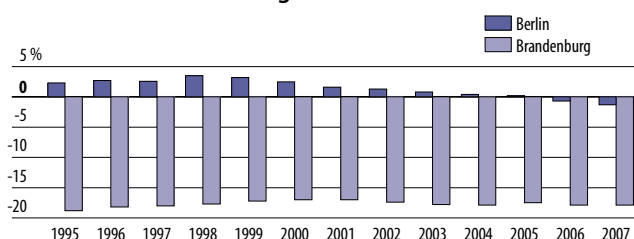
beitnehmer nach Wirtschaftsbereichen, in welchen die genannten Einflussfaktoren ganz verschiedene Wirkungen haben. Einige dieser Faktoren und ihre Wirkung auf die Durchschnittsverdienste sollen im Folgenden beschrieben werden.

Während die Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2007 stets wesentlich niedriger waren als im Durchschnitt aller Länder, erreichten sie in Berlin noch Ende der 90er Jahre ein Niveau von mehr als 3 Prozent über dem Bundeswert (Abbildung 1).

Im Vergleich der Bundesländer nach der Höhe des Arbeitnehmerentgelts fand sich Berlin im Jahr 1995 an sechster, im Jahr 2007 an siebenter Stelle. Mit nur Rang zwölf erreichten die Arbeitnehmer in Brandenburg dennoch die höchsten Einkommen unter den neuen Ländern. Insgesamt stiegen die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte seit 1995 in Brandenburg um 14,8 und in Berlin um 9,6 Prozent. Damit konnte die Entwicklung in Berlin nicht mit der des gesamten Bundesgebietes mithalten, wo die Einkommen um 13,6 Prozent zunahmen. Seit 2003 hat sich das Wachstum der Durchschnittseinkommen verlangsamt. In Brandenburg und im gesamten Bundesgebiet nahmen sie seither im Durchschnitt pro Jahr um 0,6 Prozent zu. Im Zeitraum 1995 bis 2003 betrug das jährliche Wachstum noch 1,5 Prozent in Brandenburg und 1,3 Prozent im Durchschnitt aller Länder. Die Berliner Einkommensentwicklung lag bereits in diesem Zeitraum mit 1,1 Prozent pro Jahr darunter und war nur bis Ende der 90er Jahre etwas besser verlaufen als in Deutschland insgesamt. In den letzten Jahren stagnierten die Berliner Einkommen, waren 2005 sogar rückläufig. Seit 2003 stiegen die Arbeitnehmerentgelte hier insgesamt nur um 0,3 beziehungsweise pro Jahr um 0,1 Prozent, seit 2004 verzeichnete jedes andere Bundesland höhere Einkommenssteigerungen als Berlin (Abbildung 2).

Das Verdienstniveau der einzelnen Branchen ist sehr differenziert. So wurde für die Beschäftigung eines Arbeitnehmers im Berliner Gastgewerbe im Jahr 2007 weniger als ein Viertel der Aufwendungen für einen Arbeitnehmer in der Energieversorgung gezahlt. In Berlin waren aber sechs Prozent der Arbeitnehmer im Gastgewerbe beschäftigt, bundesweit nur rund vier Prozent. Um den Einfluss der ungleichen Verteilung der Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen auf das Niveau der Arbeitnehmerentgelte in Berlin und Brandenburg bewerten zu können, sind diese strukturellen Unterschiede so weit möglich auszuschalten. Deshalb wurde in der folgenden

Abb. 1 Abweichung des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg vom Durchschnitt der Länder



Berechnung für Berlin und Brandenburg die gleiche Verteilung der Arbeitnehmer auf die Wirtschaftsbereiche wie im gesamten Bundesgebiet unterstellt, für das Einkommensniveau und damit die Struktur der Arbeitnehmer innerhalb der Wirtschaftszweige aber die Daten des Bundeslandes angenommen.¹

$$\text{durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt (ANE)}_{\text{Land}} = \frac{\sum(\text{ANE je Arbeitnehmer (AN)}_{\text{WZ i Land}} * \text{Anzahl AN}_{\text{WZ i Deutschland}})}{\sum \text{Anzahl AN}_{\text{Deutschland}}}$$

Die nachstehende Übersicht zeigt die so berechneten Durchschnittseinkommen im Vergleich mit den tatsächlichen Ergebnissen, die die Wirtschaftsstruktur im Land berücksichtigen:

	Berlin	Brandenburg	Deutschland
	EUR		
durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	33 046	27 490	33 474
bei Annahme der Wirtschaftsstruktur Deutschlands	35 080	28 008	33 474
Differenz des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts zum durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt in Deutschland			
bei gleicher Wirtschaftsstruktur	1 606	-5 466	0
infolge der Wirtschaftsstruktur	-2 034	- 518	0
Differenz insgesamt	- 428	-5 984	0
	%		
relative Abweichung			
infolge der Wirtschaftsstruktur	-5,8	-1,8	0
infolge anderer Faktoren	4,8	-16,3	0
relative Abweichung insgesamt	-1,3	-17,9	0

Bei gleicher Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche wären die Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Berlin um 4,8 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. Allein die Wirkung der Wirtschaftsstruktur reduzierte sie um 5,8 Prozent, sodass sie um 1,3 Prozent unter dem Bundesniveau lagen. In Brandenburg wirkt die Wirtschaftsstruktur weniger stark, aber dennoch dämpfend auf das Verdienstniveau. Hier bestünde ein Einkommensnachteil zum Durchschnitt aller Länder von 16,3 statt 17,9 Prozent. Der Abstand zu den Arbeitnehmerentkommen in Berlin wäre dagegen noch ausgeprägter.

Zunehmende Differenzierung der Arbeitnehmerentkommen in den Wirtschaftsbereichen

Auch die Entwicklung des Arbeitnehmerentgelts in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief in beiden Ländern sehr heterogen. Dabei fällt auf, dass in Bereichen mit überdurchschnittlichem Einkommensniveau zu Beginn des dargestellten Zeitraums Zuwachsraten erreicht wurden, die über dem Landesdurchschnitt lagen, während in einkommensschwächeren Bereichen auch die Steigerungen geringer ausfielen

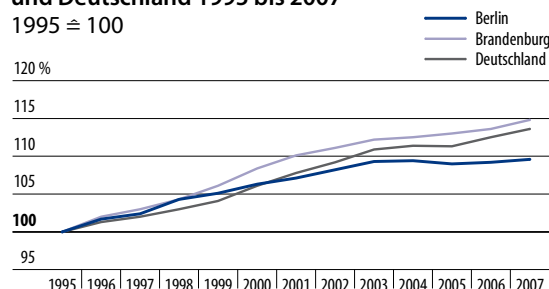
oder, wie im Berliner Baugewerbe und im Berliner Gastgewerbe, die Durchschnittsverdienste 2007 unter denen von 1995 lagen. Tarifverhandlungen vermitteln zuweilen den Eindruck, dass die Forderungen in Bereichen mit geringerem Verdienstniveau von vornherein geringer ausfallen, als in Branchen mit

höheren Verdiensten. Die Folge ist, dass sich die Sche-

re bei den Einkommen der abhängig Beschäftigten immer weiter öffnet. Die in der Energie- und Wasserversorgung gezahlten Arbeitnehmerentgelte liegen in beiden Ländern mittlerweile um über 90 Prozent über dem Durchschnitt aller Bereiche. Vergrößert haben sich auch die Einkommensvorteile im Verarbeitenden Gewerbe und im Kredit- und Versicherungsgewerbe und die Rückstände in den Bereichen Gastgewerbe, Baugewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen, öffentliche und private Dienstleistungen sowie in Brandenburg auch im Handel und den „Unternehmensnahen Dienstleistungen“. Nachdem die Angleichungsprozesse zwischen den Brandenburger und den Berliner Einkommen bis zum Ende der 90er Jahre noch ähnliche Tendenzen aufwiesen, wie die zwischen den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet, fand in den letzten Jahren eine etwas stärkere Annäherung statt. Die Arbeitnehmerentgelte in Brandenburg waren im Jahr 2007 noch um durchschnittlich 16,8 Prozent niedriger als in Berlin. Der Abstand des Arbeitnehmerentgelts in den neuen Ländern zum früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin verringerte sich seit 1995 von 25,2 auf 22,6 Prozent. Doch die in diesem Vergleich auf den ersten Blick positive Entwicklung in Brandenburg basiert zum Teil auf gebremstem Wachstum oder rückläufigen Durchschnittseinkommen in Berlin. So gehören das Baugewerbe und das Gastgewerbe zu den Bereichen mit der stärksten Annäherung der Einkommen im dargestellten Zeitraum. Dagegen ist das Verarbeitende Gewerbe trotz überdurchschnittlichem Verdienstniveau und überproportionalen Einkommenszuwachsen in beiden Ländern der Bereich, in dem die Einkommen noch am stärksten voneinander abweichen. Hier ist der Abstand seit 1995 sogar größer geworden (Tabelle 1).

Die Entwicklung der Einkommen in den einzelnen Branchen war begleitet von deutlichen Veränderungen der Beschäftigtenzahlen. Diese haben infolge der differenzierten Entwicklung und der daraus resultierenden stark voneinander abweichenden

Abb. 2 Entwicklung des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1995 bis 2007



¹ In die Berechnung gingen Daten in A60-Gliederung der WZ2003 ein, der Bereich D (Verarbeitendes Gewerbe) jedoch nur als gesamter Abschnitt, weil tiefer gegliederte Ergebnisse dieses Bereiches für

2007 (Fortschreibung) noch nicht vorlagen. Für drei Bereiche, in denen Berlin keine Arbeitnehmer hat, wurde als Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten der Durchschnitt aller Länder verwendet.

Tab. 1 **Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen 1995 und 2007**

Wirtschaftsbereich	Arbeitnehmerentgelt								Angleichungs- stand der Durchschnitts- einkommen in Brandenburg an Berlin	
	Berlin				Brandenburg					
	Arbeitnehmer- entgelt je Arbeitnehmer	Ver- änderung	Abstand zum Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche		Arbeitnehmer- entgelt je Arbeitnehmer	Ver- änderung	Abstand zum Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche			
	2007	2007 zu 1995	1995	2007	2007	2007 zu 1995	1995	2007	1995	2007
	EUR	%			EUR	%				
Alle Wirtschaftsbereiche	33 046	9,6	–	–	27 490	14,8	–	–	–20,6	–16,8
Land- und Forstwirt- schaft; Fischerei	14 838	19,2	–58,7	–55,1	16 980	1,5	–30,1	–38,2	34,4	14,4
Produzierendes Gewerbe	44 905	28,2	16,2	35,9	32 511	27,8	6,3	18,3	–27,4	–27,6
Verarbeitendes Gewerbe.....	50 604	35,3	24,0	53,1	34 308	32,2	8,4	24,8	–30,6	–32,2
Energie- und Wasserversorgung	64 014	41,9	49,7	93,7	52 581	54,9	41,7	91,3	–24,8	–17,9
Baugewerbe	27 176	–8,5	–1,5	–17,8	24 739	7,1	–3,5	–10,0	–22,2	–9,0
Dienstleistungsbereiche..	31 231	8,7	–4,7	–5,5	26 478	11,9	–1,2	–3,7	–17,7	–15,2
Handel; Reparatur von Kraftfahrzeugen	24 826	12,3	–26,6	–24,9	21 128	11,7	–21,0	–23,1	–14,4	–14,9
Gastgewerbe	17 701	–12,9	–32,6	–46,4	16 472	8,5	–36,6	–40,1	–25,3	–6,9
Verkehr und Nach- richtenübermittlung ...	36 838	20,2	1,7	11,5	28 509	7,0	11,2	3,7	–13,1	–22,6
Kredit- und Ver- sicherungsgewerbe	54 748	31,8	37,8	65,7	41 402	37,9	25,4	50,6	–27,7	–24,4
Unternehmensnahe Dienstleistungen	32 287	10,1	–2,7	–2,3	23 739	6,9	–7,2	–13,6	–24,3	–26,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	38 951	14,9	12,5	17,9	34 868	21,6	19,7	26,8	–15,5	–10,5
Erziehung und Unterricht.....	38 175	6,1	19,4	15,5	34 732	32,9	9,1	26,3	–27,4	–9,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	27 264	9,0	–17,1	–17,5	25 703	11,9	–4,1	–6,5	–8,1	–5,7
Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	28 608	6,4	–10,8	–13,4	24 221	3,3	–2,1	–11,9	–12,8	–15,3
Häusliche Dienste.....	11 353	5,3	–64,2	–65,6	9 723	36,8	–70,3	–64,6	–34,1	–14,4

Tab. 2 **Bereiche mit rückläufigen und deutlich gestiegenen Arbeitnehmerzahlen in Berlin und Brandenburg 2007 zu 1995**

Wirtschaftsbereich	Veränderung der Arbeitnehmerzahl 2007 zu 1995		Abweichung des Arbeitnehmerentgeltes je Arbeitnehmer vom Durchschnitt aller Bereiche 2007	Veränderung des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer 2007 zu 1995
	Personen	%		
rückläufige Arbeitnehmerzahlen				
Baugewerbe.....	–188 656	–60,7	–16,3	–0,4
Verarbeitendes Gewerbe.....	–78 013	–24,3	37,9	29,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	–35 316	–19,8	8,2	14,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	–30 883	–11,1	21,3	17,1
Handel.....	–19 966	–6,5	–24,7	11,3
Land- und Forstwirtschaft.....	–17 371	–31,2	–45,9	4,0
Kredit und Versicherungsgewerbe.....	–16 917	–26,9	65,4	31,1
Energie- und Wasserversorgung.....	–16 128	–41,2	91,3	43,3
steigende Arbeitnehmerzahlen				
Unternehmensnahe Dienstleistungen...	122 982	49,5	–3,4	8,4
Gastgewerbe.....	44 432	60,5	–43,8	–6,9
Gesundheits- und Sozialwesen.....	38 603	16,9	–13,5	9,6
Öffentliche und private Dienstleister.....	21 735	15,5	–11,9	5,8

Verdienstniveaus in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zusätzlich spürbare Auswirkungen auf das Verdienstniveau in Berlin und Brandenburg. Allein die Veränderung der Wirtschaftsstruktur hätte bei konstanten Verdiensten seit 1995 einen Einkommensrückgang um 3,1 Prozent in Berlin und um 2,6 Prozent in Brandenburg bewirkt (Deutschland –2,7 Prozent). Wäre die Wirtschaftsstruktur in beiden Ländern jedoch seit 1995 gleich geblieben, hätte die Veränderung des Verdienstniveaus und der Arbeitnehmerstruktur nach Wirtschaftsbereichen in Berlin zu einem Anstieg um 14,5 und in Brandenburg um 18,5 Prozent geführt.

Insgesamt ist die Zahl der abhängig Beschäftigten seit 1995 in Berlin und Brandenburg um fast 176 000 zurückgegangen, die der Selbstständigen im gleichen Zeit-

raum um mehr als 118 000 gewachsen. Der Abbau, die Verlagerung oder „Umwandlung“ von Arbeitsplätzen betraf Bereiche mit überdurchschnittlichen ebenso wie solche mit geringeren Verdiensten. Beispielslos ist das Baugewerbe, wo mehr als 60 Prozent der Arbeitsplätze weggefallen sind und die Durchschnittseinkommen in Berlin zudem heute um 8 Prozent unter denen von 1995 liegen.

Andererseits verzeichneten gerade Bereiche mit überdurchschnittlichem Einkommensniveau einen Rückgang der Arbeitnehmerzahlen. Neu geschaffen wurden Arbeitsplätze dagegen fast ausschließlich in Bereichen, deren Durchschnittsverdienst unter dem aller Bereiche lag. Eine Ausnahme bildet der Bereich Erziehung und Unterricht in Berlin, wo die Zahl der neu hinzugekommenen Arbeitsverhältnisse aber unter der Anzahl der in Brandenburg abgebauten blieb.

Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Bereich der „Unternehmensnahen Dienstleistungen“. Das Einkommen in diesem Bereich lag in beiden Ländern unter dem Landesdurchschnitt. Hier werden unter anderem die Zeitarbeitsfirmen erfasst, auf die ein großer Teil des Arbeitnehmerzuwachses entfallen dürfte. Allein im Zeitraum 2000 bis 2007 hat sich die Zahl der Arbeitnehmer in den Bereichen Personal- und Stellenvermittlung / Überlassung von Arbeitskräften in Berlin und Brandenburg insgesamt mehr als verdoppelt. Da die Arbeitnehmer aber nicht in dem Wirtschaftszweig erfasst werden, in dem sie tätig sind, lässt sich nicht nachweisen, wie sich die Ausweitung der Zeitarbeit auf das Verdienstniveau auswirkt. Eine auf das gesamte Bundesgebiet bezogene Betriebsrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes der Hans-Böckler-Stiftung kam jedoch zu dem Ergebnis, dass 37,3 Prozent der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten und Betriebsrat zwischen Anfang 2005 und Herbst 2007 Leiharbeiter beschäftigten. In gut einem Viertel dieser Betriebe (25,9 Prozent) hatten nach Angabe der befragten Betriebsräte Leiharbeiter regelmäßige Beschäftigungsverhältnisse ersetzt. Während nach dieser Studie nur in jedem vierten der entleihenden Betriebe die Zeitarbeiter wie Stammpersonal entlohnt wurden, lag deren Verdienst in der überwiegenden Zahl dieser Entleihfirmen darunter, durchschnittlich um 29 Prozent [1] (Tabelle 2).

Überproportionale Zunahme geringfügiger Beschäftigung bremst Einkommensentwicklung

Der Anstieg der Arbeitnehmerzahlen im Berliner und Brandenburger Gastgewerbe und im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen beruht größtenteils auf der Ausweitung geringfügiger Beschäftigung. Die Veränderung der Beschäftigtenzahlen in diesen Bereichen seit 2003 – getrennt nach voll sozialversicherungspflichtig² und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern – zeigt die Abbildung 3. Im dort dargestellten Zeitraum ist auch im Handel als Saldo der abgebauten regulären und der neu entstandenen

Abb. 3 Veränderung der Zahl der Arbeitnehmer in ausgewählten Bereichen in Berlin und Brandenburg im Zeitraum 2003 bis 2007

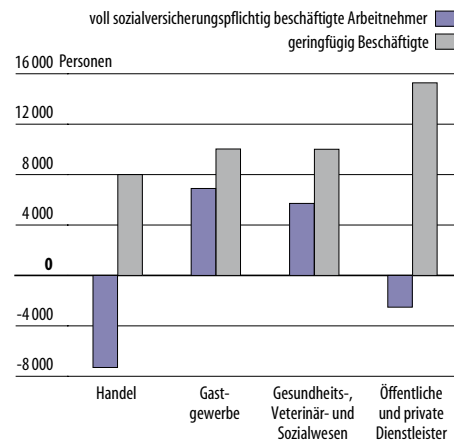
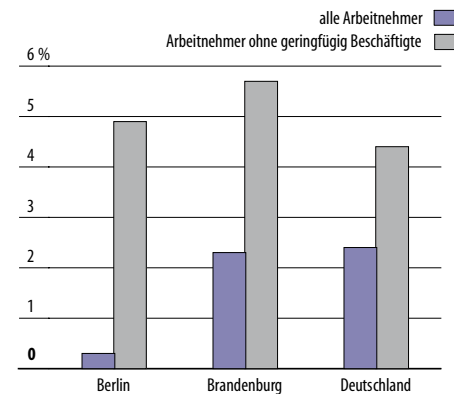


Abb. 4 Anstieg der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2007 gegenüber 2003

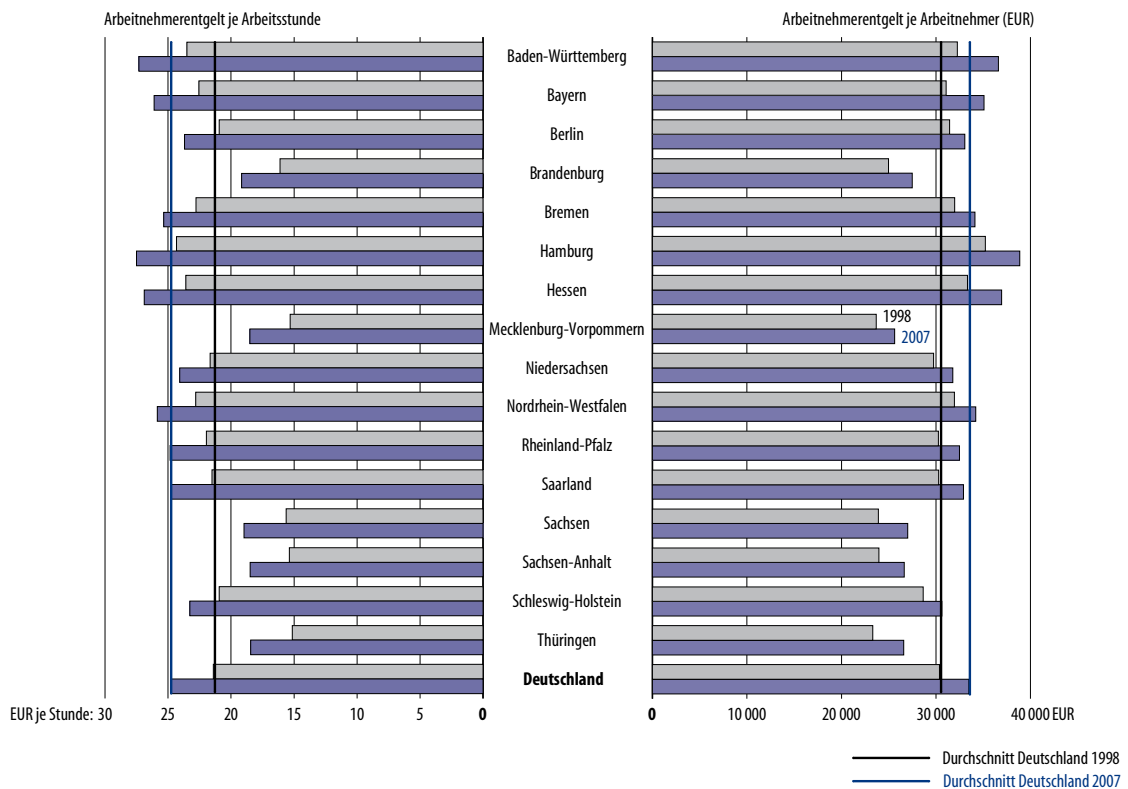


marginalen Beschäftigungsverhältnisse ein leichter Zuwachs zu verzeichnen. Die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister ist in beiden Bundesländern fast zur Hälfte auf den Ausbau von 1-Euro-Jobs zurückzuführen.

Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche lag der Anteil der marginal Beschäftigten an den Arbeitnehmern im Jahr 2007 mit 14,7 Prozent in Berlin und 14,9 Prozent in Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt und war nur in zwei Bundesländern (Hamburg und Thüringen) geringer als in Berlin, wo die geringfügige Beschäftigung aber am deutlichsten zugenommen hat. Noch im Jahr 2003 war der Anteil der geringfügig Beschäftigten in Berlin mit 10,7 Prozent von allen Bundesländern am niedrigsten. Seitdem stieg ihre Zahl um 40 Prozent, soviel wie in keinem anderen Bundesland, gefolgt übrigens von Brandenburg mit einer Zunahme um fast 24 Prozent. Bundesweit war die Zahl der marginalen Beschäftigungsverhältnisse im Jahr 2007 nur um 15 Prozent höher als vier Jahre zuvor. Daher konnte für die voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Berlin für diesen Zeitraum eine günstigere Einkommensentwicklung ermittelt werden, als für alle Arbeitnehmer zusammen und sogar eine bessere

2 Voll sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer sind alle voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer mit Ausnahme der geringfügig Beschäftigten.

Abb. 5 Durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt in den Jahren 1998 und 2007 nach Bundesländern



als für die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im gesamten Bundesgebiet. Seit 2003 stieg ihr Arbeitnehmerentgelt durchschnittlich jährlich um 1,2 Prozent, das der Beschäftigten in Brandenburg um 1,4 Prozent und im Bundesgebiet um 1,1 Prozent (Abbildung 4).³

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde steigt stärker

Auch die Höhe des Arbeitnehmerentgelts bezogen auf geleistete Stunden der Arbeitnehmer wird vom Anteil geringfügig und Teilzeitbeschäftigter beeinflusst, weil für diese Arbeitnehmer von durchschnittlich geringeren Stundenverdiensten als für Vollzeitbeschäftigte ausgegangen werden muss. In Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten erreichte der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines Teilzeitbeschäftigten nach den Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung im Jahr 2007 in Berlin nur rund 73 Prozent und in Brandenburg knapp 82 Prozent des Verdienstes eines Vollzeitbeschäftigten. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich in Berlin von 16 Prozent im Juni 1998 auf fast 21 Prozent 2007, in Brandenburg von 12 auf 16 Prozent. Die je Arbeitnehmer geleisteten Arbeitsstunden lagen in beiden Ländern bereits seit 1998 über dem Bundes-

durchschnitt und sind seitdem um mehr als sieben Prozent zurückgegangen. Während das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Berlin Ende der 90er Jahre noch höher war als im Durchschnitt aller Länder, betrug sein Wert je Arbeitsstunde bereits 1998 nur 97,9 Prozent des Bundeswertes, um bis 2007 auf um 95,7 Prozent zu fallen.⁴ In Brandenburg erreichte das Arbeitnehmerentgelt je Stunde nur 77,4 Prozent vom Bundesniveau (1998: 75,3 Prozent). Im Gegensatz zum Durchschnittswert je Arbeitnehmer hat hier eine leichte Annäherung stattgefunden.

Seit 1998 stieg das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde jährlich im Durchschnitt um 1,9 Prozent in Brandenburg und um 1,4 Prozent in Berlin. Seit 2003 betrug das jährliche Wachstum in beiden Ländern nur noch 0,8 Prozent und lag damit zwar ebenfalls über dem für Arbeitnehmer insgesamt, aber unter dem für voll sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer berechneten Anstieg des Arbeitnehmerentgelts.

In Brandenburg ist das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde wie der Durchschnittswert je Arbeitnehmer am höchsten unter den neuen Ländern. Dagegen fällt Berlin im Vergleich der Bundesländer weiter ab. Außer in den neuen Bundesländern war das Arbeitnehmerentgelt je Stunde 2007 nur in Schleswig-Holstein geringer als in Berlin (Abbildung 5).

³ Während die Einbeziehung der Verdienste der geringfügig Beschäftigten zu durchschnittlich geringeren Arbeitnehmerentgelten führt, bewirken die Vergütungen der Unternehmensvorstände, die ebenfalls in die Berechnung einfließen,

eine Erhöhung der im Durchschnitt ermittelten Arbeitnehmerentgelte.

⁴ Das Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer bzw. der Erwerbstätigen wird im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung erst seit 1998 berechnet.

Fazit

Die vorstehenden Ausführungen beziehen sich auf einen Zeitraum, dessen letzter Abschnitt von Wirtschaftswachstum und sinkender Arbeitslosigkeit geprägt war. Positive Auswirkungen dieser Tendenzen auf die Berliner und Brandenburger Arbeitnehmer-einkommen sind aber auf den ersten Blick nicht zu erkennen. In beiden Ländern waren die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2007 geringer als im Durchschnitt aller Länder, nachdem die Berliner Arbeitnehmerentgelte noch Ende der 90er Jahre um bis zu 3,5 Prozent darüber gelegen und die Brandenburger sich zumindest stärker an diesen Durchschnitt angenähert hatten. Faktoren, die einem Anstieg der Arbeitnehmerentgelte entgegenwirkten, waren eine Verlagerung der Arbeitnehmeranteile zugunsten der Bereiche mit unterdurchschnittlichem Verdienstniveau, eine überdurchschnittliche Zunahme des Anteils geringfügig Beschäftigter an den Arbeitnehmern sowie die Ausweitung der Zeitarbeit. Das jetzt zu beobachtende Abflauen der Weltkonjunktur wird sich ebenfalls auf die Wirtschafts- und Arbeitnehmerstruktur auswirken. Die daraus resultierenden Wirkungen auf die Arbeitnehmer-einkommen werden dann zu beobachten sein.

Quellennachweis

- [1] Hans Böckler Stiftung: „Leiharbeit – Konkurrenz für die Stammbeslegschaft“; in: Böckler Impuls 6/2008, S. 1.

Peter Kuchta, Karsten Wenzel

Der Mikrozensus: eine Quelle für Informationen zum Nettoeinkommen der Bevölkerung

Der Mikrozensus erfasst neben persönlichen Merkmalen sowie typischen Haushalts- und Familienmerkmalen, dem Erwerbsstatus, Bildungs- und Berufsdaten auch Merkmale, die Höhe und Art des persönlichen und Haushaltseinkommens beschreiben. Befragt wird jährlich ein Prozent der Bevölkerung, die Auswahl der Befragten erfolgt durch eine repräsentative Flächenstichprobe. Damit ist sichergestellt, dass die Stichprobe hochgerechnet werden kann und verlässliche Analysen unter anderem der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung möglich sind, obwohl nur ein Prozent der Bevölkerung befragt wird.

Allerdings – und das erschwert eine exakte Betrachtung – wird das Einkommen nur klassiert erhoben, daher sind besondere Berechnungen erforderlich, um Mittelwerte und andere Vergleichsparameter zu bestimmen. Des Weiteren wird ausschließlich das Nettoeinkommen erfragt. Dadurch unterscheidet sich der Mikrozensus von anderen Statistiken, die das Einkommen direkt oder indirekt ermitteln.

Der Mikrozensus erfragt die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens der einzelnen Personen sowie der Haushalte als Ganzes. Darunter sind alle Einkünfte zu verstehen, die im genannten Zeitraum zur Verfügung stehen.

Durch die Einführung des Euro ab 2002 sind Einkommensdaten vor der Währungsunion nur bedingt vergleichbar, da mit der Euroumstellung wieder glatte Von-bis-Spannen für die Klassierung Anwendung finden. Die Umrechnung der alten DM-Klassen ergibt an den Rändern Unschärfen.

Seit 2002 gelten im Mikrozensus folgende Einkommensklassen:

Einkommensklassen 2002	
unterer Wert	oberer Wert
unter	150
150	300
300	500
500	700
700	900
900	1 100
1 100	1 300
1 300	1 500
1 500	1 700
1 700	2 000
2 000	2 300
2 300	2 600
2 600	2 900
2 900	3 200
3 200	3 600
3 600	4 000
4 000	4 500
4 500	5 500
5 500	6 000
6 000	7 500
7 500	10 000
10 000	18 000
über	18 000

Da grundsätzlich alle erhobenen Merkmale miteinander verknüpft werden können, sind – speziell auf das Nettoeinkommen bezogen – die verschiedensten Sachverhalte darstellbar, aufgrund des Stichprobencharakters jedoch nur bis zu einer bestimmten regionalen und fachlichen Tiefe. Im Folgenden werden einige Beispiele für Einkommensauswertungen aus dem Mikrozensus für die Länder Berlin und Brandenburg vorgestellt. Weitere Auswertungen befinden sich in den Standardveröffentlichungen der Amtlichen Statistik; für darüber hinausgehende Fragestellungen sind gesonderte Ergebniserstellungen durch das Amt für Statistik möglich.

Die Darstellung des Nettoeinkommens in Zusammenhang mit den Haushalts- und Familienstrukturen, der beruflichen Qualifikation und dem Erwerbsstatus sind sicherlich von besonderem Interesse, da hier die Personen betrachtet werden, die gemeinsam leben beziehungsweise wirtschaften. Obwohl prinzipiell die Möglichkeit besteht, sämtliche Einkommensklassen darzustellen, sind aufgrund von geringen Fallzahlen häufig Zusammenfassungen erforderlich.

Die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen hat sich in beiden Ländern von 2002 auf 2007 nur mar-

Tab. 1 Privathaushalte in Berlin und Brandenburg in den Jahren 2002 und 2007 nach dem Nettoeinkommen

Bundesland — Einkommensklasse	Insgesamt	
	2002	2007
Berlin	in 1 000	
Haushalte insgesamt	1 858,7	1 940,8
mit einem Nettoeinkommen von ...	in % von insgesamt	
unter 500 EUR.....	1,8	1,1
500 bis unter 1 300 EUR.....	38,7	39,1
1 300 bis unter 2 000 EUR.....	25,9	26,8
2 000 bis unter 3 200 EUR.....	21,8	21,1
3 200 und mehr EUR	11,8	11,8
Land Brandenburg	in 1 000	
Haushalte insgesamt	1 164,0	1 179,7
mit einem Nettoeinkommen von ...	in % von insgesamt	
unter 500 EUR.....	3,6	3,9
500 bis unter 1 300 EUR.....	33,4	33,7
1 300 bis unter 2 000 EUR.....	28,2	27,4
2 000 bis unter 3 200 EUR.....	24,7	23,4
3 200 und mehr EUR	10,1	11,5

ginal geändert. Sowohl in Berlin wie auch in Brandenburg ist die Kategorie 500 bis unter 1 300 EUR mit etwa einem Drittel der Haushalte am höchsten besetzt (Tabelle 1, Abbildung 1).

Neben der „klassischen“ Einkommensquelle Erwerbstätigkeit, egal ob haupt- oder nebenberuflich, wird im Mikrozensus nach den weiteren Einkommensquellen gefragt. Zusätzlich wird erhoben, welche Einkommensquelle den größten Beitrag zum Lebensunterhalt leistet. Dabei sind folgende Angaben möglich:

- Erwerbstätigkeit/Berufstätigkeit,
- Arbeitslosengeld/-hilfe (bis 2006),
- Arbeitslosengeld I (ab 2007),
- Leistungen nach Hartz IV (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld),
- Rente, Pension,
- Unterhalt durch Eltern, Ehepartner, Lebenspartner oder andere Angehörige,
- Eigenes Vermögen, Ersparnisse, Zinsen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil,
- Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen (bis 2006),
- Leistungen aus einer Pflegeversicherung (bis 2006, danach nicht mehr extra),
- Sonstige Unterstützung (zum Beispiel: Bundesausbildungsförderungsgesetz-BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium, Pflegeversicherung (ab 2007), Asylbewerberleistungen),
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und andere Hilfen in besonderen Lebenslagen (ab 2007),
- Elterngeld/Erziehungsgeld (ab 2007).

In Berlin und Brandenburg rührt der überwiegende Lebensunterhalt des Haupteinkommensbeziehers vorwiegend aus dem Erwerbseinkommen beziehungsweise aus einer durch Erwerbstätigkeit erworbenen Rente. Die Anteile sind in Brandenburg leicht höher als in Berlin. Demgegenüber sind Berliner Haupteinkommensbezieher häufiger als Brandenburger auf Arbeitslosengeld als Quelle ihres überwiegenden Lebensunterhalts angewiesen (Tabelle 2, Abbildung 2).

Bei Vergleichen auf Haushaltsebene ist immer die Haushaltsgröße zu beachten, diese hat einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens, wie folgende Tabelle zeigt:

Überwiegender Lebensunterhalt der Privathaushalte	Monatliches mittleres Netto- einkommen in EUR		Verän- derung in %
	2002	2007	
Berlin			
Einpersonenhaushalte	1 050	1 075	2,4
Mehrpersonenhaushalte.....	2 400	2 450	2,1
darunter mit 2 Personen.	2 000	2 075	3,8
Land Brandenburg			
Einpersonenhaushalte	950	1 000	5,6
Mehrpersonenhaushalte.....	1 975	2 075	4,5
darunter mit 2 Personen.	1 675	1 775	6,0

Abb. 1 Haushalte 2007 nach Nettoeinkommensgruppen in Prozent

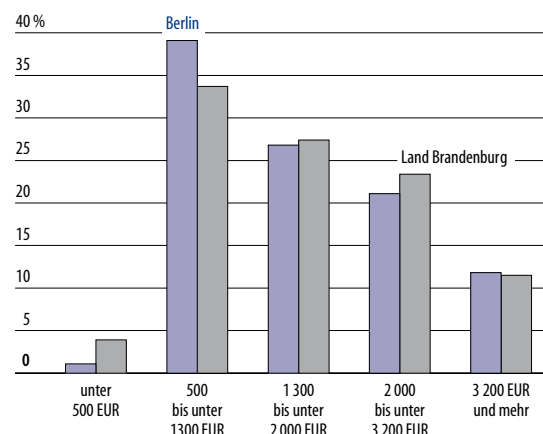
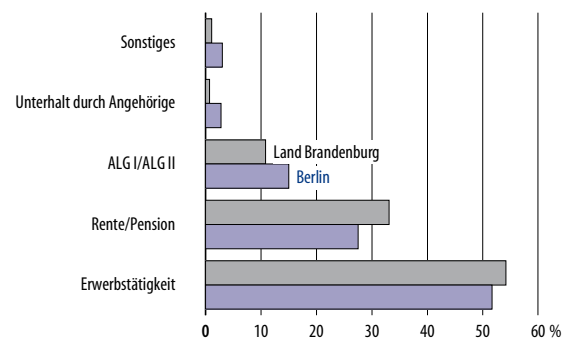


Abb. 2 Anteil der Privathaushalte 2007 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Haupteinkommenbeziehers



Tab. 2 Privathaushalte in Berlin und Brandenburg im Jahr 2007 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Haupteinkommenbeziehers

Bundesland — Überwiegender Lebensunterhalt	Privathaushalte	
	In 1 000	%
Berlin		
Haushalte insgesamt	1 940,8	100
mit überwiegendem Lebensunterhalt ...		
Erwerbstätigkeit	1 004,2	51,7
ALG I/ Leistungen nach Hartz IV (einschl. Grundsicherung)	290,2	15,0
Rente/Pension	533,5	27,5
Unterhalt durch Angehörige	54,5	2,8
Eigenes Vermögen	16,1	0,8
Sonstige Unterstützung (z.B. BAföG)	38,6	2,0
Eltern-/Erziehungsgeld	(3,8)	(0,2)
Land Brandenburg		
Haushalte insgesamt ¹	1 243,9	100
mit überwiegendem Lebensunterhalt ...		
Erwerbstätigkeit	674,5	54,2
ALG I/ Leistungen nach Hartz IV (einschl. Grundsicherung)	134,7	10,8
Rente/Pension	411,7	33,1
Unterhalt durch Angehörige	9,1	0,7
Eigenes Vermögen	(2,7)	(0,2)
Sonstige Unterstützung (z.B. BAföG)	8,5	0,7
Eltern-/Erziehungsgeld	(2,7)	(0,2)

¹ einschl. Landwirte und ohne Angaben

Tab. 3 **Monatliches Nettoeinkommen der Erwerbspersonen nach der Beteiligung am Erwerbsleben in Berlin und Brandenburg in den Jahren 2002 und 2007**

Bundesland — Einkommensklasse	Erwerbstätige		Erwerbslose	
	2002	2007	2002	2007
Berlin in 1 000				
Personen insgesamt	1 450,1	1 504,3	325,2	293,7
mit einem Nettoeinkommen von ... in % von insgesamt				
unter 500 EUR	8,2	7,0	29,6	29,6
500 bis unter 900 EUR	16,0	17,3	50,3	51,5
900 bis unter 1 300 EUR	25,5	25,0	14,6	14,3
1 300 bis unter 2 000 EUR	30,6	29,5	4,9	4,2
2 000 und mehr EUR	19,7	21,1	/	/
Brandenburg in 1 000				
Personen insgesamt	1 097,7	1 147,0	242,7	161,2
mit einem Nettoeinkommen von ... in % von insgesamt				
unter 500 EUR	11,4	11,2	43,7	50,8
500 bis unter 900 EUR	19,1	18,1	45,7	37,8
900 bis unter 1 300 EUR	33,1	30,8	10,6	9,1
1 300 bis unter 2 000 EUR	25,4	27,0	/	/
2 000 und mehr EUR	11,0	12,9	/	/

Tab. 4 **Anteil der Erwerbstätigen mit mehr als 900 EUR monatlichem Nettoeinkommen an allen Erwerbstätigen in ausgewählten Regionen in Berlin und Brandenburg in den Jahren 2002 und 2007**

Region	2002	2007	Veränderung in %-Punkten
	%		
Berlin	75,8	75,6	-0,2
Bezirke			
Mitte	76,4	74,0	-2,4
Friedrichshain-Kreuzberg	71,0	65,0	-6,0
Pankow	76,0	80,5	4,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	79,3	80,0	0,7
Spandau	74,8	71,8	-3,0
Steglitz-Zehlendorf	81,0	84,3	3,3
Tempelhof-Schöneberg	75,0	74,3	-0,7
Neukölln	70,8	67,7	-3,0
Treptow-Köpenick	77,3	80,3	3,1
Marzahn-Hellersdorf	75,7	74,8	-0,9
Lichtenberg	74,3	74,6	0,3
Reinickendorf	76,2	76,6	0,4
Land Brandenburg	67,6	67,6	0,0
Kreisfreie Städte			
Brandenburg an der Havel	68,4	63,1	-5,3
Cottbus	73,2	68,1	-5,1
Frankfurt (Oder)	74,4	66,1	-8,3
Potsdam	76,6	71,7	-4,9
Ausgewählte Landkreise			
Barnim	71,3	65,8	-5,5
Dahme-Spreewald	71,1	66,6	-4,5
Elbe-Elster	60,4	63,3	2,9
Ostprignitz-Ruppin	56,7	66,1	9,4
Potsdam-Mittelmark	71,7	69,2	-2,5
Prignitz	55,6	66,1	10,5
Uckermark	64,8	63,2	-1,6

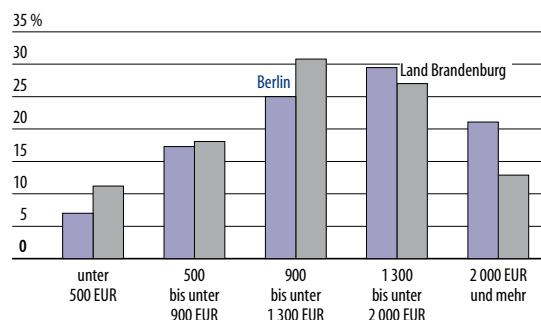
Sowohl 2002 als auch 2007 war das mittlere Nettoeinkommen aller hier ausgewiesenen Haushaltsgrößen in Berlin höher als in Brandenburg. Der zeitliche prozentuale Anstieg der Einkommen fiel in Berlin geringer aus. Zur Einschätzung der Entwicklung sei angemerkt, dass im Zeitraum von 2002 bis 2007 die Steigerung der Verbraucherpreise im Land Berlin 7,7 Prozent (Brandenburg: 8,9 Prozent) oder im Mittel 1,5 Prozent (Brandenburg: 1,8 Prozent) pro Jahr betrug.

Bei Auswertungen auf Personenebene liegt der Schwerpunkt bei den Erwerbspersonen, das sind Erwerbstätige und Erwerbslose. Auswertungen nach Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen werden nicht vorgenommen, da das reine Erwerbseinkommen am Gesamteinkommen im Mikrozensus nicht erfragt wird.

Die untersten Einkommensklassen sind hauptsächlich durch Erwerbslose besetzt, wobei diese Gruppe in Brandenburg über weniger persönliches Nettoeinkommen verfügt als Erwerbslose in Berlin. Die Hälfte der Brandenburger Erwerbslosen hat 2007 ein Einkommen von unter 500 EUR. Berliner Erwerbstätige haben im Durchschnitt ein höheres persönliches Nettoeinkommen als Erwerbstätige in Brandenburg (Tabelle 3, Abbildung 3).

Unterhalb der Landesebene zeigen sich in Bezug auf das persönliche Nettoeinkommen erhebliche Unterschiede. In Berlin gab es bei den Bezirken hinsichtlich der Anteile von Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 900 EUR und mehr im Jahr 2002 weniger große Unterschiede. Zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Anteil hatten 10,3-Prozent-Punkte gelegen. Im Jahr 2007 betrug diese Spanne hingegen 19,4-Prozent-Punkte. Für Berlin deutet das auf eine Polarisierung hin. Im Land Brandenburg gibt es bei den in Tabelle 4 dargestellten Landkreisen und kreisfreien Städten eher die gegenläufige Tendenz: Die Spanne zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Anteil von Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mindestens 900 EUR hatte 2002 bei 21,0-Prozent-Punkten gelegen und verringerte sich bis zum Jahr 2007 auf 8,6-Prozent-Punkte. Verwaltungsbezirke, die 2002 einen unterdurchschnittlichen Anteil aufwiesen, haben aufgeholt, Regionen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Erwerbstätigen dieser Einkommenskategorie sind zurückgefallen (Tabelle 4, Abbildung 4a und b).

Abb. 3 **Monatliches Nettoeinkommen Erwerbstätiger 2007 nach Einkommensgrößenklassen in Prozent**



Der Mikrozensus bietet auch die Möglichkeit, Durchschnittseinkommen, Armutsgrenzen, Einkommensquintile oder Ähnliches für Haushalte, Familien oder Erwerbspersonen zu berechnen, wenn auch aufgrund der nur zur Verfügung stehenden Einkommensspannen an den Rändern (besonders durch die nach oben offene Klasse) gewisse Unschärfen entstehen. Im Folgenden werden einige Möglichkeiten mit Daten des Landes Brandenburg erläutert.

Sowohl für Vergleichszwecke als auch zur Darstellung von Einkommens- und damit auch Lebensverhältnissen ist die Berechnung des Durchschnittsnettoeinkommens nach Haushaltsgröße ein wichtiger Gradmesser, wenngleich es wegen der unterschiedlichen Zusammensetzung der Haushalte aus Personen verschiedenen Alters nicht uneingeschränkt aussagefähig ist.

Eine genauere und bessere Darstellung von Einkommensberechnungen der Haushalte bietet die Aufteilung nach sogenannten Äquivalenzskalen. Jede Person erhält danach eine Wertigkeit entsprechend ihres Einkommens beziehungsweise ihres Beitrages zum Lebensunterhalt. Der Haupteinkommensbezieher oder im Mikrozensus die Bezugsperson erhält den Skalenwert 4, jede weitere erwachsene Person die 3, Kinder unter 18 erhalten die 1. Ein Haushalt mit der Kennung 4-3-1-1 könnte demnach die typische 2-Kind-Familie sein. Nach dieser Einteilung ergäben sich für ausgewählte Haushaltstypen im Jahr 2007 folgende Durchschnitte:

Haushaltstyp	Durchschnittliches Nettohaushalts- einkommen in EUR		Verän- derung in %
	2002	2007	
2-Personen-HH			
4-3.....	1 725	1 825	5,8
4-1.....	975	1 025	5,1
3-Personen-HH			
4-3-3.....	2 475	2 650	7,1
4-3-1.....	2 100	2 175	3,6
4-1-1.....	1 100	1 275	15,9
4-Personen-HH			
4-3-3-3.....	3 000	3 225	7,5
4-3-3-1.....	2 525	2 675	5,9
4-3-1-1.....	2 325	2 575	10,8
4-1-1-1.....	1 050	1 200	14,3

Danach liegen erwartungsgemäß die Einkommen umso höher, je mehr erwachsene Personen zum Haushalt gehören. Die prozentualen Einkommenssteigerungen von 2002 auf 2007 fallen jedoch bei den Haushalten mit Kindern höher aus.

Aber auch bezüglich der Lebensformen eröffnen sich interessante Darstellungsmöglichkeiten im Zusammenhang

mit dem Nettoeinkommen. Hier sind besonders die Familien und die einzelnen Familientypen von Belang. Nachfolgende Übersicht verdeutlicht dies für das Land Brandenburg:

Lebensform	Durchschnitts- einkommen in EUR
Familien insgesamt	2 300
Ehepaare	2 750
allein Stehende	1 350
Lebensgemeinschaften	2 250
allein Erziehende ¹	1 200

1 Da es ab 2007 ein neues Familienkonzept gibt, sind Daten mit den vorigen Jahreszeiträumen nur bedingt vergleichbar, die Familie ist jetzt nur noch im Zusammenhang mit einer Eltern-Kind-Beziehung zu sehen.

Eine detaillierte Unterteilung (zum Beispiel nach Einkommensklassen) ist abhängig von der vorhandenen Fallzahl, prinzipiell jedoch möglich.

Abb. 4a Anteil der Erwerbstätigen mit mehr als 900 EUR monatlichem Nettoeinkommen an allen Erwerbstätigen in den Bezirken Berlins in Prozent

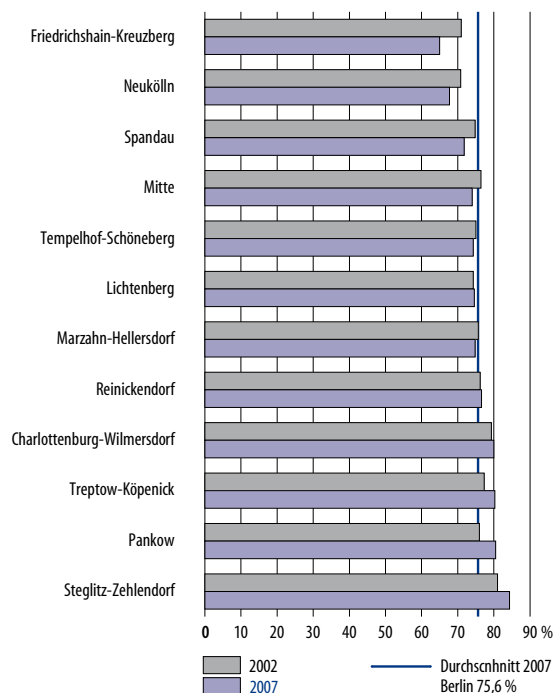


Abb. 4b Anteil der Erwerbstätigen mit mehr als 900 EUR monatlichem Nettoeinkommen an allen Erwerbstätigen in ausgewählten Verwaltungsbezirken des Landes Brandenburg in Prozent



Für Armutsberechnungen ist das Pro-Kopf-Einkommen wichtig. Für die Durchschnittsberechnungen wird dabei der Median verwendet und eine Gewichtung der einzelnen Haushalts-Mitglieder vorgenommen. Allgemein wird nach der OECD-Skala¹ (alt oder neu) verfahren. Die erste Person (Haushalts-Vorstand) erhält das Gewicht 1, jede weitere Person über 14 Jahren das Gewicht 0,7 (alte OECD) beziehungsweise 0,5 (neu), Personen bis 14 Jahre das Gewicht 0,5 (alt) beziehungsweise 0,3 (neu). Ein dreiköpfiger Haushalt mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 15 Jahren sowie einem Nettoeinkommen von 4 000,00 EUR hätte demnach das Personengewicht 2,2 (alt) beziehungsweise 1,8 (neu), das ergibt ein Haushaltsäquivalenzeinkommen von 1 818 EUR (alt) beziehungsweise 2 222 EUR (neu). Üblicherweise wird inzwischen nur noch die neue OECD-Skala verwendet.

Danach ergeben sich für das Pro-Kopf-Äquivalenzeinkommen in Brandenburg folgende Werte:

Haushaltsgröße	2002	2007	Veränderung in %
1-Personen-Haushalt	949	1 002	5,6
2-Personen-Haushalt	934	990	6,0
3-Personen-Haushalt	952	1 023	7,5
4-Personen-Haushalt	863	939	8,7
5-Personen-Haushalt	763	780	2,2

In Brandenburg ist auch das Haushaltsäquivalenzeinkommen von 2002 auf 2007 angestiegen. Das durchschnittliche Haushaltsäquivalenzeinkommen unterscheidet sich für Haushalte mit weniger als vier Personen nicht substantiell. Ab einer Haushaltsgröße von vier Personen sinkt in beiden Jahren das Einkommen pro Kopf stärker. Eine weitere Möglichkeit zur Darstel-

lung von Einkommensverhältnissen ist die Arbeit mit dem Gini-Koeffizienten² und der Lorenz-Kurve. Mit ihrer Hilfe lassen sich die Einkommensverteilungen übersichtlich darstellen. Die klassische Frage ist dabei immer: Wie viele Haushalte realisieren welchen Anteil am gesamten Haushaltsnettoeinkommen?

Damit eng verwandt ist die Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Nach dem in der Bundesrepublik Deutschland verwendeten Armutsbegriff, der auf einem – fachlich nicht ganz unstrittigen – Konzept der relativen Einkommensarmut beruht, wird eine Person dann als arm angesehen, wenn ihr im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt der Zugriff auf materielle Ressourcen (Einkommen) in erheblicher Weise verschlossen bleibt. Im Allgemeinen wird dabei mit drei Schwellenwerten operiert:

- eine Armutsgrenze von 40 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens zur Abgrenzung einer strengen Armut;
- 50 Prozent des Durchschnittsäquivalenzeinkommens geben ein mittleres Armutspotenzial an;
- 60 Prozent des Durchschnittsäquivalenzeinkommens kennzeichnen eine armutsnahe Einkommenssituation.

Auch Analysen zu diesem Themenkomplex sind mit dem Mikrozensus möglich und stoßen auf großes Interesse in der Öffentlichkeit.

1 OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2 Der Gini-Koeffizient ist eine statistische Messgröße zur Kennzeichnung der relativen Konzentration und beruht auf dem Konzept der Lorenz-Kurve; er ist bei völliger Gleichverteilung gleich 0 und bei vollkommener Konzentration gleich 1.

Jürgen Hübner Historisches

Der niedrigste Vertragslohn männlicher Arbeiter für die Stunde

Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912, das ist der 33. Jahrgang, finden wir auf den Seiten 52 bis 133 unter dem Abschnitt V. Gewerbe ein recht umfangreiches Zahlenmaterial, das einen Einblick in die damaligen Arbeitsbedingungen und die erreichbaren Löhne ermöglicht.

In der Tabelle 4c ist ein Überblick über das Tarifgefüge gegeben, allerdings mit der Einschränkung, dass es die niedrigsten Vertragslöhne sind, die in den Tarifgemeinschaften vereinbart wurden. Deutlich wird, dass beispielsweise im Bergbau nur zwei Tarifgemeinschaften für 2 Betriebe und insgesamt 92 Personen bestehen. Offensichtlich haben aber alle unter 25 oder über 75 Pfennige in der Stunde verdient, denn alle Spalten sind leer. Nach dieser Tabelle wurde in der *Industrie der Steine und Erden* und im *Baugewerbe* sehr gut verdient, aber auch in der *Metallverarbeitung* und der *Industrie der Maschinen* usw. – so hieß damals die Gewerbegruppe (heute vielleicht ein Wirtschaftszweig – nicht nach WZ 2008 klassifiziert), in der *Lederindustrie* und in der *Indus-*

trie der Holz- und Schnitstoffe. Der Bergbau wird in einer gesonderten Tabelle abgehandelt. Danach erhielten die Bergarbeiter im Braunkohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Halle, zu dem auch das Lausitzer Revier zählte, im Jahr 1910 genau 3,57 Mark pro Schicht, im Jahr sind es dann 1 089 Mark gewesen. Der Durchschnittslohn lag für *Bergarbeiter* bei 4,10 und für *Sonstige unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte Arbeiter* bei 3,45 Mark pro Schicht (*verdienter reiner Lohn nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge*). Gearbeitet wurde zwischen 10 ½ und 11 Stunden, am Sonnabend 1 bis 2 Stunden weniger; im Jahr sind 305 Schichten ausgewiesen. Zieht man die 52 Sonntage davon ab, blieben sieben Tage für Urlaub und Krankheit übrig.

Heute beträgt der Bruttostundenverdienst eines männlichen Arbeiters des Produzierenden Gewerbes in Berlin 16,09 EUR und im Land Brandenburg 12,40 EUR bei wesentlich geringerer täglicher Arbeitszeit und mehr Urlaub.

60 V. Gewerbe.									
4c. Der in den Tarifgemeinschaften 1910 vorgesehene									
Gewerbegruppen	1910 in Kraft getretene Tarifgemeinschaften (Personen)		Dauer der Verhandlungen (in der Woche)		Der niedrigste Vertragslohn (für die Stunde)		Der niedrigste Vertragslohn (für die Stunde)		Anzahl der Beschäftigten
	Personen	Unternehmen	Personen	Unternehmen	a) für gelehrte männliche Arbeiter	b) für ungelernte männliche Arbeiter	a) für gelehrte männliche Arbeiter	b) für ungelernte männliche Arbeiter	
Gewerbegruppen	Personen	Unternehmen	Personen	Unternehmen	bis 25	über 25 bis 35	über 35 bis 45	über 45 bis 55	Anzahl der Beschäftigten
	Personen	Unternehmen	Personen	Unternehmen	Personen	Personen	Personen	Personen	
I/II. Unterbreitstellung u.m.	17	141	665	16	138	585	123	6	130
III. Bergbau u.m. in Bergwerken	2	2	92	2	132	479	18	1	173
IV. Industrie der Steine und Erden	102	1354	17534	107	612	10 920	73	1933	4
1. Steinbruch	93	954	11 409	93	595	8 378	64	535	3
2. Glaserarbeiter	13	74	1 049	14	62	476	10	120	1
V/VI. Metallverarb. u. Ind. d. Maschinen u.m.	332	5 202	36 329	332	4 730	28 583	513	5 175	31
1. Klempner, a. i. Verh. m. and. Berufsarten	34	2 737	8 954	34	2 697	8 191	23	1 055	1
2. Schlosser, a. i. Verh. m. and. Berufsarten	17	1 166	5 337	17	1 166	5 337	10	385	1
3. Metallarb., a. i. Verh. m. and. Berufsarten	61	1 955	9 185	61	1 955	9 185	10	385	1
VII. Chemische Industrie	21	24	3 409	21	24	3 409	21	24	3 409
VIII. Industrie der feuerfesten Stoffe, Kalk- und Zementfabrikation	10	11	955	10	11	955	10	11	955
IX. Textilindustrie	171	228	5 202	171	228	5 202	171	228	5 202
X. Papierindustrie	69	1 079	11 268	69	1 079	11 268	69	1 079	11 268
XI. Lederindustrie	87	1 386	8 295	87	1 386	8 295	87	1 386	8 295
1. Lederarbeiter	18	1 168	3 994	18	1 168	3 994	18	1 168	3 994
XII. Industrie der Holz- u. Schnitstoffe	401	9 982	80 946	401	9 982	80 946	401	9 982	80 946
1. Holzarbeiter, a. i. Verh. m. and. Berufsarten	311	9 707	77 375	311	9 707	77 375	311	9 707	77 375
XIII. Industrie der Nahrungs- u. Genussmittel	630	2 469	42 299	630	2 469	42 299	630	2 469	42 299
1. Bäcker- und Konditorengewerbe	66	1 166	2 856	66	1 166	2 856	66	1 166	2 856
2. Brauereigewerbe	310	830	18 671	310	830	18 671	310	830	18 671
3. Zuckerindustrie	158	349	3 606	158	349	3 606	158	349	3 606
XIV. Bekleidungsindustrie	239	6 215	48 504	239	6 215	48 504	239	6 215	48 504
1. Schneider	159	2 458	24 309	159	2 458	24 309	159	2 458	24 309
2. Schneiderei	54	3 164	15 780	54	3 164	15 780	54	3 164	15 780
XV. Reinigungsgewerbe	35	245	841	35	245	841	35	245	841
XVI. Baugewerbe	1 962	42 536	457 416	1 962	42 536	457 416	1 962	42 536	457 416
1. Bauarbeiter	1 888	3 900	5 415	1 888	3 900	5 415	1 888	3 900	5 415
2. Maurer	109	1 140	14 821	109	1 140	14 821	109	1 140	14 821

Der in Tarifgemeinschaften 1910 vorgesehene niedrigste Vertragslohn männlicher Arbeiter für die Stunde.

Aus der amtlichen Statistik

┐ Dreizehnte Konferenz „Messung der Preise“



Gruppenbild
von den Teilnehmern
der Konferenz
„Messung
der Preise 2008“
in Konstanz

Erfahrungsaustausch zwischen Forschung und amtlicher Statistik

Am 26. und 27. Juni 2008 fand in Konstanz am Bodensee die 13. Tagung „Messung der Preise“ statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und der Stadt Konstanz veranstaltet und führte die – mittlerweile etablierte – Tradition jährlicher wissenschaftlicher Veranstaltungen über preisstatistische Fragen fort. Die Reihe wurde 1995 vom Statistischen Landesamt Berlin begründet und seitdem an wechselnden Orten und mit wechselnden Partnern fortgeführt.

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches zwischen Theoretikern und Praktikern, zwischen Produzenten, Nutzern und Analytikern preisstatistischer Daten standen aktuelle und historische Themen zur Preisstatistik. Tagungsteilnehmer waren Fachleute aus statistischen Ämtern – Eurostat, Statistisches Bundesamt und Landesämter –, aus dem Europäischen System der Zentralbanken – EZB und Deutsche Bundesbank – sowie aus wissenschaftlichen Instituten und Hochschulen des In- und Auslands. Der Dank gilt der Stadt Konstanz für die Organisation vor Ort.

Florian Burg, Daniel Seeger, Statistisches Bundesamt Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik

Mit der turnusmäßigen Überarbeitung des Verbraucherpreisindex für Deutschland zu Beginn des Jahres 2008 wurde auch ein neues IT-System für die Verbraucherpreisstatistik eingeführt. Wesentliche Merkmale dieses neuen Verbundprogramms gegenüber den vorherigen Lösungen sind eine zentrale Produktion und Datenhaltung, eine vollständige Dokumentation der Metadaten sowie ein neues System der Indexberechnung. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf das neue System der Indexberechnung und stellt einige der wichtigsten methodischen Neuerungen vor, die im Rahmen der Neuprogrammierung umgesetzt wurden. Die erste Ebene der Indexberechnung betrifft die Bearbeitung der erhobenen Rohdaten für ein Erzeugnis, um die Vergleichbarkeit im Zeitablauf nach Änderungen der Menge und Qualität oder bei Ausfällen zu gewährleisten. Gesteuert wird diese Bearbeitung durch Signierungen der Preiserheber, die von den Sachbearbeitern in den Landesämtern bestätigt werden müssen. Entgegen der vorher

gängigen Praxis, die Vergleichbarkeit von aktuellem Preis und dem Preis der Vorperiode durch die Berechnung eines fiktiven Vormonatspreises herzustellen, wird im neuen Verbundprogramm immer der erhobene Preis in der aktuellen Periode umgerechnet. Dadurch bleibt die implizite Gewichtung der ursprünglich in der Basisperiode festgelegten Stichprobe erhalten. Ein spezielles Problem betrifft die Rückführung von Sonderangebotspreisen nach Ausfällen und Erzeugniswechseln. Besonders im Bekleidungssektor lassen sich solche Konstellationen vermehrt beobachten. In der Vergangenheit bestand dadurch ein erhöhtes Risiko eines teilweise verzerrten Indexverlaufs. Durch die monatliche Mitführung von sogenannten Normalpreisen konnte eine Rückführung von Sonderangebotspreisen im neuen Verbundprogramm automatisiert werden. Auf der zweiten Ebene der Indexberechnung werden aus den in der ersten Ebene bearbeiteten Preisen Elementarindizes berechnet. Die Abgrenzung der Elementarindizes wurde im neuen System um die Dimension der Geschäftskategorie erweitert, gleichzeitig wird auf die Berechnung von Gemeindedurchschnittspreisen verzichtet. Dadurch ist eine bessere implizite Gewichtung der einzelnen Erzeugnisse innerhalb der Elementarindexabgrenzung möglich. Auf der dritten Ebene der Indexberechnung werden die Elementarindizes schließlich zu den systematischen Zusammenfassungen und zum Verbraucherpreisindex für Deutschland aggregiert. Hier wurde eine explizite Gewichtung der verschiedenen Geschäftskategorien auf Bundeslandesebene eingeführt.

Hans-Albert Leifer¹,
Deutsche Bundesbank
**Gewichtungsprinzipien
bei einem Verbraucher-
preisindex:
Plutokratie, Demokratie,
Kauffrequenz?**

Wie generell bei Preisindizes gilt es auch bei einem Verbraucherpreisindex, die Preisveränderungen bei den verschiedenen Gütern (Waren und Dienste) in eine Durchschnittsgröße zu überführen. Dabei dürfte es von vornherein unstrittig sein, dass die Zusammenführung nicht zu gleichen Teilen, sondern mithilfe eines Wägungsschemas zu erfolgen hat. Die Frage, die sich zwangsläufig im Zusammenhang mit dem Wägungsschema stellt, ist die nach dem „Wie“. Im vorliegenden Beitrag werden der in der preisstatistischen Praxis vorherrschende sogenannte „plutokratische“ Ansatz und der sogenannte „demokratische“ Ansatz beschrieben. Das Schwergewicht liegt aber auf einem von Brachinger entwickelten vergleichsweise neuen Gedanken, der allein auf relative Kaufhäufigkeiten abstellt, den für die Ableitung von Budgetbelastungen unabdingbaren Ausgabenaspekt völlig negiert und deshalb außerhalb der herkömmlichen Verbraucherpreisindexkonzepte steht sowie beim Erkennen dieses Sachverhalts sich mit Akzeptanzproblemen in der Öffentlichkeit konfrontiert sehen dürfte. Als Alternative dazu wird ein Ansatz vorgestellt, der die relativen Kaufhäufigkeiten und den Ausgaben-

bezug gleichermaßen berücksichtigt und mit den gängigen Verbraucherpreisindizes ein geschlossenes Ganzes bildet.

Peter von der Lippe,
Universität Duisburg-Essen
**Die Indextheorie der Bundes-
netzagentur – Braucht man
einen Produktivitätsabschlag
als Qualitätskorrektur bei
einem Tariflohnindex?**

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat im Herbst 2007 Beschlüsse erlassen, nach denen Strom- und Gasnetzbetreiber (NB) „Tagesneuwerte“ von Anlagegütern zu bestimmen haben. Das hat offensichtlich erhebliche Konsequenzen für die von ihnen zu fordernden Entgelte für Durchleitungen und damit auch für die Strom- und Gaspreise. Neben Festlegungen über die Auswahl und Verkettung von amtlichen Indexreihen, die von den NB zur Berechnung von Tagesneuwerten zugrunde zu legen sind, hat die BNetzA aber auch sehr eigene Vorstellungen darüber entwickelt, wie in Fällen zu verfahren ist, in denen kein geeigneter amtlicher Index zur Verfügung steht, mit dem dann der Wiederbeschaffungspreis einer Anlage bestimmt werden könnte.

Sie konstruierte dazu einen Index (Mischindex) als gewogenen Durchschnitt aus dem Tariflohn- und einem Materialpreisindex (Erzeugerpreis- oder Baupreisindex). Neben der problematischen empirischen Fundierung der Gewichte ist vor allem die Einführung eines Produktivitätsabschlags beim Gewicht der Lohnkomponente eine höchst kritikwürdige indextheoretische Innovation seitens der BNetzA. Der Beitrag zeigt, dass der zunächst einleuchtend erscheinende Gedanke, wonach eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität weniger Arbeitseinsatz erfordert und damit ein kontinuierlich geringeres Gewicht der Löhne (bei konstanter Gewichtung der Materialkomponente) im Index rechtfertigt, keineswegs haltbar ist.

Die quasi automatische einseitige „Korrektur“ des Gewichts der Löhne ist nicht nur zum Nachteil der NB, sie wird auch von der BNetzA mit Argumenten begründet, die eine erschreckende Unkenntnis der Behörde von Wirtschaftsstatistik und Preisindizes verrät. Sie führt zu einem Index, der weniger ansteigen kann als entweder Löhne oder Materialpreise (also kein Mittelwert mehr aus Löhnen und Materialpreisen ist) und sie impliziert eine Produktionsfunktion, bei der der Output allein vom Materialverbrauch abhängt, nicht vom Arbeitseinsatz.

Jens Mehrhoff,
Deutsche Bundesbank
**Aggregatindizes
und korrespondierende
Elementarindizes**

It is customary in official statistics, though often neglected in theoretical papers, for most price indices to be calculated in two stages.

At the first stage, elementary indices are calculated on the basis of price relatives, without having information on quantities. At the second stage, the aggregate index is calculated on the basis of the elementary indices from the first stage, using aggregate expenditure weights. In general, the question of „What should be measured?“ directly yields the optimal index formula at the second stage: for measuring genuine price movements a Laspeyres price index is used, for deflation purposes a Paasche price index is preferred and for the so-called cost of living a Fisher price index, among others, is the formula of choice. However, it is less clear which index formula should be used at the first stage, where no

¹ Der Verfasser gibt seine persönliche Auffassung wieder, die nicht unbedingt mit derjenigen der Deutschen Bundesbank übereinstimmen muss.

expenditure weights are available. The existing approaches to index numbers, including but not limited to the axiomatic approach, are of little guidance in choosing the elementary index corresponding to the characteristics of the index at the second stage. Thus, the contribution of this paper to the literature is the proposition of a simple, new statistical approach, unifying the aggregate and elementary level in a single comprehensive framework. Conditions under which a particular index formula at the elementary level exactly equals the desired aggregate index are identified using so-called power means. It turns out that the solution depends on the empirical correlation between prices and quantities, in particular the power mean is a function of the price elasticity only. All in all, different elementary index formulae, e.g. Carli or Jevons, should be applied to each group of goods in order to come as close as possible to the optimal aggregate Laspeyres, Paasche or Fisher index. This is demonstrated in an empirical application with data from German foreign trade statistics.

**Claus Christian Breuer,
Universität Duisburg-Essen
Lebenshaltungskosten-
indizes für Deutschland –
Eine empirische Annäherung
mithilfe der Einkommens-
und Verbrauchsstichprobe**

Seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich der Trend zu einer stärkeren ökonomischen Fundierung der Verbraucherpreisstatistik durch Verwendung von Lebenshaltungskostenindizes statt der klassischen Laspeyres-Preisindexformel beobachten. Ein Lebenshaltungskostenindex – nicht zu verwechseln mit dem früher als Preisindex für die Lebenshaltung bezeichneten Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes – ist definiert als Quotient aus den zum Erreichen

eines konstanten Nutzenniveaus notwendigen Mindestausgaben zum heutigen Zeitpunkt und zu einem Referenzzeitpunkt. Durch die Abkehr von einem über die Zeit konstanten Wägungsschema, wie es für den Laspeyres-Preisindex charakteristisch ist, kann ein Lebenshaltungskostenindex auch das Substitutionsverhalten der Haushalte bei Preisänderungen widerspiegeln.

Die Operationalisierung dieses Konzeptes gestaltet sich allerdings weitaus schwieriger als die Berechnung der amtlichen Verbraucherpreisindizes mit der Laspeyres-Preisindexformel. Neben der hier nicht betrachteten Approximation des Lebenshaltungskostenindex über sogenannte „Superlative Indexformeln“ können die für die Quantifizierung des Lebenshaltungskostenindex notwendigen Ausgabenverhältnisse über die Schätzung von Nachfragefunktionen und die daraus abgeleiteten Ausgabenfunktionen bestimmt werden. Dies wird exemplarisch anhand der Berechnung eines Lebenshaltungskostenindex für neun Güter des täglichen Bedarfs für Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren gezeigt. Mithilfe der Mikrodaten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die für Nahrungsmittel sowohl Mengen als auch Preise der vom Haushalt konsumierten Güter enthält, wird ein Nachfragesystem des „quadratic almost ideal“ (QUAIDS) Typs geschätzt, sodass Aussagen über die Reaktion der Haushalte auf Preisänderungen getroffen werden können und durch Einsetzen der Daten aus der amtlichen Verbraucherpreisstatistik ein Lebenshaltungskostenindex für den Zeitraum von 1988 bis 2006 berechnet werden kann. Ziel ist es dabei nicht, einen alternativen Wert zum amtlichen Verbraucherpreisindex zu liefern, sondern darzustellen, mit welchen Problemen und Schwierigkeiten eine empirische Annäherung eines

Lebenshaltungskostenindex – unter Verwendung der heute verfügbaren Daten der amtlichen Statistik – verbunden ist und wie die so erzielten Ergebnisse interpretiert werden können.

**Bernhard Goldhammer,
Statistisches Bundesamt
Das neue preisstatistische
Datenangebot auf dem
Güterverkehrssektor**

Die zunehmende Bedeutung von Dienstleistungen für die Volkswirtschaft bedingt eine Ausweitung des statistischen Angebots auf diesen Sektor. Die EU-Verordnung 1158/2005 sieht daher, neben anderen Indikatoren, auch die Bereitstellung von Erzeugerpreisindizes für bestimmte Dienstleistungsbranchen vor. Darunter befinden sich auch etliche aus dem Verkehrs- und Logistikbereich. Ergänzt durch Anforderungen des Bundesverkehrsministeriums wird derzeit die preisstatistische Erfassung dieses Bereichs umgesetzt. Der Beitrag gibt einen Überblick über die methodischen Grundlagen und die bisher beobachtbaren Entwicklungen der Erzeugerpreisindizes für Güterverkehrs- und Logistikdienstleistungen. Je nach Sektor werden unterschiedliche Preiserfassungsmethoden wie Vertragspreise, Modellpreise oder Stückpreisansätze eingesetzt. Auch die beobachtbaren Preisentwicklungen sind unterschiedlich und spiegeln sowohl die unterschiedlichen Produktionsfunktionen als auch die Preismechanismen der Güterverkehrs- und Logistikbranchen wider. Besonders die einen internationalen Markt bedienenden Branchen See- und Küstenschifffahrt sowie Luftfracht koppeln sich in ihrer Entwicklung von den national geprägten Märkten im Schienen- und Straßengüterverkehr ab.

Ute Egner,
Statistisches Bundesamt
Umstellung des Verbraucherpreisindex (VPI) auf das Basisjahr 2005 – Analyse der Revisionsdifferenzen

Zu Beginn des Jahres 2008 hat das Statistische Bundesamt den deutschen Verbraucherpreisindex (VPI) auf der neuen Basis 2005 vorgestellt. Die Umstellung der VPI auf ein neues Basisjahr findet alle fünf Jahre statt, dabei werden traditionell die Indizes ab Beginn des Basisjahres neu berechnet. Durch diese Vorgehensweise ist es möglich, aktuelle Ergebnisse auf der neuen Basis 2005 mit den bisherigen Ergebnissen auf alter Basis 2000 zu vergleichen, um daraus Revisionsdifferenzen zu ermitteln.

Im vorliegenden Beitrag werden die wesentlichen Änderungen der Umstellung sowie die Quantifizierung der Auswirkungen einzelner Maßnahmen beschrieben. Dabei wurden neben der turnusmäßigen Überarbeitung des Wägungsschemas mit der Umstellung auf das neue Basisjahr auch methodische Verbesserungen umgesetzt, insbesondere betrifft dies die Erweiterung der Erhebungszeiträume, die Einführung einer expliziten Geschäftstypengewichtung sowie den getrennten Nachweis für ausgewählte Preisentwicklungen.

Patricia Klees-Friedrich,
Statistisches Bundesamt
Konzeptionelle Unterschiede zwischen Verbraucherpreisindex (VPI) und Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI)

Der deutsche Verbraucherpreisindex (VPI) und der deutsche Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) werden in Deutschland parallel zueinander berechnet, sie verfolgen im Detail unterschiedliche Zielsetzungen. Zu Beginn des Jahres 2008 wurden die Gewichtungsangaben (bisher Basis

2000 \triangleq 100, nun Basis 2005 \triangleq 100) turnusmäßig sowohl für den VPI als auch für den HVPI überarbeitet. Das Basismaterial der deutschen Verbraucherpreisstatistik ist für den deutschen VPI und den deutschen HVPI nach wie vor identisch, das heißt sowohl Preis- als auch Gewichtungsangaben werden für beide Indizes verwendet. Bis zu der Überarbeitung im Jahr 2008 gab es bereits konzeptionelle Unterschiede zwischen den beiden Indizes, diese wirkten sich aber nur gering auf deren Ergebnisse aus.

Bisher wurden die beiden Indizes nach einer vergleichbaren Methodik, jedoch mit einem marginal unterschiedlichen Erfassungsbereich, berechnet. Dieser Unterschied ist auch mit der Umstellung auf die neuen Gewichtungsangaben geblieben. Hinzu kommen aber erstmals Auswirkungen einer unterschiedlichen Berechnungs-, Verkettungs- und Revisionspraxis. Das Papier gibt Aufschluss über alle Unterschiede zwischen den beiden Verbraucherpreisindizes in Deutschland und deren Auswirkungen auf die Ergebnisse.

Martin Eiglsperger,
Europäische Zentralbank
Preisindikatoren für Wohnimmobilien in der EU: Aktueller Stand und Ausblick

Johannes Hoffmann,
Deutsche Bundesbank
Ergebnisse von Studien der Banca d'Italia zur Inflationswahrnehmung

Vorgestellt wurde die Studie „What's behind inflation perceptions? A survey-based analysis of Italian consumers“ (Autoren: Paolo Del Giovane, Silvia Fabiani und Roberto Sabbatini) aus dem von Paolo Del Giovane und Roberto Sabbatini herausgegebenen Sammelband „The Euro, Inflation and Consumers' Perceptions, Lessons

from Italy“ (Springer, 2008, ISBN: 978-3-540-78369-5). Anhand einer Umfrage versuchen die Autoren zu klären, wodurch sich die häufig übertriebenen Inflationswahrnehmungen der Verbraucher bestimmen. Es zeigt sich, dass viele Verbraucher Grundprinzipien der Inflationsmessung nicht verstehen, dass Preisrückgänge häufig nicht wahrgenommen werden und dass sich in der Erinnerung die Vergangenheit verklärt. Durch diese Faktoren kann allerdings nur ein Teil der Fehlwahrnehmungen erklärt werden. Vermutlich sind die meisten Verbraucher durch eine Frage der Art „Um wie viel Prozent sind die Preise in den vergangenen zwölf Monaten gestiegen“ einfach überfordert (und das ist ja auch eine einerseits wenig präzise, andererseits schwierig zu beantwortende Frage).

Peter Taschowsky,
Peter Handmann
Statistisches Bundesamt
**CENEX HICP
Quality Adjustment
– Ein europäisches Projekt zur Qualitätsbereinigung: Werkstattbericht**

Das CENEX-Projekt (Centre and Network of Excellence) ist ein von Eurostat gefördertes europäisches Gemeinschaftsprojekt von sieben Statistikämtern unter der Federführung des Statistischen Bundesamtes Deutschlands (Destatis). Oberstes Projektziel ist es, bestehende Verfahren zur Bereinigung von Qualitätsunterschieden zwischen Produkten in der Preisstatistik anwenderorientiert darzustellen und zu harmonisieren. Auf diese Weise soll der Implementierungsaufwand für diese Methoden in den europäischen nationalen Statistikämtern gesenkt und eine gesteigerte Vergleichbarkeit des HVPI zwischen den Mitgliedstaaten erreicht werden. Aufgabe des CENEX-Projektes ist es unter anderem, ein Handbuch zur Implementierung

von Qualitätsbereinigungsverfahren im Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) der Europäischen Union zu erstellen. Grundlage für die Anwendung von Qualitätsbereinigungsverfahren ist die EU-Verordnung 1334/2007, die die Verordnung 1749/1996 fortschreibt.

Das CENEX-Handbuch besteht aus einem allgemeinen Teil zur Einführung, der darauf abzielt, das Thema der Qualitätsbereinigung ganzheitlich zu betrachten, und zum anderen aus konkreten Handlungsempfehlungen, die sich auf konkrete Produkte beziehen und als Anleitungen verstanden werden können. Die im Rahmen des CENEX-Projektes berücksichtigten Produkte umfassen Computer, Software, Unterhaltungselektronik, Haushaltsgroßgeräte, Neu- und Gebrauchtwagen sowie Bücher. Für beide Teile, sowohl den allgemeinen als auch den produktspezifischen, wurde eine einheitliche Struktur entwickelt, die das Thema der Qualitätsbereinigung ganzheitlich abdeckt.

Eine detaillierte Beschreibung der Vorgehensweise zur Qualitätsbereinigung der genannten Produkte wird in Kürze in der Destatis-Schriftenreihe „Statistik und Wissenschaft“ (www.destatis.de) verfügbar sein.

Ludwig von Auer,
Universität Trier
Claudia Haller,
Technische Universität
Chemnitz

Die Preisstatistik aus der Sicht des Moritz Wilhelm Drobisch (1802–1896)

Moritz Wilhelm Drobisch (1871) nahm in seinem Werk die berühmten Preisindizes von Laspeyres (1871) und Paasche (1874) vorweg. Der vorliegende Beitrag versucht, das Leben und Wirken Drobischs wieder stärker in das Bewusstsein der Preisstatistik zu rücken. Unter anderem entwickelte Drobisch den Durchschnittswertindex. Sein leidenschaftliches Plädoyer für diesen Index war mitverantwortlich dafür, dass seine ersten beiden Vorschläge (Laspeyres und Paasche Index) niemals ihm zugerechnet wurden.

Cathleen Faber,
Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg
Abgrenzung von Produktmärkten auf der Grundlage von Unit-Values

Anhand eines Product-Producer-Panels aus amtlichen Mikrodaten der Kostenstrukturerhebung und der Produktionserhebung werden Betrachtungen weg von den Unternehmen hin zu Produkt- und Absatzmärkten vorgestellt, um die Marktsituation im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland für den Zeitraum 1995 bis 2004 zu analysieren. Es wird eine Reihe von Kennziffern beispielsweise zur durchschnittlichen Anzahl der Anbieter pro Produkt beziehungsweise Produktgruppe, zu Marktmacht beziehungsweise

Konzentration, zu Diversifizierung der Produzenten auf verschiedene Produktmärkte und zur Preisgestaltung auf den Märkten (Unit-Values, Preisspannen, diverse Streuungsmaße, Preisführerschaft) abgeleitet, wobei die Analysen aufgrund der verwendeten Daten auf die inländische Konkurrenz beschränkt sind. Der Beitrag stellt erste Querschnitt- und Längsschnittergebnisse vor und liefert abschließend einige methodische Überlegungen zum weiteren Vorgehen auf diesem Gebiet.

Klaus Voy,
Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg
Zur Geschichte der „Deflationierung“ in Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

Der Beitrag liefert einen Überblick über die Entwicklung der Konzepte und Darstellungsweisen der „Preisbereinigung“ in nationalen VGR am Beispiel von Westdeutschland. Nach einem kurzen Rückblick auf einen ersten Anfang durch das Statistische Reichsamt im Jahr 1932 werden Aufbau und Entwicklung der VGR seit 1949 durch das Statistische Bundesamt behandelt. Die Deflationierung wird im Wirtschaftskreislauf konzipiert, wodurch eine konsistente gesamtwirtschaftliche Deflationierung möglich ist, welche die doppelte Deflationierung und den Nachweis von Realeinkommen und Realwerten einschließt.

Klaus Voy
Tel.: +49 30 9021 3501
E-Mail: klaus.voy@statistik-bbb.de

Veröffentlichungen

┐ Berlin, Dezember 2008 und Januar 2009

Sonderausstellung des Lessing-Museums Kamenz in der Gottfried-Benn- Bibliothek

„Mit Ordnung zur Vernunft. Der Theologe Süssmilch und der Dichter Lessing – eine Begegnung in Berlin“

Am Freitag, dem 20. März 2009, 18 Uhr, wird in der Gottfried-Benn-Bibliothek in Berlin-Zehlendorf die Ausstellung „Mit Ordnung zur Vernunft“ eröffnet. Sie beleuchtet eine bisher wenig bekannte Verbindung zwischen dem jungen Dichter Gotthold Ephraim Lessing (1729 bis 1781) und dem einflussreichen Propst Johann Peter Süssmilch (1707 bis 1767), deren Namen im Berlin des 18. Jahrhunderts in aller Munde waren. Der Süssmilch-Forscher Prof. Eckart Elsner aus Berlin gibt eine kurze Einführung in die Thematik.

Termin: 20. 3. 2009 bis 29. 4. 2009

Eintritt: frei

Ort: Gottfried-Benn-Bibliothek, Nentershäuserplatz 1, Beuckestr. 1-3, Tel. 90 299 54 58 Mo, Di, Do, Fr 11.00 - 19.00 Uhr; Mi 11.00 - 15.00 Uhr; Sa 10.00 - 14.00 Uhr

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand in Berlin

2. Quartal 2008	vj 2/08
A I 1/A II 4	6,00 EUR

Wanderungen Berlin

4. Quartal 2007	vj 4/07
A III 1	6,00 EUR
Jahr 2007	j 07
A III 2	7,00 EUR

Krankenhäuser im Land Berlin, Teil I Grunddaten

Jahr 2007	j 07
A IV 2	7,00 EUR
Diskette oder CD-Rom	11,00 EUR

Erwerbstätigenrechnung

Erwerbstätige im Land Berlin

Jahresergebnis 1991 bis 2007	
Vierteljahresergebnis	
2004 bis 2. Vierteljahr 2008	hj 1/08
A VI 9	7,00 EUR

Studierende an Hochschulen in Berlin

Wintersemester 2007/2008	j 07
B III 1	8,00 EUR

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf im Land Berlin

Jahr 2008	j 08
C I 3	6,00 EUR

Gewerbeanzeigen im Land Berlin

September 2008	m 09/08
D I 1	6,00 EUR

Insolvenzen im Land Berlin 2008

01. 07. bis 30. 09. 2008	vj 3/08
D III 1	7,00 EUR
Jahr 2007	j 07
D III 2	6,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Oktober 2008	m 10/08
E I 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangsbau

November 2008	m 11/08
E I 3	6,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden) Investitionen der Betriebe

2007	j 07
E I 6	7,00 EUR

Baugewerbe in Berlin

Oktober 2008	m 10/08
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen in Berlin

November 2008	m 11/08
F II 1	6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe im Land Berlin

Oktober 2008	m 10/08
G I 1/G IV 3	7,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität im Land Berlin

September 2008	m 09/08
G IV 1/G IV 2	6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle im Land Berlin Endgültiges Ergebnis

Oktober 2008	m 10/08
H I 1	7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, Dezember 2008 und Januar 2009

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

2. Quartal 2008	vj 2/08
A I 1, A II 4	6,00 EUR

Bevölkerung der Gemeinden

30. Juni 2008	hj 1/08
A I 2	7,00 EUR

Wanderungen

4. Quartal 2007	vj 04/07
A III 1	6,00 EUR
Jahr 2007	j 07
A III 2	7,00 EUR

Krankenhäuser

Jahr 2007 Teil I Grunddaten	j 07
A IV 2	7,00 EUR
2007 Teil III Kostennachweis	j 07
A IV 4	7,00 EUR

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Jahr 2007 Teil I Grunddaten	j 07
A IV 5	7,00 EUR

Arbeitsmarkt

November 2008	m 11/08
A VI 7	6,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort – Vorläufiges Ergebnis –

Stand: Juni 2008	
31. Dezember 2007	vj 4/07
A VI 15	8,00 EUR

Kommunalwahlen

Zu den Gemeindevertretungen – Endgültiges Ergebnis –

28.09.2008	5j/08
B VII 3 - 5	10,00 EUR
Bürgermeisterwahlen	
B VII 3 - 6	6,00 EUR

Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe, Anbau auf dem Ackerland – Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2008	j 08
C I 1	6,00 EUR

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf

Jahr 2008	j 08
C I 3	6,00 EUR

Baumschulerhebung

Jahr 2008	4j 08
C I 7	6,00 EUR

Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren – Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2008	j 08
C II 4	6,00 EUR

Ernteberichterstattung über Obst im Marktoobstbau – Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2008	j 08
C II 6	6,00 EUR

Viehbestände – Repräsentative Erhebung über Schweine und Schafe – Endgültiges Ergebnis –

3. Mai 2008	j 08
C III 2	6,00 EUR

Viehbestände – Repräsentative Erhebung über Schweine – Endgültiges Ergebnis –

3. November 2008	j 08
C III 3	6,00 EUR

Schlachtungen und Fleischerzeugung

November 2008	m 11/08
C III 6	6,00 EUR

Milcherzeugung und -verwendung

Oktober 2008	m 10/08
C III 7	6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Oktober 2008	m 10/08
D I 1	7,00 EUR

Insolvenzen

01. 07. bis 30.09.2008	vj 3/08
D III 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden Beschäftigte, Umsatz, Verwaltungsbezirke

November 2008	m 11/08
E I 1	7,00 EUR

Auftragseingangsinde

November 2008	m 11/08
E I 3	6,00 EUR

Investitionen der Unternehmen und Betriebe

Jahr 2007	j 07
E I 6	7,00 EUR

Baugewerbe

Ergebnisse des Bauhaupt- u. Ausbaugewerbes

November 2008	m 11/08
E II 1; E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen

November 2008	m 11/08
F II 1	6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Oktober 2008	m 10/08
G I 1; GIV 3	7,00 EUR

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr

Oktober 2008	m 10/08
G IV 1	7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

Oktober 2008	m 10/08
H I 1	7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

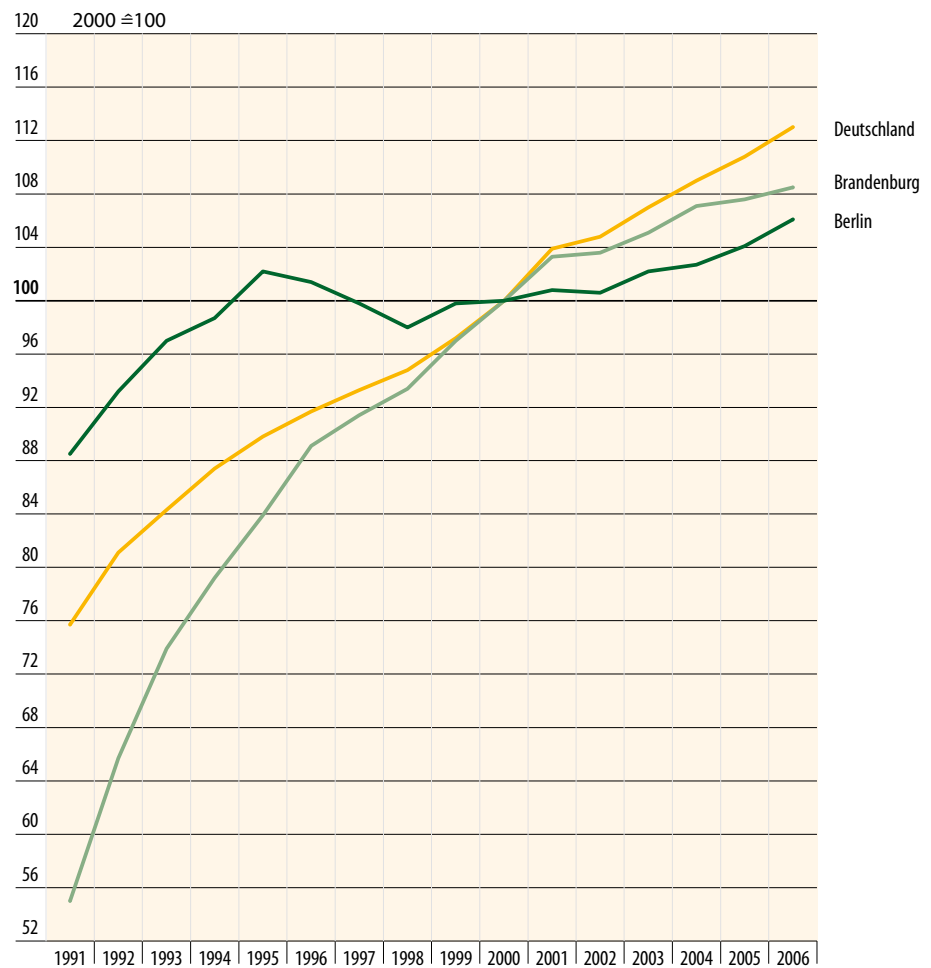
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

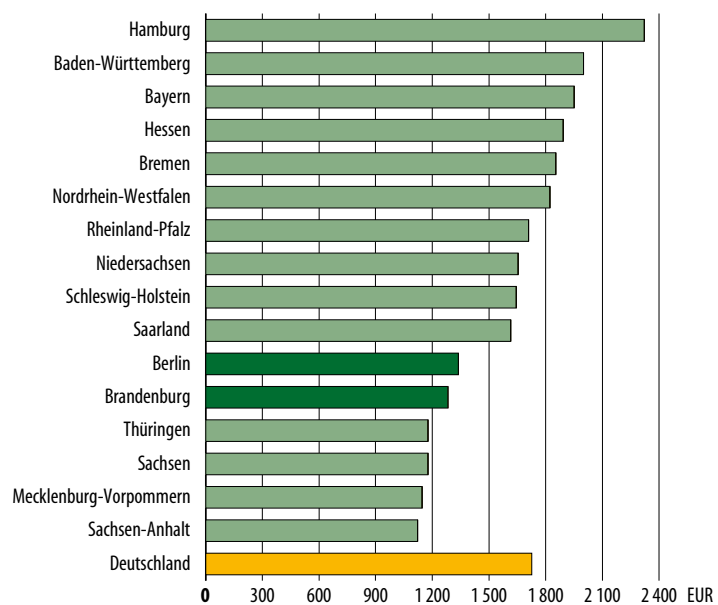
Tel.: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

└ Entwicklung
der Verfügbaren Einkommen
aller privaten Haushalte
von 1991 bis 2006



┌ Monatliches
Primäreinkommen
je Einwohner
im Jahr 2006



┌ Verfügbares
Einkommen
je Einwohner
im Jahr 2006

